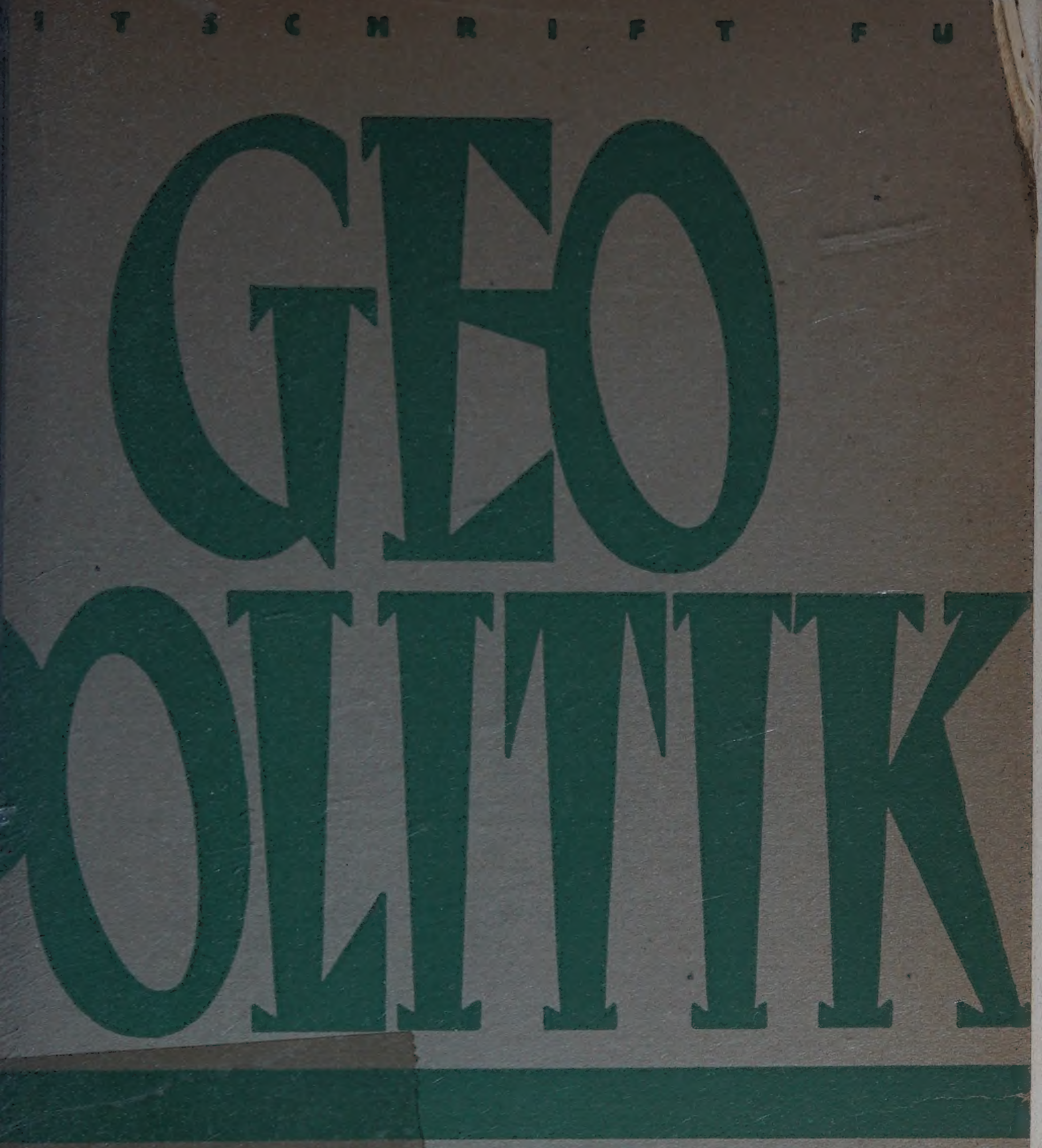


S DEM INHALT DES HEFTES:

Robert Sieger zum Gedächtnis

zburo Hiroe / Die japanisch-russische Annäherung

ate — Gargas / Niederlande als Einwanderungsgebiet

Ostwald / Japanische Politik — Zeck / China

al / Amazonien — Fischer / Neue Untersuchungen

Rasse und Volkstum II — Literaturbericht: Amerika

RT VOWINCKEL VERLAG

R / DEZEMBER BERLIN — III. JAHRGANG 1926 2 MARK

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgegeben von *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor a. d. Univ., Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Str. 18, Tel. 44444, *Dr. E. Obst*, o. Professor an der Technischen Hochschule, Hannover, Scharnhorststr. 14, Tel. Nord 8186, *Dr. H. Lautensach*, Studienrat, Hannover, Freiligrathstr. 9, Tel. West 5948 und *Dr. O. Maull*, a. o. Prof. a. d. Univ. Frankfurt/Main, Franz Rückerstrasse 23, Tel. Maingau 5117
Schriftleitung: Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83

III. JAHRGANG 1926
HEFT 12 · DEZEMBER

INHALT:

DER PREIS:

Das Einzelheft . . . 2 Reichsmark
Die Vierteljahresfolge . . . 6 Reichsmark
Die Halbjahresfolge . . . 12 Reichsmark
Die Jahresfolge mit Register . . . 24 Reichsmark
Der Jahrgang in Leinen gebunden, 2 Bände . . . 30 Reichsmark

Postscheckkonto: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin 18769, Wien 55918
Bankkonto: Delbrück Schickler & Co., Berlin — Kreditanstalt der Deutschen, Prag

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER DIESES HEFTES:

Genzaburo Hiroe, Tokio — z. Z. Leipzig C 1, Lindenstr. 22/I
Alois Fischer, Wien 16, Wilhelminenstr. 199
Dr. Sigismund Gargas, Den Haag, Tollensstraat 140
Dr. Karl Haushofer, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18
Dr. Ludwig Koegel, München, Kaiserplatz 9/II
Dr. Hermann Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9
Dr. Otto Maull, a. o. Professor a. d. Universität, Frankfurt a. M., Franz Rückerstraße 23
Dr. Paul Ostwald, Berlin-Schmargendorf, Saßnitzer Str. 5
Dr. Hans F. Zeck, Berlin-Treptow, Grätzstr. 33

KURT VOWINCKEL VERLAG
BERLIN-GRUNEWALD / HOHENZOLLERNDAMM 83

K. HAUSHOFER und H. LAUTENSACH

ROBERT SIEGER ZUM GEDÄCHTNIS

Was Robert Sieger, der Geograph, der wissenschaftlichen Systematik und n Aufbau der Geopolitik bedeutet hat, wird weiterhin H. Lautensach würen; diese ersten Worte gelten dem aufrechten, starken und treuen deutschen nschen, dem vorbildlichen Vorkämpfer seines Volkstums in bedrohtem enzland, einem Kämpfer mit den edlen und vornehmen Waffen der Wissenaft, aus der Überzeugung von einer gerechten Sache geschmiedet, dem tigen und weisen Einiger seiner Volksgenossen auf ein großes Ziel!

Noch sehe ich ihn stehen, in einem seiner glücklichsten Augenblicke den iten Platz in Graz überschauend, auf dem sich aus Nord und Süd, Ost und est hervorragende Vertreter deutschen Volks- und Kulturbodens zusammenfunden hatten, um Zeugnis zu geben für das größere Vaterland, wider die rstümmelung ihres Lebensraums in Innereuropa. Er stand zuerst, ein über gekannter und geliebter Mann, unter der Menge seiner Brüder, dann auf n mächtigen Vorbau des Festhauses hoch darüber, selbst in seiner Person lebendes Band zwischen droben und drunten.

Dies vor allem war eine gütige Gabe, die seiner warmherzigen Menschlichit vor vielen anderen beschieden war, daß er eigentlich bloß aufzustehen äuchte in einem großen Saal, einer Halle voll hadernder Volksgenossen, mit r ganzen Reinheit seines Wollens, seiner einwandfreien wissenschaftlichen bensarbeit als Geograph seiner Heimat, wie als Erschauer und Kenner der eltüberspannenden Fremde hinter sich, um die Uneinigen in leiser Beschäung vor dem in schwerer Arbeit ergrauenden Idealisten zu einigen.

Wer wird nun auf dem umkämpften Boden der Südmark diese einigende aft entfalten, wer das Grenzschutzwerk in einer Reihe mit Penck und Volz rtführen, das allzu früh seinen nimmermüden Händen entsank? Wenn von nem Manne unserer Wissenschaft in heutigen Tagen gesagt werden kann, ß er unersetzlich sei auf seiner augenblicklichen Stelle, so ist es bei Robert eger, der zugleich die steirische Heimat behütet und betreut hat mit allem istzeug seines Könnens, und in weltumspannenden Werken den Erdball für s große Weltbild dieser Heimat überwachte.

Das war seine große Stärke: dieses feste Stehen in den eignen Schuhen in eimat und Fremde zugleich, im Engen und Weiten; so nahm der an sich ır mittelgroße Mann, dennoch überall hervortretend durch den zugleich itigen und mächtigen, fein durchziselierten Gelehrtenkopf, ohne je um Führerm zu geizen, in seinem engeren Lebensraum eine ihm fast aufgedrängte ührerstellung ein; und kaum an einer anderen Stelle der Ostmark lag im rchtbaren Augenblick des Zusammenbruchs das wissenschaftliche wie persönche Rüstzeug zur Neubauarbeit an den zerbrochenen Deichen, zur Dämmung er Flut so bereit, wie in Graz, in der einzigen deutschen Hochschule südlich er Alpen, was er oft so stolz als einzigartigen Charakterzug des geliebten raz hervorhob.

Kennzeichnend für ihn war ja auch, daß er das Allerbeste seiner Persönlichkeit gar nicht in seinem gedruckten Werke gab, so reich es ist, sondern in der Aussprache von Mann zu Mann selbstlos verschwendete und verschenkte. Das Feinste, das ich von ihm an Verständnis für die Bestrebungen der Geopolitik erfuhr, das sagte er mir in mitternächtiger Stunde, beim mondbeglänzten Niederstieg vom Grazer Burgberg nach einem der alten umschatteten Tore; über R. Kjellén, dem er einen bedeutenden Nachruf in der Geopolitik geschrieben hat, über die Forderung und Abgrenzung der Geopolitik und politischen Erdkunde, über unseren Kreis, der sie beide vertrat. Nun kämpft nur mehr die Erinnerung dieses in Wahrheit an seiner Stelle unersetzlichen Mannes an unserer Seite; und böse Fügung wollte es obendrein, daß sein treuer Gehilfe Sidaritsch wenige Wochen vor ihm dahinging, und daß also nur eine verwaiste Schülerschar prächtiger junger, aber nun führerloser Menschen die große Überlieferung des heute leeren Lehrstuhles von Graz bewahrt.

Es ist nicht immer und überall selbstverständlich, daß eine weite Welt die Stimme kleiner, seitab vom großen Herdentrieb des Verkehrs, in bedrohter Landschaft gelegener Hochschulen so achtungsvoll vernimmt, wie man aufhorchte, wenn Graz durch Sieger sprach; und noch seltener ist es, daß Streit und Hader sich — durch überlegene Menschlichkeit besiegt — vor dem Klange einer einzelnen Stimme legen. So gilt denn zugleich einem großen Lehrer und Erzieher, wie einem ganzen tapfern Menschen unser Scheidegruß, der Hochschule, der Steiermark, die ihn verlor, unser Beileid, und der aufrichtige Wunsch, einen seiner würdigen Nachfolger zu finden!

Auf dem Breslauer Geographentage im Juni 1925, der letzten großen wissenschaftlichen Tagung, die ihn inmitten seiner Freunde sah, machte Robert Sieger gelegentlich der Diskussion eines Vortrages die sehr feine Bemerkung, das Reich der Geopolitik scheine ihm da zu beginnen, wo die Prognose anfange und in dem ersten Aufsatz, mit dem er in unserer Zeitschrift auf dem Plan erschien (1924, Seite 101), umriß er seine Stellung zur Geopolitik mit den Worten: „Ich vermeide das Wort Geopolitik im Sinne von politischer Geographie, gebrauche es aber für eine geographische Politik, d. i. von geographischen Gesichtspunkten bestimmte Staatskunst“. In seltener Weise war in diesem Manne ein ungemein vielseitiges, stets präsentes Wissen und ein schar spürender, auf die Herausarbeitung grundlegender Begriffe gerichteter Forscherdrang mit einer selbstlosen Hingabe an die Forderungen der deutschen Gegenwart vereint. Was seiner unvergeßlichen Arbeit im Dienste bedrohten deutschen Volkstums den machtvollen Nachdruck und Erfolg verlieh, war di originale Unterbauung des deutschen Kampfes durch ein scharf umrissene und klar gegliedertes System der Politischen Geographie. Die sichtbaren Anfänge dazu entwickelte er schon in dem Jahr, in dem er auf den Posten nah der von magyarischer und slawischer Flut umbrandeten Südostgrenze de deutschen Volksbodens berufen wurde („Nation und Nationalität“, Österr. Rundschau I, 1905, Seite 659 ff.). Stehen im folgenden Jahrzehnt neben der akademischen Tätigkeit noch Arbeiten zur Wirtschafts-, Verkehrs- und Handelsgeographie, die dem früheren Professor an der Wiener Exportakademie nahe liegen mußten, im Vordergrund, so sieht der Weltkrieg Robert Sieger al

en unermüdlichen Kämpfer, der in Wort und Schrift seinen Volksgenossen
Augen öffnete für die gewaltige Größe dessen, was auf dem Spiele stand.
e Gesammelten Aufsätze „Aus der Kriegszeit für Friedenstage“ (Graz und
ipzig, Leuschner & Lubenskys Universitäts-Buchhandlung, 1916) bilden ein
chtendes Wahrzeichen für seine selbstlose Hingabe an die große Sache.
d als dann das furchtbare Ende kam, da hat Robert Sieger als Mitglied
r österreichischen Friedensdelegation in St. Germain als der wohl tiefgrün-
gste Kenner der Politischen Geographie der österreichisch-ungarischen Mo-
rchie und insbesondere der Grenzsäume des deutschen Volksbodens, um die
rt der ungleiche diplomatische Kampf ging, mitgeholfen, das wenige zu
tten, was zu retten war. In diesen schweren Jahren wurde Robert Sieger
aktischer Geopolitiker in dem hohen Sinne des Wortes, der seiner oben an-
deuteten Auffassung vom Wesen der Geopolitik entspricht, und als dann im
nuar 1924 unsere Zeitschrift zu erscheinen begann, stellte er uns, was ihm
vergessen bleibt, als einer der ersten seine überaus wertvolle Kraft zur Ver-
gung. Klar erkannte er, daß eine praktische Geopolitik nur auf dem breiten
ndament einer exakten Politischen Geographie ruhen kann. Die Arbeiten,
e er in unserer Zeitschrift veröffentlichte, liegen daher mit Ausnahme des
n umrissenen Lebensbildes, das er zum Gedächtnis der 60. Wiederkehr des
burtstages von Rudolf Kjellén schrieb, auf dem Gebiete der Systematik der
litischen Geographie. Ihm gehört die Studie über die „Unterschiede zwischen
m Wachstum der Staaten und dem der Nationen“ an, die sogleich im zweiten
ft des ersten Jahrganges erschien und die unter den wuchtigen Lehren des
ieges geformten Gedankengänge „Zur politisch-geographischen Terminologie“
eitschr. Ges. f. Erdk. zu Berlin 1917, Seite 497 ff., 1918, Seite 48 ff.) weiter-
twickelt. Immer war für Robert Sieger diese Schürfarbeit auf dem Gebiet
r Terminologie und sonstigen Systematik die feste Grundlage für eine Stellung-
hme zu den die deutschen Belange betreffenden Tagesfragen, und als er auf
m letzten Geographentage, den zu erleben ihm beschieden war, ein ihm in
esen Jahren besonders liebgewordenes Kapitel der systematischen Politischen
ographie behandelte, betitelte er daher seinen Vortrag: „Die geographische
hre von den Grenzen und ihre praktische Bedeutung“ und wieder-
lte die Grundgedanken seiner Ausführungen vor unserem Leserkreis unter
m Titel: „Die Grenze in der Politischen Geographie“ (1925, Seite 661).
rade das vorliegende Heft, das wir von tiefem Schmerz erfüllt mit einem
denkwort an den allverehrten Toten einleiten müssen, sollte eine neue
beit des Lebenden enthalten. Noch angesichts des bevorstehenden chirurgi-
hen Eingriffs stellte uns Robert Sieger am 11. Oktober d. Js. eine Arbeit
Über Heim- und Kultursprache“ in Aussicht, in der er am Beispiel der
asuren, Ladiner, Elsässer u. a. die Beziehungen zwischen angestammter alter
undart und der von einer Hochkultur getragenen eindringenden Fremd-
rache zu beleuchten und die geopolitischen Folgerungen zu ziehen gedachte.
unverwüstlichem Optimismus versprach er das Manuskript für November.
n der Einlösung seines letzten Wortes: „Das werde ich halten“ hinderte den
mertreuen ein unerbittliches Schicksal, das das Deutschtum eines seiner
elsten Streiter, die geographische Wissenschaft eines ihrer kritischsten Köpfe
d unsern Kreis eines seiner wertvollsten Mitarbeiter vorzeitig beraubt hat.

GENZABURO HIROE:

DIE JAPANISCH-RUSSISCHE ANNÄHERUNG

und ihre Auswirkung, insbesondere auf die jungasiatische Bewegung

Wir geben im Folgenden den Anschauungen eines japanischen Seeoffiziers Raum der nun in Deutschland Soziologie studiert, und glaubt, im Gegensatz zum Imperialismus zu stehen. Wir geben die Äußerungen möglichst in der japanischen Denkform, wenn auch in unserer Sprache, wieder, weil jede Veränderung ihren geopolitischen Wert nicht steigern, sondern beeinträchtigen würde.

K. Haushofer.

Der Zweck des japanisch-englischen Bündnisses war in gewissem Sinne ohne weiteres ein Imperialismus in Ostasien. Offen und ehrlich gesagt, was Japan anbelangt, wollte es einen gewissen Teil des Festlandes Asiens, irgendwo in Sibirien, China oder Korea einnehmen. Das war schon eine offenbare, dringende Notwendigkeit seit seiner Restaurationszeit im Jahre 1868. Als Japan etwa vor mehr als einem halben Jahrhundert seine Abschließungspolitik vernichtete, wodurch es auf dem weltpolitischen Spielplan eintreten wollte mangelte es ihm an industriellen Materialien, die als Gewähr für das künftige Gedeihen des modernen Staates betrachtet werden könnten. Nein, noch drin gender war, daß Japan sich zunächst seines Territoriums versichern mußte da schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts europäische Mächte seine benachbarten Länder bedrohten. Diese beiden Umstände erregten Japan heftig zum starken Nationalbewußtsein und gaben ihm Kraft zum Gedeihen als moderner Staa und sogar zum Imperialismus. Es ist nicht unnötig, daß ich hier zunächs kurz die durch diese Umstände entstandenen Gesichtspunkte schildere.

Als Japan durch die Restauration im Jahre 1868 den feudalistischen Polizei staat unter der Zentralisation der Machtbefugnisse des Tokugawa-Shogunat gründlich reformierte und auf den weltpolitischen Spielplan trat, indem e seine Abschließungspolitik aufgab, schien es zu spät gekommen zu sein, u in den Kampfplatz des modernen staatlichen Wettbewerbes von Europa un Amerika einzutreten. Schon nördlich, jenseits des japanischen Meeres hatt Rußland die ganze Strecke von Sibirien erobert und drängte mit stürmische Macht und mit dynamischem Einfluß über die Ufer des Amurs in die Mand schurei und Korea. Westlich und südlich lag die ganze Strecke von Chin bis nach Indien und den Südseeinseln unter der Herrschaft anderer Mächt Korea und China waren im sterbenden Zustand. Da sah Japan überall nörd lich, westlich und südlich das Licht der benachbarten Nationen von Tag z Tag immer mehr verschwinden. Japan wäre sozusagen wie ein Neuling a

er Weltreise gewesen, der im unbegrenzten Urland von Wölfen umgeben nd angegriffen worden sei. Damit Japan dieser Krise entging, mußte es 1894—95 gegen China Krieg führen; und es hat China geschlagen und dadurch den bedeutenden chinesischen Einfluß auf Korea vernichtet, indem es ie Unabhängigkeit Koreas hergestellt hat. Durch den Sieg in diesem Kriege at Japan Besitz von Formosa ergriffen, und dadurch auch die Herrschaft über die Formosa-Meeresstraße in die Hand genommen. 1904—05 hat Japan gegen Rußland, das sich damals als den führenden militärischen Staat in der Welt fühlte, Krieg geführt und wiederum hat Japan gesiegt. Dadurch hat Japan den Einfall Rußlands nach der Mandschurei und Korea abgeschlagen und die speziellen Interessen in der Mandschurei, die bis dahin Rußland China entrissen hatte, übernommen. Während aber in der Blütezeit des Imperialismus Korea seine Unabhängigkeit kaum behalten konnte, würde es doch ein Sprungbrett, eine Basis zum Vorrücken des Imperialismus nach dem isolierten Inselstaat Japan gewesen sein. Gewiß, und ich muß sagen leider, hat Japan im Jahre 1910 Korea einverleibt, um das unwünschenswerte Gerüst der von Norden drängenden Gefahr von Grund aus zu beseitigen. Und endlich hat Japan beim Ausbruche des Weltkrieges Deutschland eine Forderung vorgelegt, wonach, um den Frieden im fernen Osten nicht zu brechen, Deutschland den Besitz Tsingtaus an Japan abtreten sollte, mit der Bedingung, daß Japan nach der Wiederherstellung des Friedens Tsingtau an China zurückgeben würde. Ein gut Teil von dieser feinen Ausrede war aber formell; ich bedauere sehr, daß es zwischen beiden Staaten das Schicksal so fügte, daß Japan Deutschland mit der gleichen Münze heimzahlen mußte, die Deutschland im Jahre 1895 anläßlich des Eingreifens dreier Mächte gegen Japan bezahlt hatte. Nachdem Japan Tsingtau eingenommen hatte, übernahm es die Vormachtstellung in der Mandschurei und in der östlichen inneren Mongolei durch die sogenannten 21 Punkte.

Trotz dieser Erfolge, und noch dazu, trotz des ungeheuren Gewinns während des Weltkrieges sind die schweren Fragen ungelöst geblieben. Japan konnte sich von dem Erreichten nicht viel versprechen. Diese Fragen sind nämlich folgende:

1. Japan hat noch immer sich steigernden Mangel an industriellen Materialien, je nach der industriellen Entwicklung. Je höher seine Industrie sich entwickelt, desto mehr macht sich der Mangel an Rohstoffen bemerkbar, mit denen es unzulänglich versorgt ist, umsomehr, als es von Anfang an keine nennenswerte Kolonie gehabt hat. Z. B. Japan war einmal sogar Lieferant von Kupfer, Holz und Kohlen, aber heute ist es schon Abnehmer dieser Naturprodukte geworden. Daß es immer ein großer Abnehmer von Baumwolle, Eisen usw. war, die es zur Entwicklung seiner Industrie nicht entbehren kann,

ist heute noch genau so wie zuvor. Und noch ungünstiger ist besonders nach dem Weltkriege die Handelspolitik aller Staaten verändert worden, die insbesondere viele Rohstoffe zu exportieren haben und die die Ausfuhr aller industriellen Rohstoffe in verschiedener Weise beschränkt haben. Folglich, solange diejenigen Staaten, die weder im eigenen Reich genügende industrielle Materialien noch die die Rohstoffe liefernden Kolonien besitzen, den gegenwärtigen industriellen Zustand zu unterstützen haben, wenn sie sich auch nach keiner weiteren Entwicklung bestreben, müssen sie nolens volens die Rohstoffe stets als „Achillesferse“ betrachten. Dies kommt immer in Frage, solange ein Staat sich innerhalb gewisser Grenzen der zivilisatorischen Einrichtungen halten will. Daher kommt es, daß sich Deutschland in derselben Lage befindet wie Japan. Das Folgende hat Reichsinnenminister Dr. Külz am 24. Juli dieses Jahres in der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität dargelegt: „. . . . Die Möglichkeit kolonialer Betätigung ist zu einer Lebensfrage für uns geworden. . . . Schließlich ist die koloniale Frage brennend für Deutschlands Wirtschaft. . . . Ohne die Regelung der deutschen Kolonialfrage ist ein Gedeihen Deutschlands unmöglich . . . .“ Auch Japan ist ganz derselben Meinung, obgleich es dieselbe nicht so unumwunden zugibt, weil es sich um die Humanitätsfrage handelt, wenn eine überlegene Nation mit Absicht andere Länder ausbeuten und so die anderen Völker wider ihren Willen beherrschen will.

2. Die freundlichen Beziehungen zwischen Japan und China hatten die Tendenz, immer schlimmer werden zu wollen. Hätte Japan mit China, welches in seinem riesengroßen, noch nicht urbar gemachten Landbesitz ungeheueren Reichtum an Naturprodukten birgt und dessen Bevölkerung von 430 (?) Millionen Menschen eine umfangreiche Kaufkraft hat, eine engere freundschaftliche Verbindung geschlossen, so wäre Japans Gedeihen im Bereiche der modernen Staaten ohne Kolonien möglich gewesen. Aber das war und ist noch heute nicht der Fall! Auf der einen Seite konnte Japan seinen Siegesstolz nicht beherrschen, weil es 1894—95 China, 1904—05 Rußland besiegt hatte und dadurch mit einem Sprung in die Reihe der Großmächte der Welt eingetreten war. Deshalb verachtete es nicht nur China, sondern hatte auch die Ambition, sich mit den europäisch-amerikanischen Mächten in China um den Löwenanteil zu streiten, oder, wenn die Gelegenheit sich ergäbe, aus eigener Kraft eine ausschließliche Vormachtstellung in China zu erringen, um dadurch eine große Rolle spielen zu können. Und daß Japan sein Ziel in Einzelgebieten von China erreicht hat, weiß man. Dieses imperialistische Verhalten Japans hat bekanntlich auf China einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht, der aus den Köpfen der Chinesen nicht leicht herauszubringen zu sein scheint, obgleich sowohl die japanischen Kenner als auch die chinesischen eine freundschaftliche Gestaltung der Beziehungen zwischen Japan und China ausdrück-

ch befürworten, und auch kein Mittel unversucht lassen, sei es positiv, sei negativ, diese leidigen Konfliktstoffe zu beseitigen.

3. Trotz dieser ungünstigen Umstände ist die innige Annäherung beider unedingt nötig, um die vollständige Unabhängigkeit Chinas zu sichern. Von apans Standpunkt aus betrachtet ist China mehr ein Kamerad als eine rivasierende Macht, worauf es schließlich bei geopolitischen Fragen im weiteren inne ankommt. Bei der Gegenüberstellung von vollständig unabhängigen taaten, wie wir sie heute in Europa haben, ist die Schwächung eines Staates ir den benachbarten Staat günstig, vorausgesetzt, daß andere Bedingungen leich sind. Im Gegensatz dazu sind die Bedingungen zwischen den ostasiatichen Staaten, insbesondere zwischen Japan und China, ganz anders. Denn ie Schwächung eines Staates hat auch die des benachbarten Staates zur Folge, a die ostasiatischen Länder der Kampfplatz der um den Löwenanteil streienden europäisch-amerikanischen Mächte geworden sind. Wäre Japan schon eit einem halben Jahrhundert von europäischen Mächten beherrscht worden, o könnte man sich kein China, wie es heute ist, vorstellen. Umgekehrt önnte man das Gleiche sagen. Ohne diese speziellen Beziehungen zu berachten, kann man wohl kaum weder die Vergangenheit noch die Zukunft eider Staaten untersuchen und erforschen. So mag denn auch in diesem Zuammenhang folgendes Bild hier Platz finden. Die fremdenfeindlichen Beegungen in China in den letzten Jahren gingen in der Regel am Anfang von iner den Japanern feindlichen Agitation aus, um sich dann nach und nach egen die europäisch-amerikanischen Nationen, insbesondere gegen die Engänder zu wenden. Das aufgeregte Jungchina will zunächst die „altklugen" apaner — so wie es sich diese vorstellt — ausschließen, aber bei zunehmener Vernunft kommt es ihm allmählich zum Bewußtsein, daß es im Grunde enommen sehr nachteilig ist und sogar sehr gefährlich sein kann, „mit den ernen Ländern freundschaftlich umzugehen und dadurch die benachbarten Staaten anzugreifen". (Ostasiatische Redensart.)

Mit einem Wort, China kann weder die Japaner durchaus ausschließen, obleich es über das „naseweise" Japan empört ist, noch kann Japan Chinas Unabhängigkeit schwächen lassen, wenn es auch in China eine ausschließlich große Rolle spielen möchte. Die geographischen Bedingtheiten beider Nationen estatten weder die feindselige Gegenüberstellung noch die zur Schwächung les einen dieser beiden Länder führende Einmischung des anderen.

4. In den letzten Jahren betrug die Zunahme der japanischen Bevölkerung lurchschnittlich im Jahre im eigentlichen Japan etwa 750 000, in den einverleibten Gebieten, Korea, Formosa und Sachalin, etwa 300 000. Die Regeung dieser starken Bevölkerungszunahme kann bekanntlich hauptsächlich entweder durch die Kolonisierung, falls der betreffende Staat schon stark be-

völkert ist oder falls er unter Mangel an industriellen Rohstoffen leidet, oder durch die Einfuhr genügender Rohstoffe erfolgen. Aber einerseits hat Japan keine nennenswerten Kolonien, die der außergewöhnlich starken Bevölkerungszunahme entsprechen, während andererseits seine Auswanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika als auch nach Australien bis zum höchsten Grade beschränkt worden ist. Infolgedessen kann sich Japan von der Kolonisierung nicht viel versprechen, solange es mit der Verteilung der Kolonien in der Welt wie heute steht. Andererseits können alle Rohstoffe ausführenden Staaten eine Beschränkungspolitik der Ausfuhr von Rohstoffen betreiben, was, wie schon erwähnt, besonders nach dem Weltkriege eine bemerkenswerte Tatsache geworden ist.

Nunmehr wäre Sowjetrußland in Betracht zu ziehen. Bekanntlich ist die Vernichtung aller kapitalistischen Staaten der Welt die Hauptlinie zur Endstation der „Internationale", oder der „Sozialistischen Sowjet-Republiken". Aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist nicht daran zu denken, daß Rußland dieses Ziel mit eigener Macht verwirklichen kann. Doch gibt es dazu eine andere Möglichkeit. Das ist die Verselbständigung und die Befreiung der Kolonien, auf denen sozusagen das Gedeihen der modernen kapitalistischen Staaten beruht, was ja auch offenbar ein Programmpunkt Rußlands ist. Es hat, was ostasiatische Staaten anbelangt, zunächst im Jahre 1924 mit China die diplomatischen Beziehungen wieder hergestellt, und schon heute macht es in China seinen gewissen Einfluß geltend. Wenn Rußland einmal in China eine große Rolle spielen sollte, so würden die Einflüsse der in China selbstsüchtig verharrenden Mächte entscheidend abgeschlagen werden, wodurch auch die Engländer in Indien in große Gefahr kommen würden. Und schon setzt sich der alte Streit um Indien zwischen England und dem zaristischen Rußland wiederum zwischen Sowjetrußland und England fort. Wenn er auch nicht so deutlich in Erscheinung tritt, muß er ja doch im festgesetzten Programm Sowjetrußlands liegen. Daß das englische Arbeiterkabinett Macdonald im Jahre 1924 auf einer Seite den englisch-russischen Vertrag abschloß und andererseits den von dem vorhergehenden Kabinett beschlossenen Plan des Ausbaues des Marinehafens Singapur aufgab, und daß das im November desselben Jahres gebildete Konservative Kabinett das Umgekehrte zu tun für richtig hielt, indem es den englisch-russischen Vertrag aufgab und den Plan des Marinehafens Singapur wieder aufnahm, macht sowohl dies als auch die nachher erwähnten Beziehungen zwischen Japan und Sowjetrußland verständlich, insbesondere in Anbetracht des Umstandes, daß England schon dem allermächtigsten Dollar-Kingdom, V. S. v. Amerika, schmeichelnd das japanisch-englische Bündnis zu Füßen gelegt hat. Und zwar zeigt sich Japan heute als ein dreister Gegner, ja als ein England sehr unbequemer Geselle. Ja, bekannt-

ch sind Japan und England auf der Tarifkonferenz in China in den meisten unkten nicht zusammen gegangen; das ist in der Tat die neueste Erscheiung. Auch aus diesem Grunde kann man bezweifeln, daß die neuen freundhaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Frankreich auf die Dauer unränderlich sind. Die Annäherung beider ist schon durch den japanischussischen Vertrag im wesentlichen gehemmt, d. h. sie hat an Kraft verloren; benso wie der langjährige Aufenthalt des japanischen Prinzen Chichibu-noniya in England keinen bedeutenden Einfluß auf die bestehenden allgemeinen endenzen zwischen England und Japan haben wird. Unter diesen Umständen önnte, von Rußlands Standpunkt aus betrachtet, der Kampf in China zwischen en antirussischen Generalen, hinter denen vor allem England und Amerika tehen, und den prorussischen Generalen, als ein hoffnungsreiches Vorpostenefecht angesehen werden.

Darin liegt die neue außenpolitische Abhängigkeit beider Staaten voneinnder, Japans sowohl als auch Sowjetrußlands, obwohl ihre Staatsformen sich vie Feuer und Wasser zueinander verhalten, und der erste den zweiten in Grund und Boden verabscheut und fürchtet. Man sieht gewöhnlich nur die Vorteile, welche der kürzlich zwischen beiden Staaten geschlossene Vertrag irekt und unmittelbar bietet. Allerdings behandelt der Hauptpunkt des Verrages nur Rechte, welche allein Japan genießen kann. Er lautet unter nderem:

1. Japan hat das Recht, die Fischereigerechtsame auf den Rußland benachbarten Meeren, dem Japanischen, Ochotskischen und Beeringmeere, die Japan 1905 durch den Portsmouth-Vertrag von Rußland erlangt hat, erneut auszuüben. (Vertrag Art. 3.)
2. Sowjetrußland tritt das spezifische Recht, das wichtigste, zur Ausnutzung der Kohlen- und Erdöl-Vorkommen auf Sachalin an Japan ab. (Vertrag Art. 6 und Protokoll B.)
3. Um die wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten zu beleben, wird Sowjetrußland Japan das Recht verleihen, die Entwicklung der Mineral- und Forstprodukte usw. im ganzen Gebiet Sowjetrußlands zu fördern. (Vertrag Art. 6.)

Man rechnet damit, daß die japanische Ausfuhr nach Sibirien sehr entvicklungsfähig sei; aber man befindet sich dabei im Irrtum, weil die Bevölerung des für Japan erreichbaren Sibiriens von nur annähernd 2 Millionen Menschen kein vielversprechender Abnehmer der japanischen Waren werden ann. Aber da diese im Vertrag festgelegten Rechte und Interessen ganz eineitig sind, kann man sich nicht vorstellen, wie dadurch beide Staaten feste Verbindungen anknüpfen können, ohne daß die irgendwo vorhandene Einheit nderer Interessen berührt wird. Wenn man die heutige Situation Rußlands

betrachtet, welches inmitten kapitalistischer Staaten eine isolierte Stellung einnimmt, ist selbstverständlich die Entwicklung Sibiriens mit Hilfe des japanischen Kapitals sehr wünschenswert. Das läßt sich aber nicht mit den ungeheuren Interessen vergleichen, die Japan durch den Vertrag gegeben werden. Man rechnet dabei mit dem großen Vorteil, der Rußland dadurch entsteht, daß Japan nunmehr kraft des Vertrages verpflichtet ist, in seinem Territorium das Dasein antirussischer Personen und Verbände nicht zu gestatten, nachdem es bisher im Geheimen diese zu unterstützen pflegte. Aber da unter den heutigen Umständen Japan diese nicht mehr wie in der Zeit der Expedition japanischer Truppen nach Sibirien positiv unterstützen kann, hat dieser Vorteil für Rußland keine wichtige Bedeutung, geschweige denn, daß auch Japan denselben Vorteil genießt (Vertrag Art. 5). Danach liegt der neue Zusammenhang beider hauptsächlich in dem gemeinsamen Interesse an einer Emanzipation und Befreiung der Kolonien, wenn auch jeder der beiden Staaten dabei ein anderes Ziel verfolgt. Die Verschiedenartigkeit der Ziele schließt gleiche Mittel nicht aus.

Daß Japan die Emanzipation der bedrückten Nationen, der Kolonien, wünscht, ist nicht nur die notwendige Schlußfolgerung aus den schon erwähnten vier Punkten Japans, sondern auch ein menschliches Pflichtgebot sozusagen. Das japanische Volk war einmal einstimmig entrüstet und auf das Äußerste gereizt über das kaltblütige Verhalten, welches das Land der Freiheit, Amerika, dadurch zeigte, daß es trotz des ungeheueren Reichtums, welches es in seinem riesengroßen, zum Teil noch nicht urbar gemachten und nur sehr schwach bevölkerten Landbesitz birgt, die Einwanderung der gelben Rassen bis zum höchsten Grade beschränkt hat, wodurch es den gottlosen Rassenkampf gegen die Farbigen erklärt hat, sei es offenbar, sei es anspielungsweise. Ja, das Verhalten Amerikas in der Einwanderungsfrage ist im Grunde genommen eine Herausforderung gegen andere Rassen, wobei es selbst dem wahren Sinne seiner sogenannten Erklärung der Freiheit widerspricht. Darauf ist seitdem im japanischen Volke der Gedanke der Emanzipation der bedrückten Nationen immer mehr gewachsen, zunächst ganz andeutungsweise, und doch vielleicht auch manchmal seinem jungen imperialistischen Gedanken widersprechend. Mit anderen Worten: Wir können nicht verneinen, daß es Japan immer klarer zum Bewußtsein kommt, sich als einziger Vormund oder Beschützer der unglücklichen Rassen gegen die vernunftwidrigen, unmenschlichen Herausforderer des Rassenkampfs zu betrachten, welcher die wahre Fähigkeit besitzt, sie zu beaufsichtigen und glaubt, diese Frage nicht vernachlässigen zu dürfen. Trotzdem es fast keine Möglichkeit gibt, hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen von Japans Seite aus insbesondere, daß Japan und Amerika wegen der Ein- und Auswanderungsfrage Krieg führen, wie man es vermutet, bestrebt

h Japan doch, seine Marine immer mehr zu vervollständigen und zwar
rden wahrscheinlich für dieses Jahr die Kosten für etwa 32 Hilfskriegs-
hiffe, d. h. Kreuzer, Torpedozerstörer, U-Boote usw. in das Marine-Budget
gestellt werden. Dies ist nichts anderes als die Vervollkommnung der
hren Fähigkeit, die Freiheit der Farbigen zu schützen, wenn auch einige
r japanischen Politiker anderes beabsichtigen sollten — umsomehr als
s Gerücht des japanisch-amerikanischen Krieges auf einen Rassenkampf
spielt.

Jetzt dürfte es klar sein, daß sich Japan und Sowjetrußland bei dem großen
nterschied zwischen beiden Staatsformen und auch den beiderseitigen Inter-
sen, wie sie den Worten nach aus dem Vertrage von Peking hervorgehen,
ar mit großer Mühe miteinander befreundet haben. Doch will ich durch-
is nicht sagen, daß die damalige Regierung, eine Koalition der Seiyukai-
artei und der heutigen Regierungspartei Kenseikai, sich ganz bewußt war,
ir die Freilassung der Kolonien — der Farbigen — in gewissen Punkten
ıch Chinas, einzutreten. Aber mindestens müßte sie darüber befriedigt sein,
aß Sowjetrußland in den bedrückten Ländern, namentlich in Asien und be-
onders in China und Indien, die Einflüsse der europäisch-amerikanischen
lächte zurückzudrängen beabsichtigt. Wenn aber einmal Sowjetrußland in
hina eine große Rolle spielen sollte, so würde Japan das Geschick der anderen
lächte in China teilen müssen und sich gleichzeitig der dynamischen Gewalt
er „roten Gefahr“ aussetzen. Das jedoch könnte Japan nicht ertragen, auch
enn es ritterlich sein wollte. Aber doch kann Japan die suggestive Wirkung
er bolschewistischen Ideen in China kaum ausschalten, ja, es muß resignieren
nd sich mit diesen Erfolgen abfinden. Infolgedessen mußte Japan um jeden
reis mit Sowjetrußland ins Einvernehmen kommen, wodurch es sich, ohne
ch der roten Gefahr aussetzen zu müssen, gegen die russische antiimperia-
stische Wirkung in Ostasien unempfindlich machen kann und diese viel-
ehr für Asien und sogar für sich auszuwerten in der Lage wäre. Der Ver-
ag Art. 5 und das Protokoll (A) Art. 4 erwähnen besonders diese Punkte.

Doch bekanntlich standen vor allem die Militär-, Marine- und Regierungs-
reise und sogar der größte Teil des Volkes im Gegensatz zur aufkeimenden
nigen Freundschaft zwischen beiden Staaten; und komischerweise auch heute
och, nachdem sie zustandegekommen ist. Aber trotz aller eigenen Gefahr
ünschten sie sehr, in erster Linie das Erdöl, welches für die Zukunft der
panischen Marine unentbehrlich ist, mit Sicherheit erhalten zu können;
denfalls hätten zunächst die Marine- und Militärkreise das Zustandekommen
es Vertrages mit aller Gewalt verhindert, wenn Japan durch den Vertrag
ein Erdöl bekommen hätte. Es ist zu deutlich, wie ich hier einfügen will,
aß Sowjetrußland und China von Seiten der japanischen Marine eine Gefahr

nicht droht — die Vervollkommnung der japanischen Marine arbeitet durch die Erwerbung des Erdöls den beiden Staaten eigentlich nicht entgegen.

Kurz gesagt, der Schwerpunkt der einheitlichen Annäherung beider Staaten liegt in der Tat in der gegenseitigen Sicherung der freien Wirksamkeit beider in Ostasien, zunächst vor allem in China; sonst könnten wir uns die Entstehung eines solchen Vertrages nicht vorstellen, in welchem Japan dem Wortlaut des Vertrages nach ausschließlich mehrere Rechte in Anspruch nehmen kann, während sich Sowjetrußland dagegen im Hinblick auf die Weisungen der „3. Internationale" zu gewissen Zugeständnissen hat bereit finden müssen (Vertrag Art. 5 handelt hauptsächlich davon, daß Sowjetrußland nichts unternehmen darf, was die japanische Staatsform schädigen könnte, wie es auch umgekehrt der Fall ist.) Aber unter der freien Wirksamkeit in China darf man nicht die Verletzung der chinesischen Souveränität und aller damit in Verbindung stehenden Rechte verstehen, sondern ohne weiteres die Sicherung derselben.

Das von den Vereinigten Staaten von Amerika vorgeschlagene Prinzip der Gleichberechtigung mag vor der Hand für das heutige China besser als nichts sein, aber von Seiten Chinas wird es wirklich nur als eine Unannehmlichkeit empfunden. Es möchte am liebsten von diesem Prinzip unabhängig sein, sobald sich eine Gelegenheit bietet, die magischen Einflüsse der Großmächte zu beseitigen. Dabei kommt ihm die Wirksamkeit Sowjetrußlands zustatten, welche, wie man weiß, Jungchina, sei es kommunistisch, sei es nationalsozialistisch, oft zur fremdenfeindlichen Bewegung benutzt hat. Aber solange es in China viele antirussische Parteien gibt, die immer von mächtigen Generalen, z. B. Tschang-Tcho-Lin, Wu-Pei-Fu, geführt werden und die Großmächte, bekanntlich auch Japan, sie mit Rücksicht auf eigene künftige Vorteile, die sie sich davon versprechen, zu unterstützen pflegen, kann man von der Bewegung Jungchinas nicht viel erwarten. Wenn zumal Japan z. B. den General Tschang-Tscho-Lin in der Mandschurei im Geheimen unterstützte und das gemäß anderer in der Vergangenheit liegender Fälle wohl möglich, so würde Jungchina nicht nur seine fremdenfeindlichen Bewegungen nicht durchsetzen und die dadurch bedingte Einheit wohl kaum erreichen können, sondern auch die Sonderbestrebungen, welche eine der schweren Krankheiten Chinas ist, fördern. Daraus ergibt sich nichts anderes als die Uneinigkeit des Volkes oder die Zerstückelung des Staates. Darüber ist kein Wort mehr zu verlieren: China müßte sich eigentlich ja ganz günstig dabei stehen, daß Japan und Sowjetrußland Chinas wegen eine innige Freundschaft geschlossen haben. Ja, in der Tat hält man zuweilen die neuen freundschaftlichen Beziehungen beider Staaten für ein japanisch-russisches Bündnis und zwar seinem Zweck oder Sinne nach für ein chinesisch-japanisch-russisches Einverständnis, das nahe daran sei, Wirklichkeit zu werden.

Was ich hierbei hinzufügen möchte, ist das in Frankreich, England oder n Vereinigten Staaten von Amerika kursierende Gerücht eines chinesisch-utsch-japanisch-russischen Bündnisses. Es gilt im Kreise empfindlicher Eng-nder, Franzosen und Amerikaner, wenn auch nicht der ganzen Völker, für ne gefährliche Möglichkeit. Die Gründe dafür sind nicht einfach, doch üßte der gemeinsame Hauptgrund die notwendige Regelung der brennenden age des Bevölkerungszuwachses in Deutschland und Japan und aller daraus folgernden Probleme sein. (!) Und daß diese Notwendigkeit beider in dem wjetrussischen Prinzip der Emanzipation bedrückter Völker einen Einigungs-unkt finden kann, wie verschieden auch der Anlaß oder das Ziel für jedes and sein mag, und daß dadurch auch China eine vorteilhaftere Stellung ein-ehmen könnte, wurde schon erwähnt. Nun haben sowohl Deutschland wie ich Japan Mangel an Rohstoffen, wobei der Mangel an Kolonien besondere chwierigkeiten verursacht. Und wir sehen in Deutschland eine heiße Be-ierde, wieder Kolonien zu besitzen. Aber wodurch können Deutschlands Vünsche erfüllt werden? Ist nicht die Erwerbung von Kolonien eine charak-eristische Geschichte anarchischen Zustandes im Laufe der Entwicklung des apitalismus, und konnten nicht nur die hinter den Handelsflaggen folgenden riegsflaggen sie erreichen? — etwa durch den Krieg? Aber das gilt nicht iehr; zu spät! Und denke man einmal daran, wie bitter die deutsche Min-erheitsfrage im Ausland ist, ganz abgesehen von der Schwierigkeit, zukünftig gendeine Kolonie zu erwerben — bitter! Es handelt sich um die Sympathie ür diejenigen Volksteile, die von einem anderen Staate beherrscht, ja sogar nterdrückt werden. Der Deutschland freigelassene Weg zur Regelung der olonialfrage muß die Zerstörung des sozusagen kolonialpolitischen Imperialis-ius sein. Darin würde es gemeinsam mit Rußland und Japan gehen können. utreffendenfalls birgt das oben erwähnte Gerücht aus dem eben angeführten runde eine sichere Möglichkeit in sich. Angesichts der imperialistischen lächte in China hören wir heute das Feldgeschrei Jungchinas: Heißt die eutschen, da sie mit dem Imperialismus Schluß gemacht haben, willkommen!

* * *

DIE GENFER ABRÜSTUNGSERGEBNISSE

Das am 25. September 1925 von der sechsten Völkerbundsratversammlung auf Anregung Spaniens, Hollands, Schwedens, Japans und Belgiens beschlossene Werk der internationalen Rüstungsverminderung hat mit Beendigung der technischen Studien der Kommission A in Genf einen vorläufigen wichtigen Abschnitt erreicht. Wie erinnerlich, hatte der Rat eine „Vorbereitende Kommission" politischer Zusammensetzung mit Ausführung der Beschlüsse beauftragt und diese hatte den vom Ratskomitee aufgestellten Fragebogen teils einer militärischen Kommission A, teils einer aus Wirtschafts- und Finanzvertretern zusammengesetzten „Gemischten Kommission" übertragen. Die Ergebnisse liegen nach fünfmonatlicher Arbeit bis auf unwesentliche Reste jetzt vor, und zwar in einem Bericht der militärischen Kommission von über 400 Seiten Maschinenschrift und kleineren Beiträgen der gemischten Kommission. Da es der Öffentlichkeit nicht leicht fallen kann, diesen Stoff zu beurteilen, so sei folgender allgemeine Überblick gegeben.

Schon die Art der Aufstellung des Fragebogens war das Ergebnis eines gewissen Kampfes zwischen den im Rat führenden Mächten, namentlich England und Frankreich. Die hierbei zutage getretenen Gegensätze haben sich im wesentlichen im weiteren Verlauf der Verhandlungen bis zum Schlußbericht erhalten und durch Hinzutritt weiterer selbständiger Standpunkte, wie z. B. derjenigen der Vereinigten Staaten und Deutschlands noch erheblich vermehrt. Um alle diese Ansichten zur Geltung zu bringen, wurde auf amerikanische Veranlassung die Form gewählt, in der Beantwortung jeder Frage, ja zu jedem Abschnitt des Textes, die Mächte namentlich aufzuführen, welche der einen oder anderen Fassung zuneigen. Vorher bestand das Prinzip der Abstimmung, das häufig zu sonderbaren Resultaten führte, wenn nämlich eine Majorität kleiner Staaten sich über eine Minorität der allergrößten wegsetzte. Das Bild der Antworten ist jetzt recht unübersichtlich geworden, läßt sich jedoch in gewisse Konturen zusammenfassen und zeigt dann zugleich die interessante Gruppierung der einzelnen Mächte in den einzelnen Machtpolitik- und Rüstungsfragen.

Schon in der 1. und 2. Frage, die sich mit der Definition des Begriffes Rüstungen und ihren Eigentümlichkeiten befassen, ist die Divergenz groß. Wie bereits in der Tagespresse mehrfach gemeldet, vertritt die französische Gruppe, die meist Frankreich, Italien, Belgien, Polen und die Kleine Entente umfaßt, den Standpunkt, daß Reserven an Personal und Material nicht zu den ständigen „Friedensrüstungen" gehören, die verabredungsgemäß allein der Beschränkung unterworfen werden sollen, da man von vornherein mit Recht die schwer zu berechnenden „Kriegsrüstungen" außer Ansatz gebracht hatte. Diese Gruppe will also nur diese beiden Kategorien gelten lassen, während die Opposition, bestehend aus Deutschland, Bulgarien, England, Spanien, Amerika, Finnland, Niederlande und Schweden die genannten Reserven neben den ständigen Rüstungen als ausgesprochene und greifbare zweite Gattung

n Friedensvorbereitungen für den Krieg bezeichnet und der Beschränkung terwerfen will, von der nur die dritte Gattung, die im Kriege aufgestellten istungen, unberührt bleibt. Ein zweiter Gegensatz beruht in der Frage des olizei-, Forst- und Zollpersonals, das jene Gruppe — auch bei Erangelung kriegsmäßiger Ausrüstung — dem aktiven Personal zurechnen will. i der Kennzeichnung der verschiedenen Wehrsysteme schließlich wird von r französischen Gruppe dem Berufsdienst, wie ihn England, Amerika und eutschland (dieses zwangsweise) besitzen, eine überlegene und übertriebene hlagfertigkeit und Leistung zugesprochen. Das Ergebnis dieser Gesamtaufssung wäre, daß z. B. Deutschland mit seinem 100 000 Mann - Berufsheer nd seinem angeblich kriegsbereiten Polizei-, Forst- und Zollpersonal dieselbe riegsstärke zugesprochen wird, wie z. B. Frankreich mit seinen 600 000 Mann, as seine Reserven an Personal und Material sowie die „in Ausbildung befindchen" Rekruten nicht in Ansatz bringt. Man wird verstehen, daß auf solcher rundlage eine ernsthafte Behandlung der Abrüstungsfrage zur Unmöglichkeit ird. — Die bei den oben genannten Gruppen nicht erwähnten Staaten verilen sich rechts und links, je nach ihren besonderen Bedürfnissen.

Diesen Begriffen entsprechen in Beantwortung der Frage III die „Kriterien es Vergleichs" und die „Methoden zur Herabsetzung der Rüstungen". Für ie Landrüstungen wird von einer Seite die Bedeutung und Erfassung der lannschaftsreserven und des Depotmaterials verneint, von der Opposition beht. Für die Luftrüstungen will eine Majorität unter Führung der fransischen Gruppe alle Zivilluftfahrzeuge als Kriegsmaterial und alles Zivilluftersonal als sofort verwendbares Kriegspersonal ansprechen und, da eine eschränkung der Zivilluftfahrt nicht angängig erscheint, die eigenen Luftistungen danach bemessen. Es ist klar, daß man dieser vollkommen widernnigen Auffassung zu begegnen hatte, und zwar geschah dies von Amerika, rgentinien, Deutschland, Spanien, Schweden und teilweise England, jedoch t der englische Standpunkt in dieser Frage nicht einheitlich gewesen, obleich er gegenüber der überlegenen französischen Luftmacht hätte klar vorezeichnet erscheinen können.

Die stärkste Meinungsverschiedenheit vielleicht, die allein vier Wochen onderverhandlungen im Marineausschuß mit sich brachte, beruht in dem riterium des Vergleichs und der Methode der Beschränkung der Seerüstunen. Während die angelsächsische Gruppe mit Japan, Argentinien und Chile ch nur auf Vergleich und Beschränkung nach Kategorien von Kriegsschiffen, lso Linienschiffen, Kreuzern usw. einlassen will, fordert die Majorität, geführt on Frankreich und Italien, die Festsetzung der Flottenstärken nach Pauschalonnage, innerhalb deren eine jede Macht ihren Bedürfnissen entsprechend eekriegsmittel bauen können soll. Es ist klar, daß in diesem Gegensatz die esorgnis der großen Seemächte vor einer Verschiebung der Machtlage durch ermehrung feindlicher Kampfmittel wie U-Boote und sonstiger Handelszerörer zum Ausdruck kommt. Es war die Hoffnung der Vereinigten Staaten ewesen, das Prinzip der Flottenkonvention von Washington, das bisher nur inienschiffe und Flugzeugschiffe berührt, auf die anderen Schiffsklassen ausdehnen, und im Laufe des Sommers war mehrfach von einem Wunsch des räsidenten Coolidge die Rede, zu diesem Zwecke eine neue Marinekonferenz nzuberufen. Solche Pläne sind jetzt zerstört, und man sieht zwei mächtige

Gruppen einander anscheinend unversöhnlich in einer Frage gegenüberstehen, die jede für zukunftsentscheidend hält.

Ein wichtiger Gesichtspunkt, der sich durch alle Ausführungen der französischen Gruppe zieht, ist der der „Interdépendance", des Zusammenhangs unter den drei Hauptkategorien von Rüstungen. Damit soll gesagt werden, daß die Beschränkungen in einer Kategorie, z. B. der französischen Landmacht, ihre Kompensation in den Hauptkategorien anderer Mächte, z. B. der englischen und amerikanischen Seemacht, finden müssen. Im Gegensatz hierzu wollen die großen Seemächte diesen Zusammenhang nicht zugeben, sondern nur Landmacht gegen Landmacht, Seemacht gegen Seemacht usw. vergleichen und bemessen.

Auf die Frage IV, welche Rüstungssysteme als ausgesprochen defensiv oder offensiv zu gelten haben, antwortet eine starke Gruppe unter deutscher Beteiligung, daß der Nichtbesitz ausgesprochener Angriffswaffen, wie schwere Artillerie, Kampfwagen, Flugzeuge und U-Boote ohne Zweifel das zuverlässigste Zeichen für eine nicht offensive Wehrmacht ist, jedoch hält Frankreich dem entgegen, daß eine abnehmende Tendenz in der Kopfstärke, Waffenbeschaffungen und Ausgaben für Rüstungszwecke das allein sichere Kennzeichen sei. Dieser Standpunkt beruht darauf, daß Frankreich im Besitz ungeheuren Kriegsmaterials und einer in jeder Hinsicht überlegenen Militärmacht jetzt im Begriffe und auch genötigt ist, Kopfstärke, Dienstzeit und Ausgaben herabzusetzen und auf Jahre hinaus auf Neubeschaffungen verzichten kann. So will es seine eigene Wehrmacht zum Modell eines defensiven Rüstungssystems stempeln, erfährt aber lebhaften Widerspruch selbst bei einigen seiner näheren Verbündeten, die nicht in gleich vorteilhafter Rüstungslage sind. — Im gleichen Sinne geht von Frankreich die Forderung aus, die künftigen Rüstungsausgaben auf etwa heutiger Basis festzusetzen und zu beschränken und durch Einführung gleichmäßiger Etatsnachweise die Kontrolle auszuüben. Hier jedoch wie überhaupt in der Kontrollfrage steht es im lebhaften Gegensatz zu anderen Mächten.

Es war von vornherein der Standpunkt einer Reihe von Staaten gewesen, daß alle Abmachungen über Rüstungsbeschränkung nur Zweck und Aussicht haben können, wenn sie auf Freiwilligkeit und gutem Glauben beruhen. Im Gegensatz hierzu fordert Frankreich das Recht einer internationalen Kontrolle in allen Fällen, wo der Verdacht einer Übertretung besteht. Wie gewöhnlich findet es hierin die Unterstützung der um ihre Kriegsbeute besorgten Mächte, oder, kurz gesagt, aller Rußland, Ungarn oder Deutschland benachbarten Staaten. Schroffe Absage gegen Kontrolle jeder Art erging jedoch u. a. von Amerika, Argentinien, Spanien, Italien.

Die Frage V, die das berühmte „potentiel de guerre" behandelt, ist wider Erwarten ohne größere Schwierigkeiten erledigt worden, da man sich wohl im Verlauf der Arbeiten selbst auf französischer Seite von ihrem akademischen Charakter überzeugt hatte und im übrigen die Auffassungen vom militärischen Wert der Hilfsquellen, der Bevölkerungszahl, Eisenbahn, Seewege, Grenzen usw. bereits an anderen Stellen des Berichtes zum Ausdruck kommen. Des weiteren ist unter VI der militärische Wert der Zivilflugzeuge im obigen skizzierten Sinne gegen eine nicht geringe Opposition behandelt und ebenso der militärische Wert der Handelsflotte für den Seekrieg. Wie zu erwarten,

hen hier die großen See- und Seehandelsmächte gegen die kontinentalen taten.

Der nächste Abschnitt des Fragebogens behandelt die Möglichkeit, von einer gionalen Abrüstung zur allgemeinen fortzuschreiten. Hier hat wieder ankreich es verstanden, den Begriff der abrüstungsreifen Region, unter der an sich z. B. den Kreis der Locarno-Mächte hätte vorstellen können, so eit zu ziehen und derart mit Bedingungen zu belasten, daß der Begriff zur topie wird. So wird verlangt, daß sämtliche zum Eingriff in die Geschicke ner „Region" befähigten oder an ihr interessierten Mächte in das Sicher-eitsverhältnis der Region einbezogen sein müssen. Das weist auf die großen emächte hin und führt geraden Weges zurück zum Genfer Protokoll bezw. cherheitspakt Clémenceaus. Auch hier steht die gewohnte Gruppe in Oppo-tion.

Der Gaskrieg ist auf belgischen Antrag zum Gegenstand einer besonderen ntersuchung gemacht und es wurde unter lebhafter Zustimmung Deutsch-nds seine völlige Abschaffung angeregt. Auch dieser Gedanke droht zu heitern an der französischen Forderung, daß zu seiner Verhinderung und estrafung — Sanktion — der Gegengaskrieg dienen soll. Damit wird erlangt, daß die Mächte, die sich als berufene Hüter des Völkerbundfriedens ezeichnen, die Mittel zu dieser Kriegführung behalten und entwickeln sollen, ährend ein gleichzeitiges und internationales Verbot dagegen ergeht.

Dies sind die wesentlichen Punkte des Gegensatzes in den Studien der militä-schen Kommission. Daneben sind einige Beschlüsse der gemischten Kommission vermerken, die zur Frage der wirtschaftlichen Folgen der verschiedenen aßnahmen Stellung nehmen, wie Rüstungskontrolle, etwaige Einschränkung er chemischen Industrie, Ausgabenbeschränkung u. a.

Der Bericht stellt sich demnach keineswegs als ein Instrument der praktischen brüstung dar, jedoch wird man sich bei einer Beurteilung dieses Gesamt-gebnisses zu vergegenwärtigen haben, daß hier militärische Sachverständige, h. Offiziere, gewaltet haben, die ihrem Beruf nach nicht zur Vermeidung on Kriegen, sondern zur Verteidigung der militärischen Interessen und der icherheit ihres Landes erzogen und bestimmt sind. Man weiß jedoch aus en Vorverhandlungen und namentlich aus den Reden und Arbeiten politischer ertreter dieser Länder, um nur Paul-Boncour (Frankreich) zu nennen, wie ark diese „militärische" Auffassung der Sicherheits- und Abrüstungsfrage von aßgeblichen politischen Kreisen — wir sagen nicht von den verantwort-chen — geteilt wird. In solchen Händen muß der Abrüstungsgedanke, der ei seinen Urhebern im Völkerbund und in stattlichen Parteien vieler Länder uf idealen und ebenso realen Motiven beruht, zum Zerrbild werden. Um so ehr ist es zu begrüßen, daß sich von den ersten Verhandlungen bis zum egenwärtigen Abschluß eine immer wachsende Gruppe, allen voran die Ver-nigten Staaten, zu seiner Verteidigung zusammengefunden hat, um wenigstens verhindern, daß aus der Abrüstung eine Verewigung des französischen ilitarismus wird. Es wird Sache der politischen Abrüstungskommission sein, en nächsten, nicht leichten Schritt im Sinne ihres Mandates zu tun und eses Material entweder auszuhandeln oder zu verwerfen und die Entwaff-ungsfrage von einer anderen Seite anzufassen. Die Wahrscheinlichkeit spricht afür, daß man auf einer Vorkonferenz im Frühjahr versuchen wird, eine

Reihe von Kompromissen zu erzielen und ein zunächst bescheidenes Programm für die Hauptkonferenz zu entwerfen.

Die leitenden Gedanken der beteiligten Mächte für die ganze Frage werden sich wie folgt zusammenfassen lassen, obgleich man in der großen Politik mit knappen Formulierungen vorsichtig sein muß. Die Vereinigten Staaten erscheinen nicht mehr so drängend und führend, obgleich ihnen die Befriedung Europas und die Beruhigung der Märkte durchaus erwünscht bleiben muß. Sie haben aber einen Einblick in die europäische Mentalität gewonnen, die sich mit den Beobachtungen und Berichten des Botschafters Houghton an Präsident Coolidge deckt und zur Zurückhaltung mahnt. Zu Opfern auf dem Gebiete der Seemacht gegenüber mittleren Mächten, die den Drang nach noch gehobener Machtstellung durch unwesentliche Zugeständnisse in den Landrüstungen zu verdecken suchen, erscheinen sie nicht bereit. Das Gleiche gilt von England, das starke Anlehnung bei ihnen gefunden hat und aus den ganzen Vorgängen eher die Gründe für eine Verstärkung seiner Luftrüstung schöpfen dürfte. Japan, das zu den Veranstaltern der Bewegung gehört, hat sich in den Marinefragen den großen Seemächten, in Land- und Luftfragen den europäischen Kontinentalmächten angeschlossen und scheint bestrebt, ein gewisses Gleichgewicht zu halten und eine Option nach der einen oder anderen Seite zu vermeiden. Frankreich wurde in seinen Zielen bereits hinreichend charakterisiert. Es sucht mit großer Gewandtheit die Abrüstung so zu gestalten, daß seine relative Überlegenheit zu Lande und in der Luft unangetastet bleibt und seine Seemacht die Aussicht auf Verbesserung gegenüber den Weltmächten gewinnt. Von einer Divergenz zwischen den Auffassungen der führenden Militärpolitiker und einer etwaigen „Briandschen" Orientierung ist nichts zu verspüren. Auf gleichen Wegen sieht man Italien, das sich zu seinem romanischen Nachbarn eigentlich nur in den Fragen der Bevölkerungsdichte (die Italien nicht als Stärke, sondern als Moment der Schwäche ansieht) und der Rüstungskontrolle im Gegensatz befindet. Durch sein ganzes Auftreten zieht sich ein kräftiges Streben nach machtpolitischem Aufstieg, und die sonst unzweifelhaft vorhandenen ernsten französisch-italienischen Probleme treten zurück hinter der gemeinsamen Front gegen die Weltmächte bezw. zur Erhaltung der Friedensverträge. Die kleine Entente und Polen finden ihre Haltung durch die französische Führung sowie ihre Interessen gegen Deutschland, Ungarn und Rußland bestimmt. Belgien neigt unter der Einwirkung einflußreicher Linkskreise zur etwas stärkeren Betonung des Friedensgedankens, ohne sich jedoch im ganzen der französischen Führung zu versagen. Neutrale Länder wie Holland, Finnland und Schweden tragen in objektiver Weise zum Ausgleich der Forderungen zwischen den großen Mächten bei und suchen der Abrüstung aufrichtig zu dienen. Von den großen südamerikanischen Staaten schließlich kann gesagt werden, daß ihnen die Erhaltung des Gleichgewichts zueinander das Wesentlichste ist, und daß ihre Teilnahme an der Erörterung von Problemen zwischen Europa und den großen Seemächten oder gar von rein kontinental-europäischen Rüstungsfragen nicht selten den Mangel an Berührungspunkten erkennen läßt und darauf hinweist, daß der universale Bau des Völkerbundes verfrüht war und nicht vor einer reinen Lösung der europäischen Frage nutzbringend wirken kann. Dieser Eindruck wird sich später bei einer Vollkonferenz von einigen 40 Staaten der allerverschiedensten

ientierung notwendigerweise noch verstärken müssen und entweder zu einem ch größeren Mißklang führen als bisher, oder aber zu einer Machtgruppendung ganz großen Stiles, vermutlich auf groß-kontinentaler Grundlage, bei u. a. die Einheitlichkeit des englischen Weltreiches in Frage gestellt n wird.

KARL HAUSHOFER:

BERICHT AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

In dem großen Ringen Asiens als Ganzes um vermehrte Selbstbestimmung, n Abschüttelung der als ungerecht und aufgezwungen betrachteten Verträge it der euramerikanischen Kultur, Macht und Wirtschaft ist im Spätherbst ne Verschärfung eingetreten. Es sind in China (Erhöhung der Zölle von anton, aber auch von Shantung aus, Protest und Schadenersatz-Forderung er zentralen Schattenregierung wegen Wanghsieng), in den Philippinen endung Carmi Thompson und ihre Folgen, Errichtung von Kautschuk-Großantagen mit Kuli- und Landgesetz-Schwierigkeit, Ablösungsgedanken für indanao und Suluarchipel, künstliche Verschärfung der Morospannung), aber auch vischen Japan und Südafrika (unmittelbare Handelsvertrags-Verhandlungen; Varnung des Eingeborenenrats wegen der Rassenausschließung) vollzogene atsachen entstanden, die ernste Aufmerksamkeit verdienen.

Gleichläufig mit ihnen machte sich eine Sklavenbefreiungsbewegung im ganzen dischen Lebensraum, an allen den Stellen fühlbar, wo merkwürdigereise diese Einrichtung unter dem wehenden Union-Jack noch bestand, wie Nepal und Indore, wo wir sie schon besprochen haben (XI. 26), aber auch weiten Teilen von Burma, im westlichen Teil des Indischen Ozeans, in interindien mit seinem blühenden Mädchenhandel (Abkommen zwischen am und Malayenstaaten). Ein sehr stark bemerkter Aufsatz über die unürdigen Arbeitsverhältnisse in der indischen Baumwollindustrie (Far Eastern eview, Band XXII, September 1926, Nr. 9) von George Bronson Rea, trat zu age, worin einer der „Bumerangs" erkannt werden könnte, zu denen allzu ut betonte Angriffe aus Großbritannien gegen asiatische Industrien werden: ne Rückläufigkeit geopolitischer Herkunft, auf die unsere Leser vorbereitet sind.

Auch der Kampf um die russisch-asiatische Bank, bei dem große fransische Interessen die Hauptleidtragenden sind, muß diesen Erscheinungen ngereiht werden; und letzten Endes gehören auch die Bemühungen, die owjetbünde, Japan und die mandschurischen Lokalinteressen näher, unter och vollständigerer Ausschaltung amerikanischer und britischer Eingriffsmögchkeiten aneinander zu legen, in diese große einheitliche Erscheinungsreihe.

Unter dem Druck dieser Zusammenhänge und angesichts des Verlustes der vei südlichen Yangtse-Mündungsprovinzen Chekiang und Kiangsi aus der ront der Marschälle können wir die Freude der „Times" über zwei unbereitbare Erfolge im sogenannten burmanischen Dreieck (Ob. Irawaddy) nd Wasiristan begreifen.

In Wasiristan ist zweifellos eine Beruhigung der gerade an dieser Stelle esonders reizbaren und aufregbaren Nordwestgrenze eingetreten: Straßenbau.

Flugzeug, aber auch kluges Nachgeben des Imperiums, Zurückfallen auf weitgehende Selbstverwaltung und Schaffung von Arbeitsmöglichkeit für die armen, sonst zur Räuberei verurteilten Gebirgsstämme taten das beste dabei; aber die sogenannte Durand-Linie der afghanisch-indischen Grenze auf dem Papier ist noch längst nicht von wirksamer Grenzorganisation erreicht, und die beiden Hauptwarten, das hochgelegene Razmak und Manzai (durch die Straße über Jandala mit Dera Ismael Chan am Indus verbunden) sind — wie der Ausbruch während des dritten Afghanenkrieges bewies — bei einer ernsthaften, von außen her unterstützten Störung nicht viel sicherer, als die Römerlager im Weserlande zur Zeit des Quinctilius Varus.

Ein ähnlich labiler Erfolg ist wohl auch der von Captain Green bei den Naga- und Kachinstämmen, bei denen er „noch viele Sklaven entdeckte, die 200 Rupien oder fünf Büffel kosteten“, obwohl Sir Harcourt Butler als Gouverneur Jahre zuvor Menschenopfer und Sklaverei dort untersagt hatte. Es bleibt also noch manches vor der eigenen Türe unter dem Union Jack zu kehren, und es ist ein Glück, daß es keine Instanz beim Völkerbund gibt, von der aus große Kolonialmächte angeregt werden können, solche vor einem Jahrhundert von ihnen selbst zum Schaden anderer proklamierte Abschaffungen mittelalterlicher und antiker Wirtschaftsformen mit Sklaverei — wenigstens unter ihrer eigenen Flagge — langsam auch durchzuführen.

Seiner Kolonien und jeder Ausdehnungsmöglichkeit beraubt, hat ganz Mitteleuropa ein starkes Interesse, sorgfältig über die aus solchen Verhältnissen fließende unerträgliche Konkurrenz gegenüber seinen Millionen von Arbeitslosen zu wachen und auf die Durchführung internationaler Abmachungen zu ihrem Schutz zu dringen.

Die Lage in China steht augenblicklich so, daß von den südlichen, die einseitigen Verträge unbedingt ablehnenden Streitkräfte fast alles Land südlich vom Yangtse, mit Ausnahme der von Tang Ki Yao gehaltenen Provinz Yünnan beherrscht wird. Chang-Kai-Check, der junge, aus Chekiang stammende Bonaparte der südchinesischen Revolution, hat nun auch noch den Triumph, seine Heimatprovinz Chekiang unabhängig von Sun Chang Fan erklärt zu sehen, nachdem er ihm Kiangsi mit Waffengewalt entwunden hat. Nun bringt Sun nur mehr Kiangsu und Anhwei als karge Mitgift zu einem etwaigen Zusammenwirken mit dem sehr an Ansehen und Macht zurückgeglittenen Wu Pei Fu, und mit Chang Tso Lin, der immer noch als Stärkster von den dreien etwa 200 000 Mann zur Verwendung außerhalb der Mandschurei freimachen kann. Der Süden hingegen erfährt Zuzug durch die neu ausgerüsteten Reste der Kuo Min Chun in Stärke von mehr als 100 000 Mann, darunter eine geschlossene Division von etwa 30 000 gut zusammengefügten Christen, der Garde Feng Yu Hsiangs, von der 20 000 aus ihrer ursprünglichen Stärke von 50 000 Mann gefallen sein sollen.

Ein Beobachter nach dem andern kommt zu der von uns längst vertretenen Überzeugung, daß die Zukunft früher oder später in China den Nationalisten, den Jüngern Sun Yat Sens, gehören wird, die immer mehr das ideenlose, ichsüchtige Treiben der Diadochen Yüan Shi Kais zurückdrängen, das im Gegensatz zur chinesischen Staatseinstellung und Staatsphilosophie, wie zu den westlichen Ideen steht. Auch Borbey (Débats 28. 10. 26) verzeichnet, daß „die Chinesen keine Furcht mehr vor den großen Kanonen haben“. „Wie viele

ldaten könnten Sie denn auf solche Entfernungen transportieren? Glauben e im Ernst, daß man die 400 Millionen Chinesen auf diese Weise niederlten könne?" „China ist nicht mehr in Peking: es ist überall, in Kanton, Hankau, in Chili und in Szechuan, an der Küste wie in den Tiefen des interlandes, und die Zeiten des Boxerkriegs sind für immer vorbei." Das les ist ganz richtig; nur gibt es noch zu viele Menschen, die seit den Tagen s Boxerkrieges zu wenig umgelernt haben, im Gegenteil, die Boxerkriegethoden auf Europa übertrugen, wo sie natürlich auch von den Chinesen ahrgenommen werden, und dadurch die einst geachteten weißen Mächte den est ihres Gesichtes im Fernen Osten kosten.

Wir schilderten im Bericht über den Zwischenfall von Wanhsien, bei dem e chinesische öffentliche Meinung wie ein Mann hinter General Yang-Sen nd seiner Pfandnahme der britischen Dampfer stand, den Zusammenstoß als nen geopolitisch naheliegenden: wegen des entgegengesetzten Bildes vom ahrtrecht auf dem Yangtse, das die stromlang rasenden Dampfer der ozeanichen Macht und die sich im eigenen Binnenland auf ihrem Strom sicher ähnenden chinesischen Anlieger haben. Nun liegt uns, vom Schulvorstand Changsha zusammengestellt, eine Liste vor: Statistik der innerhalb dreier lonate auf dem obern Yangtse von britischen Dampfern verursachten Todeslle: 13. 7. 26: D. „Tienkwang" überrennt eine Dschunke, 5 Tote; 8. 7. 26: . „Wanliu" überrennt eine Dschunke, 4 Tote; 2. 8. 26: D. „Kiawo" überennt eine Dschunke bei Pei-Shuei-Shi, 3 Tote, etwas später eine Dschunke ei Hutan, 2 Tote; 29. 8. 26: D. „Wanliu" überrennt bei Yun-Yang zwei hinesische Boote, 56 Tote! Als im Verlauf dieser Kette dem General Yangen einige Boote mit Soldaten und außerdem eine Kriegskasse mit 136 000 lark in die Tiefe versenkt werden, beschlagnahmt er Dampfer der schuldigen irma mit dem Erfolg, daß schließlich die offene Stadt Wanhsien von engscher Flußmarine beschossen wird, anbrennt, und mehr als tausend Leben der menschenwimmelnden Stadt geschädigt werden. So P. S. Tseng. (Vgl. lanch. Guardian vom 5. 11. 26.)

Eine Richtigstellung finde ich nicht, weiß allerdings, daß chinesische Boote uf chinesischen Strömen hie und da chinesische Gewohnheiten haben, die an ischere Verkehrssitten Gewöhnte zur Verzweiflung bringen können; ich ernere mich aber auch, daß britische Stimmen britische Fischer von ähnlicher ewöhnung gegen die den „Kanal entlang rasenden, ewig Signale hervortenden deutschen Dampfer" in Schutz zu nehmen pflegten.

Sehr zu begrüßen ist es, wenn immer mehr außenpolitisch geschulte Schrifteller sozialistischer Weltanschauung, wie der schweizer Nationalrat Reinhard, uf dessen wertvolles Buch wir im Lit. Ber. XI. 26 hinwiesen, und Karl Thieme Heft 10 der Sozialistischen Monatshefte Seite 708, auf die ungeheure auch ositive Verantwortung ihrer Parteifreunde gegenüber der Forderung nationalen elbstbestimmungsrechts in Ostasien hinweisen.

Zur indischen Frage liegen eine Reihe wertvoller Neuerscheinungen vor, uf die wir — bis zu einer Besprechungsmöglichkeit — an dieser Stelle auferksam machen müssen. Dazu gehören: W. A. R. Wood: A History of iam. London, Fisher Unwin, 1926; J. A. Spender: The changing East. ondon, Cassell & Co., 1926, dem nahen und mittleren Osten geltend; Lord urzon: Leaves from a Viceroys notebook; London, Macmillan, 1926, voll

lebendigster Eindrücke von der enormen geopolitischen Vitalität dieses letzten unter Englands großen weltregierenden Aristokraten; J. M. Macphail: „Asoka". London, Oxford Univ. Press, 1926, ein billiges, handliches Lebensbild des indischen Herrscherideals. Endlich von Sir Chimanlal Setalvad in der Times vom 22. und 23. 10. 26 die Aufsätze: „Through Indian Eyes" über das politische Problem (I) und das Wirken der Reformen (II) mit sehr bemerkenswerten Einblicken.

Eine der wertvollsten geopolitischen Einsichtsmöglichkeiten der Erde ist die jedesmalige erste Informationsreise eines neuen Vizekönigs durch Indien. Der neue Mann ist noch unbelastet; Furcht tritt in den Hintergrund, Hoffnung fliegt ihm zu. Jeder, der ihn erreichen kann, zeigt ihm, was er zu zeigen vermag. Die einzige Gefahr für ihn ist: durch die vielen Seifenblasen, die um ihn steigen, nicht auf den Grund zu sehen. Lord Irwin ist in einer glücklichen Lage. Sein kluger Vorgänger Reading hat das Sturmgewölk einer außerordentlichen Spannung gegenüber einer fast einigen indischen Swaraj-Opposition bis zu einem hohen Grade zu zerstreuen gewußt und das Odium dafür mit weggenommen. Den Rest hinzu tat die tief im indischen Volkscharakter und dem Aufbau seiner Gemeinschaften, namentlich der religiösen, liegende Neigung zur Spaltung und Uneinigkeit. Die Gandhi-Gruppe glaubte, mit ihrer Phraseologie darüber wegzukommen. Lala Lajpat Rai, wohl der lebensweiseste unter den Swarajführern, hatte erkannt, daß man mit der Wirklichkeit der getrennten Gemeinschaften mindestens noch Jahre (drei?) rechnen müsse, ehe das Verfassungsleben Indiens praktisch auf den angegangenen Linien weiter geführt werden könne. So kam es zur Trennung. Aber diese Trennung erleichtert die Lage der britischen Herrschaft in Indien, und zunächst hat den Gewinn der neue Vizekönig. Die Wahlen von 1920 waren unter dem Zeichen der „non-cooperation" und einer fast religiösen Erregung Indiens im Zenith der Einwirkung von Gandhi gestanden. 1923 hatte sich C. R. Das, der praktisch fähigste Kopf der unversöhnlichen Swarajpartei, der Leitung bemächtigt, die Unfruchtbarkeit rein passiven Widerstandes erkannt, und einen versteckt und gewaltlos, doch höchst aktiven Widerstandsgeist in die Vertretungskörper hinein praktiziert, was namentlich die Regierung in Bengalen und den Zentralprovinzen in eine sehr schwere Lage brachte. Aber 1925 starb C. R. Das, und der von ihm so geschickt, von seinen Nachfolgern so unklug geführte Kampf erlahmte. Die natürliche, vorübergehend zurückgedämmte Zwietracht zwischen Hindu und Islam flackerte wieder auf, und Führer zweiten Ranges fahren nunmehr gegeneinander. So konnte — wie ein sehr gut gesehener Aufsatz des Manch. Guardian vom 2. 11. 26 ausführt — Irwin, frei von der Furcht vor einer das ganze Land entzündenden Idee, an die Nöte seiner Wirtschaft herangeführt werden. So konnte er es in seinen zwei Hauptnöten, seiner Armut (in den Hauptackerbauprovinzen) und seiner Unsicherheit (an der Nordwestgrenze) erkennen, und seine Berater konnten mit Hilfe der Vielgestaltigkeit der auseinanderstrebenden wirtschaftlichen Zwecke die Stoßkraft der Idee weiter abschwächen. Das war denn auch der Sinn von „Lord Irwins Tour"!

Im Gegensatz zu dieser verzögernden Herbsttaktik in Indien sind an zwei anderen Stellen — an denen in Südostasien fast ohne äußerlichen Machtaufwand große ideelle Besitzrechte in einem Fall, große wirtschaftliche im andern

l von Europa aus durch kluges Entgegenkommen und völkerpsychologisches
rständnis festgehalten werden — wichtige Zugeständnisse, vor allem an die
aft der chinesischen Nationalbewegung erfolgt.
Das erste ist die Bischofsweihe von sechs chinesischen Anwärtern
f innerchinesische Bischofstühle durch S. H. den Papst persönlich in Rom,
t aller herkömmlichen Pracht der katholischen Kirche. Es ist die feierliche
rchbrechung der bisher nur in Ausnahmen außer Kraft gesetzten Über-
ferung eines im wesentlichen weißen Episkopats in China. Die Folge wird
e beträchtliche Stärkung der katholischen Kirche weit über den Kreis der
2 Millionen Christen in China hinaus sein. Es ist der Abschluß eines
ngens (dessen kirchliche Marksteine wohl die beiden Bullen: „Maximum
ıd." Papst Benedikts XV. und „Rerum ecclesiae gestarum" des jetzigen
pstes sein dürften) gegen die französische Bevormundung der Kirche im
ient und gegen den Rassenbevorzugungsstandpunkt der alten Kolonialmächte.
e Bischofsweihe der sechs Chinesen als Wendung zum Vollaufbau eines ein-
mischen katholischen Klerus in China ist also die Krönung einer kultur-
itischen Evolution, die der Vatikan mit ungleich größerer staatsmännischer
eisheit im gerade noch richtigen Wendepunkt vollzogen hat, als die Diplo-
atie des Imperialismus in Peking. Msgr. Constantini hat als apostolischer
legat in China sein Werk glücklicher vollbringen können, als es der
rch französischen Einspruch noch 1918 verhinderte Nuntius gekonnt hätte;
o es 1904 etwa 400 chinesisch-katholische Priester, so hat sich ihre
hl mehr als verdreifacht, und wenn auch bei der Synode der chine-
chen Kirche in Shanghai am 15. 5. 24 unter den Bischöfen noch 19 Fran-
en, 10 Italiener, 15 anderer europäischer Herkunft waren, saßen doch
ch schon zwei apostolische Präfekten chinesischer Rasse dabei. Nun ist der
nn endgültig gebrochen. Kommt es heute zu einer Vertreibung fremder
ssionen im großen Stil, so steht die katholische Kirche in China nicht ohne
rten da.
Eine ganz ähnliche Evolution, wie auf dem Gebiet der ringenden großen
een und Weltanschauungen der Menschheit, vollzieht auf wirtschaftlichem
d organisatorischem Gebiet die niederländische Kolonialverwaltung ungefähr
der gleichen Zeit in Insulinde, nur mehr im Stil von Echternach, ab-
chselnd vorwärts und zurück hüpfend. Zwei gut geschriebene Aufsätze der
nes (23. 8. 26 und 2. 9. 26) beschäftigen sich damit, und seien unsern
sern neben der „Deutschen Wacht" zum Einblick empfohlen.
An den Namen des Grafen Limburg-Stirum knüpft sich in Java die „ethische
litik" in dem ausgesprochensten Kolonialgebiet des indopazifischen Lebens-
ums nächst dem französischen, mit der schließlichen Gewährung des „Volks-
ıds", der Duldung der Sarikat-Islambewegung, der Zählung der Eurasier
Europäer. Die Weißen sind auch dann noch eine verschwindende Zahl
genüber den 50 Millionen des malaiischen Inselreichs, weil eben den Nieder-
nden bei allem Reichtum die überschäumende Lebenskraft, der Volksdrang
n der Heimat her fehlt, der eine ausreichende Nachschubmacht gewähr-
stet, wenn das künstliche Residentensystem mit seinen 32 Beratern einmal
rsagt. Limburg-Stirums Nachfolger Foch scheint im Grunde mehr Zentralist
wesen zu sein, und im Herbst kam ein neuer Mann: Jonkheer de Graeff.
ie wird er seinen Weg zwischen einem unvermeidlichen zentralen Zusam-

menhalten der drei heutigen großen Verwaltungseinheiten und dem bunt-scheckigen Selbstverwaltungsgefüge voll trügerischem Schein weitersuchen, das aus so vielen Kompromissen geboren ist?

Dafür interessiert sich natürlich die indo-britische Macht, die den Hauptstoß auszuhalten hat, und vergewissert sich immer wieder, auf welchem Zustand im Wandel von einer trügerischen Scheinergebenheit zu schlecht verhüllter Feindschaft das Verhältnis der 33 Millionen Javaner zu ihren alten Herren angekommen sei. Sie sucht den äußerst komplizierten Volkscharakter der Javaner mit seiner seltsamen Plastizität zu durchdringen. Zur selben Zeit etwa, wie Japan von China aus, ist Java von Indien aus von einer fremden Kulturwoge ergriffen und tief umgeformt worden, die stark genug war, in ihrer Blüte eine chinesische Invasion zurückzuschlagen. Aber im 15. Jahrhundert fiel die Hindukultur unter den Islam, wenn sie auch als starke Unterschicht innen stecken geblieben ist. Nun durchdringt diesen unhomogenen Körper eine starke chinesische Wirtschaftsinvasion, unbeliebt, oft verhaßt, aber doch neue Formen gebend, und vor allem das Vibrieren des chinesischen Volkskörpers mitmachend und seine Unruhe auf die Inseln übertragend. Daneben steht das immer noch durch Grundbesitz und größere händlerische Geschicklichkeit starke arabische Element und formt von seinem Islamstandpunkt aus an der weichen labilen Rasse; und nicht zuletzt trägt der Inder die Lehren von Gandhi und die Swaraj-Literatur hinein. Kommunistische Propaganda fand ihren Weg nicht nur in die unzufriedenen Landarbeiter, sondern auch in Heer und Flotte, und jedes Schwanken der niederländischen, an Ausschlägen reichen Methoden erhöhte ihre Aussichten. So trat neben Sarikat Islam Sarikat Rayat mit Hunderttausenden von Anhängern als festes Gerüst kommunistischer Durchdringung.

In J a p a n hatte man längst erkannt, daß eine der Voraussetzungen zur Rechtfertigung staatlicher Ausdehnung vor der öffentlichen Meinung der Welt ist, wenigstens in Programmen höchster Ausnützung und Verbesserung des Heimatbodens dessen Auswertung bis an die von der Natur geographisch und siedelungstechnisch gezogenen Grenzen nachzuweisen: So folgen jetzt dem Programm, die Auswanderung nach den Ländern, in denen sie unbeliebt ist, einzustellen, und dafür Außenhandel und Innenkolonisation aufs Höchste zu entwickeln und die Handelskonkurrenz in gewissen Räumen, namentlich des Südpazifik, bis zur Unerträglichkeit zu steigern, handelspolitische und wirtschaftliche Taten: direkte Handelsvertragsverhandlungen mit Südafrika, Steigerung des Verkehrs nach Ostafrika, dem dort durch zwei Reg.-Kais verbesserten Hafen Kilindini (Osaka Shosen Kaisha mit Kanada, Panama, Mexiko-Maru — während unsere jetzigen deutschen Schiffe klugerweise afrikanische Namen führen: Usambara, Tanganyika, Usukuma). Zugleich setzt die wissenschaftliche Vorbereitung gesteigert ein und stellt zunächst fest, daß im Inland durch Aufkauf aus Großgrundbesitz und Zerkleinerung im eigentlichen Stammjapan höchstens noch etwa 1 Million Hektar, in Korea 800 000, in Formosa etwa über 350 000 ha auf dem Wege innerer Kolonisation zu erobern sind. Aufkauf und Intensivierung des Landbesitzes über 150 acres (60 ha) würde die knapp zureichende Ernährungsdecke für etwa 86 Millionen im ganzen Reich schaffen; aber diese 86 Millionen Reichsbevölkerung (einschließlich Korea, Formosa und Restkolonien) ist eben jetzt schon da; sie wächst jährlich um

ehr als eine Million, und so hat die Wissenschaft den gewünschten Nach-
eis geliefert, daß der Reichsboden auf die Dauer nicht genügt, und irgend-
ie Raumerweiterung geschaffen oder unerträgliche Handelskonkurrenz und
umping in den Kauf genommen werden muß!

Diese Überzeugung wird nun in steter Wiederholung der öffentlichen Mei-
ung der Welt eingeträufelt, woraus wir den Schluß ziehen können, welchen
ienst uns in Mitteleuropa Penck durch sein beständiges Wiederaufgreifen des
evölkerungsproblems von der Bodenkraft her geleistet hat. Er müßte wirk-
am werden, wenn wir nur mit gleichem Verständnis für den Widerhall in
er öffentlichen Meinung der Welt für unser noch viel auspuffloseres Wohn-
nd Erwerbsgebiet den einmal gespielten Ball so wenig mehr fallen lassen,
vie es die japanische Wissenschaft tut, und mit derberen Mitteln auch die
talienische — trotzdem diese tatsächlich ja Raumerweiterungsmöglichkeiten
m Osthorn von Afrika gewonnen hat.

So ist der Gesamteindruck dieses Herbstes aus dem indopazifischen
Gebiet der eines machtvollen Vorwärtsschreitens einer gewaltigen Selbstbe-
stimmungsbewegung. Da sie mit ihrer Hauptwucht vor allem die Gesamtheit
der Monsunländer erfaßt (trotzdem einzelne Vertreter mitteleuropäischer
Wissenschaft leugnen, daß es hier überhaupt Zusammenhänge geopolitisch er-
weisbarer Natur gebe), kann ich nur auf die flüchtige Zusammenstellung
einiger einheimischer Quellen verweisen, die ich einer Darstellung der Pan-
asiatischen Bewegung seit der Jahrhundertwende im Novemberheft der
Süddeutschen Monatshefte beigegeben habe.

Ferner muß auf die ausgezeichneten, hier schon berührten Wahrnehmungen
von George Sokolsky im Frühjahr, von Oberst Malone (China Expr. and
Tel. 28. 10. 26) im Herbst über seine Eindrücke in Südchina verwiesen
werden. Sie zeigen, wo in Wahrheit die Brennpunkte, die Strahlungsherde
einer großen und unaufhaltsamen Bewegung flammen, und welches stupide
Unverständnis geeignet ist, zukünftige Verwicklungen erster Ordnung zu
schaffen. Malone selber ist Zeuge gewesen, wie der britische Dampfer, der
ihn von Shanghai nach Hankau führte, sechs einheimische Boote überrannte,
ohne auch nur zu stoppen. Gewiß hatten sie vielleicht nicht die nötige Be-
leuchtung. Aber wie schrie man in England auf, als die russische Flotte in
der Doggerbank Amok lief? Glaubt man in Europa, wenn man von London
in diesem Herbst 30 000 Stahlhelme an Chang Tso Lin lieferte und den ent-
rüsteten Friedensfreunden antwortete, sie seien nur für Dekorationszwecke
(only for ornamental purposes) abgegeben, daß diese Moral mit doppeltem
Boden, die einst bei der Betörung des deutschen Volkes verfing, auch in
China, Japan und Indien Eindruck macht?

Die Klugheit des Vatikans, die Unsicherheit der Niederländer und das vor-
sichtige Zusammenducken Japans auf sich selbst könnte den diplomatischen
Körper in Peking und alle, die sich auf seine Berichte stützen, eines Bessern
belehren; aber um diese Zeichen zu begreifen, müßte sich dieser Körper mit
etwas mehr Geist erfüllen und gerade so wie manche Träger der mitteleuro-
päischen Wissenschaft lernen, mit allen Mitteln angestrengter Information aus
den Anzeichen des Tages, nicht nur dem im Druck schon veralteten Buch-
wissen, auf dem Laufenden zu bleiben — über eine Bewegung von unerhörter
Dynamik, die trotz allem in Abredestellen die Gesamtheit der Monsun-

länder durchzuckt und über sie hinaus ganz Asien in Mitleidenschaft zieht, und mit Panasien die ganze Welt!

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Für die Beurteilung der großen internationalen Politik der Vereinigten Staaten von Amerika sind die Äußerungen Coolidges wichtig, die sich nachdrücklich mit der Frage des Beitritts der Union zum Ständigen Internationalen Schiedsgericht beschäftigen. Er führte aus, daß die beteiligten Regierungen die Frage der Vorbehalte noch längst nicht in befriedigender Weise beantwortet hätten. Falls aber die Vorbehalte nicht von allen in Frage kommenden Nationen beantwortet würden, bestehe keine Aussicht, daß die Vereinigten Staaten dem Schiedsgerichtshof beiträten. Es bestehe außerdem nicht die Absicht, durch den Senat eine Änderung des bisherigen Standpunktes herbeizuführen. Unter den Vorbehalten stieß bekanntlich die Forderung auf die größten Schwierigkeiten, daß die Gutachten des Gerichtshofs öffentlich erstattet werden, und daß in einem Streit, an dem die Vereinigten Staaten beteiligt sind, ohne ihre Zustimmung kein Gutachten abgegeben werden darf. Die Anerkennung dieser Forderung bedeutet natürlich von vornherein ein starkes Untergraben der Geltung des Gerichtshofs. Sie findet darum verständliche Ablehnung. Anderweitig ist aber auch nicht zu verkennen, daß in diesem Sonderfall sich zwei Welten einander gegenüberstehen, die bestrebt sind, sich ihre eigenen Gesetze zu geben und darum zunächst das Verbindende, das ihre Lebensentwicklung gegenseitig zu hemmen vermöchte, ablehnen. Dieses unbeirrbare Streben läßt sich sowohl bei der Reserve Amerikas gegenüber dem Völkerbund wie gegenüber dem Schiedsgerichtshof beobachten. Trotz seiner Vorrangstellung auf vielen Gebieten fürchtet Amerika eine Intervention Europas, die seiner Struktur vielleicht nicht sonderlich förderlich sein könnte. Besonders ein Einspruch in der Einwandererfrage, in der die Interessen der europäischen Staaten und die der Union weit auseinandergehen, wird von Amerika gefürchtet. Ob allerdings mit der augenblicklichen Ablehnung des Beitritts zum Schiedsgerichtshof auch die Linie für eine etwas fernere Zukunft gezogen ist, mag sehr dahingestellt sein, da alle großen internationalen Verknüpfungen der amerikanischen Staats- und Volkspsyche an sich sehr verwandt sind und immerhin weite Kreise in dem Sinne arbeiten. So wird man wohl eher eine gewisse Vertagung in den Verhandlungen über den Beitritt annehmen dürfen, als daß ein jähes Abbrechen der Entwicklungskurve vorauszusehen wäre. Denn im Augenblick haben manche Fragen noch nicht das Stadium zwangsnotwendiger universaler Lösung erreicht. Die regionale Lösung für einige Großräume der Erde scheint noch das Gegebenere zu sein. Dieser Zustand ist in dem Verhältnis von Amerika zu Europa noch nicht überwunden worden. Nicht internationale Verknüpfung auf allen Gebieten beherrscht heute die Lebensbeziehungen zwischen diesen beiden Großräumen der Erde, sondern der Gegensatz Amerika —Europa bestimmt noch eine ganze Reihe von Lebensäußerungen, die für beide von großer Tragweite sind.

Die amerikanische Innenpolitik ist in den letzten Wochen stark von den ngreßwahlen beherrscht worden. Schien es am Anfang der Wahlen, als ob n Demokraten ein entscheidender Sieg über die Republikaner beschieden , so hat der Ausgang diese einseitig gehegten Hoffnungen nicht ganz erfüllt. r Machtgewinn der Demokraten ist jedoch groß, und die Position der Reblikaner ist stark unterhöhlt. Sind auch die Republikaner in beiden Häusern hrend geblieben, so ist doch ihre Majorität nur sehr klein und ihr Stimmenrlust entsprechend stark. Denn im Senat hatten sie bisher eine Mehrheit n 14 Stimmen, während sich in Zukunft ihre Majorität höchstwahrscheinh nur auf eine einzige Stimme beschränken wird. Damit hat sich im Senat ne ganz empfindliche Opposition gegenüber den Republikanern gebildet. Im epräsentantenhaus haben sie allerdings eine tatsächliche, aber immerhin appe Majorität mit 236 Stimmen gegenüber 195 der Demokraten erngen. Gegenüber ihrer Stellung im 69. Kongreß hat sich ihre Position hr verschlechtert, weil sie auf die Gesamtheit der Stimmen, besonders f die der Wisconsingruppe nicht rechnen können. Es mag dahingestellt eiben, ob mit diesem relativen Sieg der Demokraten auch die Richtung für e künftigen Präsidentschaftswahlen vorgezeichnet ist. Ebenso ist nicht mit cherheit zu erkennen, ob diese neue Kräfteverteilung die Außen- und Innenlitik irgendwie entscheidend zu beeinflussen vermag; denn keine der großen hwebenden Fragen ist bei der Wahlkampagne so in den Vordergrund geeten, daß daraus eine sichere Prognose zu stellen wäre. Auch dann müßte lbstverständlich noch größte Vorsicht bei einem solchen Schlusse am Platze sein.

Amerikas Außenpolitik ist im Augenblick wie schon seit geraumer Zeit ark westlich, pazifisch orientiert. Handelspolitisch glaubt die Union ihre teressen an China durch die bestehenden Verträge gesichert und gefördert, erklärt sie sich zwar hinsichtlich der Verträge revisionsbereit, lehnt aber e Anerkennung eines Kündigungsrechts mit Bestimmtheit ab. Keine politische ebensäußerung vermag aber klarer den Staatswillen der Vereinigten Staaten interpretieren als die Behandlung der Philippinenfrage. Seit geraumer Zeit t die Frage der politischen Stellung der Philippinen in den amerikanischen rörterungen immer mehr in den Hintergrund getreten. Das hat zwei Gründe. ie politische Gärung in Ostasien läßt es zurzeit wenig angebracht erscheinen, e unmittelbare territoriale Position aufzugeben. Deswegen wird heute mehr enn je die Reife der Filipinos zur politischen Selbstbestimmung in Abrede estellt. Seit der Mission des dem Präsidenten Coolidge nahestehenden amerikanihen Bankiers Carmi Thompson wird dagegen auch immer offensichtlicher, daß ch die Union einer künftigen wichtigen Wirtschaftsposition auf den Philipnen nicht zu begeben gedenkt. Alles drängt zu der Annahme, daß die ereinsstaatler die Philippinen zum Kampffeld im Kautschukkrieg ausersehen aben, d. h. daß die Entwicklung der Philippinen zur Kautschukplantage die nion von dem britisch-holländischen Kautschukmonopol unabhängig machen ll. Freilich stehen dem Ausbau einer solchen Position schwere Hemmnisse tgegen. Einmal entsteht, wie in vielen Tropenländern, die Frage der Areitskräfte. Eine leichte Beantwortung dieser Frage läßt das amerikanische erbot der Einwanderung chinesischer Kulis nicht zu, die an sich die billigen Arbeiter darstellen könnten. Ebenso hindert das Landgesetz, das nur nen Besitz von 25 000 Acres Staatsland in einer Hand erlaubt, die Entwick-

lung. Merkwürdigerweise verdankt es seinen Ursprung der amerikanischen Initiative. Schließlich wirkt die Kapitalarmut des Koloniallandes hemmend; denn das amerikanische Kapital verhält sich hinsichtlich von Investitionen immer noch sehr zurückhaltend, solange die politische Stellung der Philippinen keine klare Lösung gefunden hat. So ist anzunehmen, daß gerade die Wirtschaftsimpulse den Anstoß zu einer politischen Regelung der Philippinenfrage zu geben vermögen, doch ist schwer zu sagen, welche Regelung einmal gefunden werden wird, ob sie im Sinne eines autonomen Staatsgebildes oder nach dem Vorbilde der britischen Dominions oder anders gelöst wird.

Das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Mexiko ist immer noch kein normales. Jüngere Nachrichten sprechen von einer scharfen Note der Union an Mexiko wegen der Petroleumgesetzgebung, ohne daß bisher der Inhalt dieser Note bekannt geworden ist. Wie eng die Verknüpfungen der beiden Länder sind, lehren ein paar Einfuhrzahlen (nach „Wirtschaftsdienst"), die den geradezu beherrschenden Einfluß der Vereinigten Staaten im Import und Export Mexikos nachweisen, damit aber auch eine gewisse Rücksichtnahme von seiten der Union erfordern. Diese Vorrangstellung ist von 1924 auf 1925 stark angewachsen:

	Einfuhr				Ausfuhr			
	1924		1925		1924		1925	
	in Mill. Pesos	%	in Mill. Pesos	%	in Mill. Pesos	%	in Mill. Pesos	%
Vereinigte Staaten	233,1	72,6	274,5	70,2	493,2	80,2	516,9	75,8
Großbritannien	22,6	7	30,7	7,8	34,6	5,6	44,6	6,5
Deutschland	23,2	7,2	29,9	7,6	17,5	2,9	33	4,8
Frankreich	16,1	5	20,9	5,3	8,4	1,4	11,8	1,6

Besonders beachtlich ist die Wiedereroberung des mexikanischen Marktes durch Deutschland, das in seiner Einfuhr 1925 knapp hinter Großbritannien steht. Der immerhin noch starke europäische Anteil an der Einfuhr Mexikos kann aber über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß Mexiko auch in der letzten Entwicklung vornehmlich vereinsstaatliches Marktgebiet geblieben ist. Außer der Frage des Landbesitzes und der der amerikanischen Konzessionen und Investitionen in Mexiko erklärt diese Tatsache, das die Vereinsstaatler alle politischen Lebensäußerungen Mexikos mit einer nervösen Aufmerksamkeit verfolgen. Der ruhigen Entwicklung stellen sich immer wieder aufs neue Unruhen entgegen. So wird ein regierungsfeindlicher Aufstand aus dem Staate Chihuahua unter der Führung des Generals Tolentino, der den Generälen Enrique Esdrada und Adolfo de la Huerta nahesteht, gemeldet. Er soll durch die Regierungstruppen niedergeschlagen worden sein. Auch die Strafexpedition gegen die Yaquiindianer ist auf einen erheblichen Widerstand gestoßen. Im allgemeinen bedeuten solche Unruhen in einem Teil eines lateinamerikanischen Staates nicht viel für den Gang der Gesamtentwicklung; immerhin sind sie doch Symptome für eine innere Gärung, die neue Krisen hervorzurufen vermag. Der Kirchenstreit hat einen gewissen Abschluß in dem neuen Mexikanischen Kirchengesetz gefunden, dessen Ausführungsbestimmungen Präsident Calles der Deputiertenkammer in der zweiten Oktoberhälfte übermittelt hat

r raschen Erledigung; danach soll die Zahl der Priester eine beträchtliche nschränkung erfahren.

Viel hartnäckiger, als zuerst anzunehmen war, gestaltet sich der Widernd der Aufständigen in Nicaragua. Allerdings herrscht die Meinung, ß mit dem anfangs November erfolgten Rücktritt des Präsidenten Chamorro, n die Liberalen als Usurpator ansehen, der Bürgerkrieg sein Ende finden erde, da sich die aufständische Bewegung fast ausschließlich gegen die Person s Präsidenten gerichtet habe. Doch die Kämpfe gingen Mitte November bei utadepan am Escondidofluß und in der Nähe von Leon bei Telica weiter.

Aus Kuba werden interessante Einwanderungsergebnisse gemeldet, die einen ickgang der Zuwanderung der Spaniarden (im Fiskaljahr 1925/26 nur 100) bezeugen. Dagegen wird die Zuwanderung von über 21 000 Haitianern d Jamaikanern als Störung der bisherigen Verhältnisse empfunden.

Einwanderung und Handelsverknüpfung, für die die zahlenmäßigen Angaben em „Wirtschaftsdienst" entnommen sind, interessiert auch für Brasilien. ie Einwanderungszahlen der letzten Jahre hielten sich im ganzen in der hwebe, um dann rasch anzusteigen und schließlich einen schwachen Rückang zu verzeichnen:

1921 60 784, 1922 66 967, 1923 86 679, 1924 98 125, 1925 84 883.

esonders zu beachten ist die Umstellung in den Einwanderungskontingenten. Während im Jahre 1923 die Italiener mit 15 800 Köpfen führten, die portuesische Einwanderung nur 10 140, die deutsche aber 8250 ausmachte, sind tzt (1925) die beiden iberischen Völker an die beiden ersten Stellen getreten: 500 Portugiesen, 10 060 Spanier, 9850 Italiener, 7185 Deutsche, 6290 Jugoaven, 6330 Japaner. Neben dieser Umstellung der älteren Einwanderungsontingente gibt das stärkere Auftreten südöstlicher und fernöstlicher Elemente em brasilianischen Einwanderungsstrom eine neue Note. Die starke jugoavische Einwanderung ist bestimmt eine Folge der Einwanderungsbeschränungen in den Vereinigten Staaten.

Die Betrachtung der wichtigsten Verkehrsländer im Jahre 1923 zeigt im ergleich mit 1913 gar deutlich die Eroberung eines ganz wesentlichen eils des brasilianischen Marktes durch die Vereinigten Staaten. Vielleicht och auffallender ist aber auch die rege Wirtschaftsverknüpfung mit der nion auf dem Gebiete der Ausfuhr, denn die Union kauft mehr als doppelt oviel als sie liefert. Deutschland hat in der Einfuhr wieder seine Position on 1913 erreicht. Dagegen zeigt der Handel Brasiliens mit England merkürdige Schwankungen.

	Einfuhr (in 1000 Pfd. St.)			Ausfuhr (in 1000 Pfd. St.)	
	1913	1925		1913	1925
ereinigte Staaten	10 553	20 772	Vereinigte Staaten	21 103	46 468
ngland	16 436	18 770	Frankreich	7 992	12 947
eutschland	11 737	11 774	Deutschland	9 159	6 876
rgentinien	4 999	9 837	Italien	837	6 563
ankreich	6 572	4 904	Argentinien	3 104	5 572
lien	2 544	3 073	England	8 623	5 181
lgien	3 432	2 835	Belgien	1 666	2 643

Die Ausfuhr wird nach wie vor fast vollkommen vom Kaffee beherrscht, der in der Hauptsache über Santos geht. So ist es auch im ersten Halbjahr 1926 geblieben. Von dem Export im Werte von 43,2 Millionen Pfd. St. in dieser letzten Zeitspanne entfielen 32,2 Mill. Pfd. St. auf Kaffee. Alle anderen Ausfuhrprodukte bleiben in derselben Periode (erstes Halbjahr 1926) weit zurück. Kautschuk 1,78, Maté 1,19, Ölfrüchte 1,16, Häute 0,98, Tabak 0,92, Kakao 0,83, Wolle 0,62, Felle 0,57, Manganerz 0,44, Karnaubawachs 0,44 Mill. Pfd. St. Im Import ist ein starkes Steigen der Maschineneinfuhr zu beobachten, was auf die anhaltende Industrialisierung des Landes hinweist. Es wurden Maschinen eingeführt in den Jahren 1923 bis 1925 im Werte von 51,6, 75,2 und 108,1 Mill. Pfd. St. Stark hat auch die Einfuhr von Automobilen und die von Brennstoffen zugenommen. Die Handelsbilanz der ersten sechs Monate 1926 (Einfuhr 41, Ausfuhr 43,25 Mill. Pfd. St.) verzeichnet einen Überschuß von 2,25 Mill. Pfd. St. Gegenüber den Ausfuhrüberschüssen von früher bedeutet das aber eine sehr schwache Aktivität.

Im Wetterwinkel Südamerikas herrscht noch keine Ruhe. Darauf weist ein Symptom hin. Eine von Bolivien ausgeschickte Sondergesandtschaft hat, um die freundnachbarlichen Beziehungen zu den übrigen Staaten zu betonen, unter der Führung des Vizepräsidenten Saavedra die Hauptstädte der meisten Nachbarländer aufgesucht. Neben Ecuador ist lediglich Chile nicht besucht worden. Es besteht darum sehr die Vermutung, daß die Tacna-Aricafrage ein wichtiger Punkt dieser Mission gewesen ist. Auch der Abschluß eines Vertrags mit Brasilien, der den Grenzregulierungsvertrag von 1903 neu formuliert und dabei einige unklare Grenzfragen beantwortet hat, mutet wie eine Art Rückversicherung und Rückendeckung an. Es hat darum schon einen Sinn, wenn „La Prensa" darauf hinweist, daß in parlamentarischen Kreisen Chiles der Gedanke eines südamerikanischen Völkerbundes besonders gepflegt wird.

Lateinamerika abschließend, verdient eine Statistik des lateinamerikanischen Analphabetentums Erwähnung: in Brasilien sollen 85,2 % der Bewohner Analphabeten sein. Die entsprechenden Zahlen sind für Bolivien 82,9 % (Einwohner im Alter von mehr als 7 Jahren), Kolumbien 73 % (der Männer), Mexiko 70,7 % (Bewohner, die mehr als 12 Jahre alt sind), Chile 49,9 % (Einwohner über 10 Jahre), Uruguay 39,8 % (Bewohner von mehr als fünf Jahren), Argentinien 54,4 % (1895, mehr als 6 Jahre). Es ist notwendig, sich einer solchen Statistik zu erinnern, um eine Vorstellung zu gewinnen, in welcher Weise eigentlich die politischen Fragen trotz aller Regsamkeit der lateinamerikanischen Zeitungen in der breiten Masse erörtert werden können.

Eine neue Version ist in der Stellung der englischen Dominions, im speziellen Kanadas, gegenüber den Locarnoverpflichtungen zu verzeichnen. Bei aller Wahrung der Selbständigkeit und Streben nach Verstärkung derselben hat sich auf der Britischen Reichskonferenz doch aber auch Kanada bereit gefunden, im Sinne der Einheitlichkeit des British Empire die Locarnopolitik zu billigen.

SIGISMUND GARGAS:
DIE NIEDERLANDE ALS EINWANDERUNGSGEBIET

Die Niederlande waren seit jeher ein Land der Freiheit, der politischen und r wirtschaftlichen. Ist ja doch die staatliche Selbständigkeit der Niederlande zten Endes auf die Auflehnung der freiheitliebenden Elemente gegen religiös- litische Engstirnigkeit zurückzuführen.

Konsequenterweise beobachten auch die Niederlande in bezug auf Waren- id Personenverkehr den Grundsatz der Politik der offenen Tür und weichen n diesem Grundsatz nur äußerst selten notgedrungen ab.

Auch die geopolitische Lage weist den Niederlanden naturgemäß die Rolle s Mittlers unter den Völkern in politischer und wirtschaftlicher Beziehung . An der Mündung eines des mächtigsten Flüsse der Welt gelegen, im Be- ze großmächtiger Häfen, waren die Niederlande von Natur aus auf den Welt- rkehr angewiesen. Die große Verbreitung internationaler Humanitätsideale den Niederlanden, die Jahrhunderte zurückverfolgt werden kann, ist keine fallserscheinung, sondern findet ihre tiefere Begründung in dem geopoliti- hen Charakter des Landes. Die Lage der Niederlande, zwischen den oßen Nationalstaaten Europas und die daraus resultierenden politischen und irtschaftlichen Verhältnisse, die besonders während des Weltkrieges ihre efen Schatten warfen, taten das Übrige.

Freilich mögen auch in der Vergangenheit die Niederlande aus einem wahren ölkergemisch entstanden sein, in der Gegenwart sind sie ein „Schmelztiegel er Nationen“ keineswegs. Dies bringt mit sich das Wachsen der modernen assenwanderungen. Im großen und ganzen haben diese Wanderungen einen rwiegend wirtschaftlichen Charakter und wenn der Weltkrieg gewisse mit- nter recht beträchtliche Abhebungen von dieser Grundtendenz zeitigte, so aren die durch den Weltkrieg hervorgerufenen Wanderungen, also politische 'anderungen, zeitlich eng begrenzt und mögen sie auch innerhalb dieses Zeit- umes gewisse, wie gesagt, mitunter nicht unerhebliche Bevölkerungsverschie- ingen hervorgerufen haben, einen prinzipiellen Faktor in der bevölkerungs- id wirtschaftspolitischen Entwicklung des Landes machen auch sie nicht aus.

Vor dem Weltkriege war die Beteiligung der Ausländer an niederländischen nternehmungen, sei es als Arbeitgeber, sei es als Verwalter für fremde Rech- ing, Aufseher oder Arbeiter, außerordentlich gering. So gab es nach der nie- rländischen Berufszählung vom 31. Dezember 1900 auf hundert berufstätige rsonen Ausländer als

	Arbeitgeber	Leiter oder Verwalter für fremde Rechn.	Aufseher, Angestellte usw.	Arbeiter
in Industrie	0,32	0,01	0,00	0,86
„ Landwirtschaft	0,33	0,0017	0,0032	0,36
„ Fischerei	0,13	—	0,12	0,12
„ Handel und Verkehr	0,74	0,064	0,25	0,41

Die Überfremdung der Niederlande vor dem Weltkriege war daher keineswegs irgendwie erheblich und die staatliche Kommission für Untersuchung der Frage der Arbeitslosigkeit konnte mit Beruhigung im Jahre 1914 feststellen, daß die Beschäftigung von Ausländern in den Niederlanden keinerlei Einfluß auf die Arbeitslosigkeit in den Niederlanden auszuüben vermag. Die Einwanderer kamen nach den Niederlanden vor dem Weltkriege hauptsächlich aus den zwei Nachbarländern, aus Deutschland und aus Belgien, in gewissen Berufen (in der Schiffahrt) auch aus China, vereinzelt aus anderen Ländern.

Deutsche und belgische Einwanderer kamen vor allem vor in der niederländischen Landwirtschaft, und die deutschen Erntearbeiter in den Niederlanden wurden vielfach „Hollandgänger" genannt.

Die belgischen Arbeiter waren vor allem beschäftigt in den trockengelegten Niederungen, den sog. Poldarn der Ij.

Bedeutend größer war der Prozentsatz der ausländischen Arbeiter im niederländischen Bergbau. Besonders in den dem Weltkrieg unmittelbar vorausgehenden Jahren ist die Zahl der im niederländischen Bergbau beschäftigten ausländischen Arbeiter (Deutsche, Belgier, Österreicher) erheblich gewachsen. Wenn man die Zahl der im niederländischen Bergbau am 31. Dezember 1905 beschäftigten Personen zu 100 setzt, so ergeben sich diesbezügliche folgende Zahlenverhältnisse:

Zeitpunkt	Personal	Ausländer	Niederländer
31. Dezember 1905	100	16,63	83,37
31. Dezember 1911	310	72,89	237,11

Diese Zahlen beweisen, daß in der Zeit 1905—1911 der prozentuale Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der im niederländischen Bergbau beschäftigten Personen gestiegen ist.

Der niederländische Arbeitsmarkt wurde in der Zeit vor dem Weltkriege einigermaßen auch dadurch beengt, daß einzelne niederländische Schiffahrtsgesellschaften, so die „Oceaan" und die „Nederland", in ihr Schiffspersonal auch chinesisches Personal aufnahmen, wozu der Streik vom Jahre 1911 erheblich beigetragen haben mag. Auch dürften die geringeren Ansprüche, die die chinesischen Seeleute stellten, eine erhebliche Rolle in dieser Hinsicht gespielt haben. Die „Nederland" allein hatte auf 585 untergeordnetes Maschi-

npersonal 311 Chinesen. Einen bestimmenden Einfluß auf den niederländi-
hen Arbeitsmarkt dürfte auch diese chinesische Invasion nicht ausgeübt
ben.

In dieser Sachlage führte der Weltkrieg ganz wesentliche Anderungen her-
i: Bereits in den ersten Kriegsmonaten ergoß sich nach den Niederlanden
n breiter Strom belgischer Flüchtlinge.

Große Massen belgischer Flüchtlinge wurden zuvörderst in besonders zu
esem Zwecke gebildeten Flüchtlingslagern untergebracht. Selbstredend war
es eine rein vorübergehende Maßregel. Bereits Ende 1914 wurden die nieder-
ndischen Kreisarbeitsbörsen beauftragt, für die belgischen Flüchtlinge Arbeit
vermitteln. Später erhielten entsprechende Aufträge auch die als Regie-
ngskommissäre tätigen Kommandanten der Flüchtlingslager. Die zustän-
ge Arbeitsbörse sollte darauf achten, daß vor allem niederländische Arbeits-
äfte Verwendung finden. Erst wenn sich dies letztere nach einer Rund-
age der zentralen Reichsarbeitsbörse als unmöglich erweisen sollte, konnte
e Verwendung der belgischen Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern in Be-
acht kommen, aber auch dann nur unter der Bedingung, daß die belgischen
lüchtlinge nicht als Lohndrücker auftreten.

Im Jahre 1916 wurde für belgische Flüchtlinge, die sich außerhalb der
üchtlingslager befanden, ein besonderes zentrales belgisches Arbeitsbureau
r die Niederlande in Amsterdam errichtet, das dann später mit den nieder-
ndischen Arbeitsbörsen meist zusammen arbeitete.

Nach Beendigung des Weltkrieges kehrten zahlreiche belgische Flüchtlinge
ach ihrer Heimat zurück. Hiermit hörten die Bemühungen der Arbeits-
örsen auf diesem Gebiete auf. Die Flüchtlingslager blieben jedoch noch eine
itlang bestehen, da nach den belgischen Flüchtlingen wiederum andere Aus-
nder nach den Niederlanden kamen, andererseits jedoch in den Flüchtlings-
gern auch zahlreiche Niederländer untergebracht werden mußten, die nach
rer Heimat, vielfach ohne irgendwelche Existenzmittel, zurückkamen.

Eine besondere Kategorie von Flüchtlingen, die nach den Niederlanden
ährend des Weltkrieges kamen, waren die Deserteure, die sich aus einer der
impfenden Armeen eigenmächtig entfernten und die sich dem Kriegs-
enste in einem der kriegführenden Länder durch Flucht nach den Nieder-
nden zu entziehen suchten. Zumeist waren es deutsche Deserteure, es
hlte aber auch nicht an Deserteuren aus der österreichisch-ungarischen Armee,
s der russischen Armee usw.

Die meisten dieser Deserteure wurden in einem besonderen Lager in Bergen
Nord-Holland untergebracht, wohin auch verschiedene andere lästige Aus-
nder untergebracht wurden, die besonders während des Krieges mit Rück-
cht auf das ihnen völkerrechtlich Zustehende ius asyli, aus dem Gebiete der

Niederlande nicht ausgewiesen werden konnten. Auch für die Deserteure wurde seit November 1917 die Möglichkeit einer Arbeitsbeschaffung gegeben.

Eine rechtlich von den fremden Deserteuren recht verschiedene, wirtschaftlich jedoch recht ähnliche Stellung nahmen jene ausländischen Militärpersonen ein, die den niederländischen Boden mit der Waffe in der Hand betraten, daher mit Rücksicht auf den Grundsatz der Neutralität, den die Niederlande allen kriegführenden Mächten gegenüber während der ganzen Dauer des Weltkrieges beobachteten, von der niederländischen Regierung interniert werden mußten.

Hinzu kamen noch Kriegsgefangene aus den kriegführenden Staaten, denen im weiteren Verlaufe des Krieges aus Gründen der Humanität gestattet wurde, sich ins neutrale Ausland zu begeben unter der Bedingung, daß sie gegen ihre Kriegsgegner nicht aufs neue die Waffen ergreifen werden, wofür ebenfalls die niederländische Regierung die völkerrechtliche Gewähr übernehmen mußte.

Auch die beiden letztgenannten Gruppen wurden in besonderen Lagern untergebracht, ihre Internierung hatte jedoch in den meisten Fällen einen rein rechtlichen formalen Charakter, indem sie nicht so sehr individuellen Befürchtungen mit Rücksicht auf die Person des Internierten entsprang als vielmehr beinahe ausschließlich die Rückwirkung der völkerrechtlichen Pflichten der Niederlande gegenüber ihren kriegführenden Nachbarn bildete. Die niederländische Regierung sah denn auch keine Veranlassung, den internierten fremden Militärpersonen die Gelegenheit zur Arbeitsbeschaffung zu versagen und nur die Rücksicht auf das Wohl der eigenen Staatsangehörigen, auf die Arbeitsmöglichkeiten dieser Staatsangehörigen bildete die einzige Schranke in dieser Hinsicht.

Die Internierten waren vor allem Belgier, deren große Masse bereits im Jahre 1914 auf niederländisches Gebiet flüchtete, sodann kamen im Jahre 1918 deutsche Kriegsgefangene aus England sowie englische Kriegsgefangene aus Deutschland.

Im allgemeinen wurde es bereits im Jahre 1915 als zulässig erklärt, daß ausländische, in den Niederlanden internierte Militärpersonen in den Niederlanden bezahlte Arbeit erhalten dürfen, wenn auch hier vor allem Rücksicht auf den heimischen Arbeitsmarkt genommen wurde.

Besonders in der Landwirtschaft und im Bergbau, aber auch in manchen anderen Betrieben erwies sich die Arbeit der Internierten als volkswirtschaftlich geradezu nützlich, weil sie eine Lücke ausfüllte, die sonst infolge der in den Niederlanden mit Rücksicht auf den Weltkrieg angeordneten allgemeinen Mobilisierung äußerst schwer auszufüllen gewesen wäre. Auch hatte diese

Arbeit vielfach die in den Niederlanden vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten nicht unwesentlich vergrößert.

Von den etwa 30 000 Internierten erhielten durch Vermittlung der öffentlichen Organe etwa 15 000 Arbeit.

Mit dem Abschluß des Waffenstillstandes fand diese Aktion ihr natürliches Ende. Wohl kamen noch seitens der niederländischen Arbeitgeber Nachfragen nach Internierten, aber da zu gleicher Zeit in den Niederlanden die allgemeine Demobilisierung erfolgte, mußte die niederländische Regierung dafür Sorge tragen, daß die jetzt zahlreichen niederländischen Arbeitskräfte Arbeit erhalten. Auch mußte Rücksicht genommen werden auf die Interessen der niederländischen Betriebe, in denen die Internierten beschäftigt gewesen sind, endlich auch mit dem Umstand gerechnet werden, daß die in den niederländischen Betrieben beschäftigt gewesenen Internierten nicht genötigt wären, nach den Internierungslagern zurückzukehren, schon aus dem einfachen Grunde, weil hier kein Platz für sie vorhanden war.

Die weitgehende Änderung der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands im weiteren Verlaufe des Weltkrieges und nach dessen Abschluß rief nunmehr eine neue Welle hervor, die sich nach den Niederlanden wandte. Es waren dies vor allem die niederländischen Rückwanderer, die vorher in Deutschland tätig gewesen waren und bereits im Jahre 1916 wiederum in den Niederlanden ein Arbeitsfeld suchten. Die niederländische Arbeitsbörse in Oberhausen, die bereits vor dem Kriege begründet worden war und zuförderst den Zweck verfolgte, niederländische Arbeitskräfte in Deutschland unterzubringen, erhielt nunmehr den Auftrag, dafür Sorge zu tragen, daß niederländische Arbeiter, die nach den Niederlanden zurückkehren wollten, geeignete Arbeit in den Niederlanden finden. Die größte Schwierigkeit der Arbeitsvermittlung niederländischer Rückwanderer in den Niederlanden bildete die Wohnungsnot, die gerade während des Weltkrieges in den Niederlanden großen Umfang angenommen hatte. Sowohl dieser Umstand als auch die nunmehr in den Niederlanden in vielen Berufen stark einsetzende Arbeitslosigkeit als auch die recht schwierige wirtschaftliche Lage der Niederlande, später auch der Kohlen- und Rohstoffmangel hatten zur Folge, daß diese Rückwanderertendenz alsbald erheblich abflaute und die niederländische Arbeitsbörse in Oberhausen derartige Anmeldungen nunmehr nur ausnahmsweise erhielt, worin auch die seit 1917 stets steigenden Löhne im rheinisch-westfälischen Kohlengebiete wesentlich beigetragen haben mögen.

Das Ende des blutigen Waffenganges bedeutete auch für die Niederlande als Einwanderungsgebiet eine neue Epoche.

Die Flüchtlingslager wurden von den belgischen Flüchtlingen verlassen und an ihre Stelle kamen Niederländer, die aus dem Auslande, vor allem aus

Deutschland kamen, vielfach aller Mittel entblößt. Natürlich war ihr Aufenthalt in den Flüchtlingslagern nur kurzfristiger Natur.

Auch sonst und auch dann, wenn ihre materielle Lage nicht so verzweifelt war, suchten die niederländischen Arbeiter aus Deutschland nach den Niederlanden zurückzukehren und die niederländische Arbeitsbörse in Oberhausen erhielt nunmehr äußerst zahlreiche Anfragen, zumeist von Niederländern, die nach den Niederlanden zurückkehren wollten.

Während früher, auch während des Weltkrieges, eine recht große Auswanderung aus den Niederlanden nach Deutschland stattfand, hatte die nunmehr in Deutschland erheblich verschlechterte wirtschaftliche Lage, insbesondere die unmittelbar nach dem Weltkriege auch in Deutschland stark einsetzende Arbeitslosigkeit zur Folge, daß jetzt auch viele deutsche Arbeiter den Versuch machten, in den Niederlanden untergebracht zu werden. Die niederländische Arbeitsbörse in Oberhausen erhielt nunmehr häufig Besuche von ganzen Gruppen deutscher Arbeiter, die nach Arbeit in den Niederlanden fragten. Wiewohl diese Arbeitsbörse hauptsächlich auf die Unterbringung niederländischer Arbeiter in Deutschland zugeschnitten war, so konnte sie sich doch nicht völlig der nunmehr an sie herantretenden neuen Aufgabe entziehen, da sonst zu befürchten stand, daß die deutsche Einwanderung nach den Niederlanden einen allzu ungeregelten Charakter annehmen würde. So ging denn ihre Antwort dahin, daß, insoweit keine niederländischen Arbeitskräfte zur Verfügung ständen, auch deutsche Arbeiter Berücksichtigung finden würden. In manchen Betriebszweigen, so besonders auf dem Gebiete des Wohnungs- und Schiffsbaues, erschien übrigens die Arbeit der deutschen Arbeiter umso willkommener, nachdem die Arbeitgeber in diesen Betriebszweigen häufig über Mangel an geeigneten Arbeitskräften klagten.

Naturgemäß äußerten alle Konjunkturschwankungen im deutschen Wirtschaftsleben beinahe unmittelbar ihre Rückwirkungen auf die niederländisch-deutschen Wanderungsbeziehungen. So lesen wir in dem Jahresbericht der niederländischen Arbeitsbörse in Oberhausen für das Jahr 1921:

„Anfragen der niederländischen Arbeiter um Arbeit in ihrer Heimat waren in diesem Jahre weniger häufig als in dem vorhergehenden. Diese Tatsache findet ihre Erklärung teils in dem Umstande, daß die Lage der Arbeiter in Deutschland sich erheblich gebessert hat, teils darin, daß es immer mehr offenbar wird, daß in den Niederlanden Arbeitsgelegenheit nur für gewisse Gruppen von qualifizierten Arbeitern besteht."

Die erhebliche Verschiebung der Arbeitsbedingungen in den beiden Ländern fand ihren beredten Ausdruck in der Tatsache, daß von den 24 niederländischen Bergarbeitern in Deutschland, die durch Vermittlung der niederländischen Arbeitsbörse in Oberhausen Arbeit in den niederländischen Bergwerken

erhielten, nur vier ihre Arbeitsstelle tatsächlich antraten. Später stieg diese Zahl, wenn auch nicht sehr erheblich. Im Jahre 1922 suchten durch Vermittlung der niederländischen Arbeitsbörse in Oberhausen etwa 50 niederländische Kohlenhacker Arbeit in den limburgischen Bergwerken. Beinahe alle ohne Ausnahme wurden angenommen, nur die Hälfte jedoch (etwa 25) hat ihre Stelle tatsächlich angetreten. Im Jahre 1923, dem Jahre des deutschen Währungszerfalls und der Ruhrbesetzung, wurden 78 niederländische Bergarbeiter aus dem Ruhrkohlengebiete in den Bergwerken in Limburg untergebracht, im Jahre 1924, trotz der inzwischen in Deutschland eingetretenen Besserung der Währungsverhältnisse (die aber natürlich erst allmählich sich auswirken konnte) sogar 101 Bergarbeiter. Im allgemeinen ist natürlich die Zahl der deutschen Bergarbeiter in den Niederlanden erheblich größer gewesen und weist beinahe dauernd eine steigende Tendenz auf. So gab es in Limburg im Jahre 1917 1533 deutsche Bergarbeiter, im Jahre 1918 1670, im Jahre 1919 2480, im Jahre 1920 5012, im Jahre 1921 5086, im Jahre 1922 5277, im Jahre 1923 5393, im Jahre 1924 4486.

Verhältnismäßig erhebliche Dimensionen nahm die Einwanderung deutscher Dienstmädchen nach den Niederlanden an. Die Zahl der von der niederländischen Arbeitsbörse in Oberhausen vollzogenen Arbeitsvermittlungen von deutschen Dienstmädchen weist in den Jahren 1919—1922 eine steigende Tendenz auf, und erst die Jahre 1923—1924 kennzeichnen sich durch eine Senkung, wobei selbstredend nicht übersehen werden darf, daß viele derartige Arbeitsvermittlungen auch durch private, besonders gewerbsmäßige Arbeitsvermittler vollzogen werden. Auch hier dürfte die Besserung der deutschen Währungsverhältnisse einen nachhaltigen Einfluß ausgeübt haben. Immerhin zählte besonders in den niederländischen Grenzgebieten diese Einwanderung nach Tausenden.

Nach den Grenzgebieten kamen auch viele Textilarbeiter nach Twenthe und nach dem Gelder Hinterlande. Nach den gesamten Niederlanden kam auch viel deutsches Hotel- und Kaffeehauspersonal.

Einen besonders großen Umfang nahm die Einwanderung der deutschen Arbeiter nach den Niederlanden im Jahre 1923, dem Jahre des deutschen Währungsverfalles und der Ruhrbesetzung, an. Doch war dies eine recht vorübergehende Erscheinung, da schon im Jahre 1924 das Bild sich ganz anders gestaltete, da sehr viele deutsche Arbeiter, die in den Niederlanden tätig gewesen waren, nunmehr nach ihrer Heimat zurückgingen und auch die Zahl der Zuwanderungen abnahm.

Im allgemeinen entwickelte sich die Arbeitsvermittlung der niederländischen Arbeitsbörse aus Deutschland nach den Niederlanden in den Nachkriegsjahren folgendermaßen:

Jahr		
Jahr 1920	vollzogene Arbeitsvermittlungen	105
„ 1921	„ „	94
„ 1922	„ „	196
„ 1923	„ „	197
„ 1924	„ „	186

Wenn auch diese Ziffern die Gesamtmasse der deutschen Einwanderer nach den Niederlanden bei weitem nicht umfassen, so spiegeln doch die Ziffern die auf- und absteigende Welle des deutschen und des niederländischen Wirtschaftslebens wieder, was in den ziffermäßigen Differenzen der Jahre 1922, 1923 und 1924 besonders deutlich zum Ausdruck gelangt.

Andere Gebiete kamen nach dem Weltkriege für die Niederlande als Einwanderungsgebiet viel weniger in Betracht. So Belgien (Bergarbeiter), die Schweiz (Hotelpersonal), Deutsch-Österreich (Dienstmädchen, Glasbläser), Polen (Bergarbeiter), England (technische und administrative Kräfte).

Nach dem Weltkriege befürchtete man in den Niederlanden einen enormen Zudrang ausländischer Arbeitskräfte. Deshalb wurde im Haag am 15. November 1918 das Reichspaßbureau gebildet und die Regelung getroffen, daß das Visum von Ausländerpässen von den niederländischen Konsularvertretungen nur nach erfolgter Ermächtigung seitens des genannten Bureaus erteilt werden durfte. Im Interesse des Schutzes der heimischen Arbeitskräfte mußten die Arbeitgeber, bevor sie ein Visum für Zulassung ausländischer Arbeitskräfte erhalten konnten, eine Bescheinigung der zuständigen Arbeitsbörse vorlegen, daß geeignete niederländische Arbeitskräfte nicht vorhanden wären, was nur nach sorgfältiger Prüfung und Umfrage geschah.

Später wurden diese bedrückenden Bestimmungen immer mehr abgebaut, da seit dem Jahre 1921 allmählich die gegenseitigen Paßvisa zwischen den Niederlanden und einer Reihe fremder Länder aufgehoben wurden. Es waren dies: Belgien, Luxemburg, die Schweiz, Italien, Dänemark und Island, Schweden, Norwegen, Großbritannien und Irland, Spanien und Liechtenstein. Später traten noch einige überseeische Länder hinzu, bis im Jahre 1925 auch Deutschland den Reigen beschloß. Diese letztere Vereinbarung, die wohl für die beiderseitigen Handelsbeziehungen eine erhebliche Bedeutung besaß, erfolgte nur nach langem Schwanken der niederländischen Regierung. Sie befürchtete von der Aufhebung der Paßvisa für Deutsche einen gewaltigen Zustrom deutscher Einwanderer. Erst die Stabilisierung der deutschen Währungsverhältnisse und ihre Auswirkung im deutschen Wirtschaftsleben machte diesem Schwanken am 1. Februar 1926 ein Ende, ohne daß die in den Niederlanden befürchteten Rückwirkungen tatsächlich eingetreten wären.

Eine ziffernmäßige Erfassung der Einwanderung nach den Niederlanden besteht leider nicht. Es ist nur die Zahl der Personen bekannt, die ihre Ab-

icht erklärt haben, in den Niederlanden bleibenden Wohnsitz nehmen zu wollen und die aus diesem Grunde in das „Bevölkerungsregister“ eingetragen werden. Ihre Zahl steht hinter der Zahl der tatsächlichen Einwanderer erheblich zurück. Immerhin läßt diese Statistik die allgemeine Entwicklung der Einwanderung nach den Niederlanden einigermaßen verfolgen. Darnach wurden in das Bevölkerungsregister folgende, aus dem Auslande kommende Personen eingetragen:

Jahr	Männer	Frauen
1906	11 400	10 277
1907	12 053	10 577
1908	13 362	11 766
1909	14 636	13 249
1910	14 391	12 320
1911	15 292	13 252
1912	16 616	14 384
1913	18 631	15 335
1914	24 893	21 479
1915	14 325	14 434
1916	22 951	23 221
1917	24 527	23 467
1918	9 949	11 633
1919	12 895	12 146
1920	17 265	15 696
1921	9 863	13 108
1922	10 867	22 929
1923	13 487	30 250
1924	14 447	19 638

Diese Ziffern beweisen trotz ihrer Unvollkommenheit, daß vor dem Weltkriege der Einwandererstrom nach den Niederlanden im ständigen und dauernden Steigen begriffen war, daß der Ausbruch des Weltkrieges diesen Massenstrom zuerst erheblich eingedämmt hat, um ihn dann während des Weltkrieges, wenn auch in den oben dargestellten, z. T. unfreien und unfreiwilligen Formen wieder steigen zu lassen, bis das Jahr des Waffenstillstandes eine erhebliche Senkung hervorrief, worauf die darauf folgenden Jahre eine dauernde Steigerung, wenn auch bei einem stetigen und erheblichen Steigen des weiblichen Elementes aufweisen, bis die im Jahre 1924 erfolgte Besserung der deutschen Währungsverhältnisse sowohl bei Männern als auch bei Frauen einen erheblichen Rückschlag in der Einwanderungsziffer hervorrief.

Die große Masse der Einwanderer, die in den Niederlanden heutzutage ihren zeitlichen oder dauernden Wohnsitz aufschlagen, ist nicht politischer, sondern im Wesen wirtschaftlicher Natur. Der Strom dieser Einwanderer gleicht einer Welle, die auf- und abgeht, je nach der Besserung oder Verschlechterung des niederländischen Arbeitsmarktes in Verbindung mit der Lage des Arbeitsmarktes vor allem bei den beiden Nachbarländern, in Deutschland und Belgien. Administrative Beschränkungen oder Erleichterungen des Auslandsverkehrs spielen hier nur eine sekundäre Rolle.

PAUL OSTWALD:
DIE JAPANISCHE POLITIK SEIT DEM WELTKRIEGE

Überblicken wir die japanische Politik in den letzten acht Jahren seit dem Ende des Weltkrieges, so lassen sich deutlich drei Perioden unterscheiden. Die erste reicht bis zur Washingtoner Konferenz, und in ihr handelt es sich für Japan vor allem darum, sich seine erhofften und erwünschten Kriegsgewinne zu sichern. Die zweite, deren Dauer sich durch die Washingtoner Konferenz und den Abschluß des japanisch-russischen Vertrages bestimmen läßt, wird charakterisiert durch eine Politik der Unwahrheit und Unklarheit den gegebenen Verhältnissen gegenüber. Die dritte, in deren Entwicklung wir noch mitten darin stehen, wird gekennzeichnet durch eine Politik der Anpassung an die Wirklichkeit, die dadurch zugleich zu einer Politik des Bescheidens werden muß. Alle drei Perioden aber stehen, was es wohl zu beachten gilt, in ursächlichem Zusammenhange untereinander, sie liegen auf einer Bahn, allerdings auf einer Bahn, die Japan aus erträumten, scheinbar erreichten Höhen hinabführte in das Tal rauher Wirklichkeit. Rein äußerlich genommen eine Abwärtsbewegung, und doch, wie wir noch zu zeigen haben werden, ein Weg, der hinführt zu einer Konsolidierung der japanischen Kräfte, ihrer stärkeren Zusammenfassung und damit auch zu einer stärkeren außenpolitischen Stoßkraft.

Auszugehen haben wir für unsere Betrachtung selbstverständlich von den Hoffnungen, die Japan leiteten, als es sich im Weltkriege auf der Seite unserer Feinde beteiligte, und zwar können diese Hoffnungen kurz dahin zusammengefaßt werden, daß man in Tokio glaubte, der Weltkrieg mit seiner Fesselung der europäischen und amerikanischen Kräfte sei der gegebene Augenblick, um Japan nicht nur die Vorherrschaft in Ostasien und im Stillen Ozean zu sichern, sondern um das Mikadoreich überhaupt zu einem die weltpolitische Situation fortan stark mitbestimmenden Faktor zu machen. Es war eine Politik, die nach dem Höchsten griff, und als verantwortlich für sie sind der damalige Ministerpräsident Okuma und vor allem sein Außenminister Kato zu nennen. Denn sie waren es, die das japanische Volk in den Krieg hineinhetzten und die den englischen Bündnisvertrag zum Vorwande nahmen, obwohl der Bündnisfall gegen Deutschland garnicht gegeben war. Sie hatten es mit ihrer Kriegserklärung an Deutschland sogar so eilig, daß sie selbst London damit überraschten, das erst noch Besprechungen über die Ausdehnung der japanischen Operationen in China und im Stillen Ozean gewünscht hatte. Nicht Deutschenhaß und Deutschfeindlichkeit waren es, die Japan die Waffen gegen uns er-

leben ließen, sondern ausschlaggebend war der politische Ehrgeiz seiner Staatsmänner, die an der Seite der Entente die besten Aussichten dafür zu sehen meinten, erfolgreiche japanische Machtpolitik zu treiben. Aber eben dieser politische Ehrgeiz ließ sie die wirklichen Kräfte Japans nur allzusehr überschätzen und täuschte sie über die Kräfte auf der gegnerischen, vor allem auf der angelsächsischen Seite. Zeigten sich schon während des Krieges die Folgen dieser falschen Einschätzung der gegebenen Machtverhältnisse, so erst recht von dem Augenblick an, als man in London und in Washington die Hände wieder frei hatte und sich mehr um China und den Stillen Ozean kümmern konnte.[1])

Eins allerdings erreichte Japan nach Ende des Weltkrieges ohne weiteres: es rückte ein in die Reihe der großen Weltmächte, es wurde Mitglied nicht nur des Völkerbundes, sondern vor allem des Völkerbundrates, des Rates der Vier, wie man ihn damals nannte. Es konnte seine Vertreter in alle möglichen Kommissionen zur Liquidierung des Weltkrieges entsenden und so der Welt zeigen, daß es tatsächlich zu einem arbiter gentium auch in Europa geworden war. Dasselbe Japan, das noch vor nicht einem Menschenalter in Schimonoseki vor den europäischen Mächten sich hatte zurückziehen müssen, konnte jetzt in Europa mitsprechen und seine Stimme mit in die Wagschale für die Neugestaltung der europäischen Verhältnisse werfen. Die schwindelnden Höhen, zu denen Okuma und Kato das japanische Staatsgebäude hatten aufführen wollen, schienen in der Tat erreicht, die Politik, die sie eingeschlagen und der sie den Weg gewiesen hatten, schien gerechtfertigt. War Japan 1895 in die Reihe der Großmächte eingerückt, war es durch den siegreichen Krieg gegen Rußland 10 Jahre später eine Weltmacht geworden, so war jetzt nach etwas mehr als 10 Jahren scheinbar eine weitere Steigerung dieses Aufstieges erreicht, und zwar in der Rolle eines arbiter gentium in der Welt. Neben London, Washington und Paris trat Tokio als ein Schwerpunkt der weltpolitischen Situation, so schien es wenigstens zunächst. Reichlich anders aber gestaltete sich die Sicherung der praktischen Kriegsgewinne. Schon die Versailler Friedensbesprechungen mußten Japan einen Vorgeschmack davon geben, daß es ihm nicht leicht sein würde, sich seine Kriegsbeute zu sichern und seine Vormachtstellung in China und im Stillen Ozean aufrechtzuerhalten. Ließ doch Amerika in Versailles keinen Zweifel darüber, daß es sich mit den von Japan während des Krieges geschaffenen Tatsachen nicht einfach abfinden würde, auch nicht in solchen Fällen, bei denen sich die Tokioer Regierung auf besondere Abmachungen mit London berief.

[1]) Vergl. über Japans Eintritt in den Weltkrieg und seine Kriegszielpolitik im genaueren mein Buch: „Japans Entwicklung zur modernen Weltmacht“, Bonn 1922, Seite 160 ff.

Den ersten schweren Schlag erhielt Japan von der amerikanischen Seite in der Frage der Kabelherrschaft über den Stillen Ozean. Die Hoffnungen, die Japan in dieser Richtung mit der Erwerbung der Insel Yap verbunden hatte, und die eine wesentliche Voraussetzung seiner Vormachtstellung im Stillen Ozean bildeten, mußte es sehr bald aufgeben. Es half ihm nichts, daß es England und den Völkerbund für sein Recht zu mobilisieren suchte; in Washington blieb man unnachgiebig, und Japan mußte dem übermächtigen und von ihm falsch eingeschätzten Gegner gegenüber die Konsequenzen ziehen. Denn das japanisch-amerikanische Abkommen über die Insel Yap, das am 10. September 1921 ratifiziert wurde, ließ Japan nur die Zivilhoheit über Yap und zwang es, die Rechte der Vereinigten Staaten und die aller anderen Staaten auf die Benutzung der über diese Insel gehenden Kabel anzuerkennen. Das Kabel Guam—Yap fiel an Amerika, das Kabel Yap—Schanghai an Japan, und an dem Kabel Yap—Menado blieb vor allem Holland mitinteressiert.

Ein weit schwererer Schlag sollte dann aber Japan kurz darauf durch die Washingtoner Abrüstungskonferenz treffen, die im November 1921 zusammentrat und zu der sich die Tokioer Regierung überhaupt erst durch das Abkommen über Yap den Weg hatte bahnen können. Denn am Zustandekommen einer solchen Abrüstungskonferenz aller an den Fragen des Stillen Ozeans beteiligten Mächte hatte Japan insofern ein berechtigtes Interesse, als es hoffen durfte, so am leichtesten ohne Verlust von Prestige die für seine finanzielle Lage nicht mehr tragbaren Kosten eines Wettrüstens mit Amerika und England zurückschrauben zu können. Die japanische Volksstimmung war durchaus gegen eine solche Abrüstung und gegen eine Abrüstungskonferenz; aber die Tokioer Regierung ging hier ihren eigenen Weg und betrieb aus richtiger Erkenntnis der Notwendigkeiten für Japan im geheimen bei Harding eifrig das Zustandekommen der Washingtoner Besprechungen. Diese sollten dann aber wesentlich anders verlaufen, als man in Tokio erwartet hatte; denn Amerika kam es weniger auf die Abrüstung an, als auf eine Zurückdrängung der machtpolitischen Stellung Japans. Es gelang zwar der japanischen Delegation mit Hilfe der französischen die Frage der Abrüstung bezüglich der Landstreitkräfte der Diskussion zu entziehen und so das Schlimmste in dieser Richtung zu verhüten; aber die japanischen Seestreitkräfte wurden doch unter eine angelsächsische Kontrolle gestellt, indem sich Japan mit einem Verhältnis von 3 : 5 : 5 den amerikanischen und englischen Großschlachtschiffen gegenüber bereit erklären mußte. Doch nicht in diesem für Japan gerade im Hinblick auf seine großen Hoffnungen nicht allzu rühmlichen Flottenabkommen ist das Wesentliche und Entscheidende der Washingtoner Konferenz zu sehen, sondern vielmehr darin, daß Japan sich gezwungen sah, dem Vier-

ächteabkommen über den Stillen Ozean und dem Neunmächteabkommen ber China beizutreten.

Das Viermächteabkommen, das zwischen Amerika, England, Frankreich und apan geschlossen wurde, machte dem englisch-japanischen Bündnis ein Ende nd trieb Japan in eine völlige Isolierung. Hatte auch der Wert des Bündisses mit England schon im Jahre 1911 bei der Erneuerung des Vertrages urch die Aufnahme des Artikels 4 dadurch an Wert verloren, daß der engsche Bundesgenosse sich Japan in einem japanisch-amerikanischen Konflikt ersagte, und war der Wert des Bündnisses durch die immer stärker zutage retende angelsächsische Gemeinschaft weiter herabgemindert, so lag Tokio ennoch viel daran, das Bündnis weiter erhalten zu wissen. Konnte es doch och immer zu einem Hebel der Sprengung der bedrohlichen angelsächsischen Gemeinschaftsfront werden, konnte Japan doch, gestützt auf ein solches Bündnis mit England, wagen, nach außen hin sich kräftiger zur Geltung zu ringen. Mit allen Mitteln drängte darum Tokio auch nach dem Ende des Weltkrieges auf die Erneuerung dieses Bündnisses, das im Sommer 1921 ablief. Auch in London war an sich Neigung vorhanden, an dem Bündnis festuhalten, doch die rassepolitischen, wirtschaftspolitischen und machtpolitischen nteressen der englischen Dominien, die schon immer auf eine gemeinsame Front mit den Vereinigten Staaten Japan gegenüber hingedrängt hatten, onnten von England nicht mehr wie vor dem Weltkriege beiseitegeschoben verden. London durfte jetzt, wo die Sicherung der britischen Reichsinteressen von so ausschlaggebender Bedeutung geworden war, nicht wagen, das Verhältnis des englischen Mutterlandes zu den Dominien Kanada, Australien und Neuseeland weiterhin mit der Existenz eines auch noch so vorsichtig abgeschlossenen Bündnisses mit Japan zu belasten.

Das Neunmächteabkommen aber machte der von Japan während des Krieges mit solchem Eifer betriebenen Vormachtstellung in China ein Ende; denn es wurde dadurch gezwungen, die Souveränität und Unabhängigkeit Chinas sowie dessen Rechte auf territoriale und administrative Unversehrtheit zu achten. Die Konsequenz seines Beitritts zu diesem Neunmächteabkommen war natürich, daß es sich auch mit China ins Einvernehmen setzen mußte über die Räumung der Halbinsel Schantung und vor allem Kiautschous. Begleitet von den heftigsten Drohungen gegen Amerika und von den stärksten Versicherungen, daß das japanische Volk niemals Gebiete räumen würde, die es mit einem eigenen kostbaren Blute erworben hätte, war die japanische Delegation nach Washington aufgebrochen; aber sie brachte nicht einmal die Sicherung dieser Kriegsgewinne mit nach Haus. Daß wir Deutsche gerade diese von Amerika erzwungene Rückgabe Schantungs und Kiautschous an China mit einer gewissen inneren Befriedigung feststellen, wird man uns in Tokio nicht verübeln können.

Mußte Japan so in China und im Stillen Ozean vor dem ihm in gemein-samer Front gegenüberstehenden Angelsachsentum zurückweichen, so traf es fast gleichzeitig ein nicht minder starker Schlag von der russischen Seite. Schrittweis mußte es auch hier seine Hoffnungen aufgeben, die nach dem Zusammenbruch des zaristischen Rußland ja dahin gegangen waren, Trans-baikalien und Sibirien loszureißen und eine Reihe kleinerer, von Tokio aus beeinflußbarer Republiken zu schaffen. So eifrig Japan einen Koltschack, einen Semenow und andere sich gegen Moskau wendende militärische Persön-lichkeiten unterstützte, so sehr es versuchte, auf die tatsächlich ins Leben ge-rufene Republik des fernen Ostens Einfluß zu gewinnen, die Macht der Be-harrung war zu groß, und mühelos konnte das bolschewistische Rußland auch hier in die Fußtapfen des zaristischen treten. Für Japan blieb nichts übrig, als das kostspielige sibirische Abenteuer zu liquidieren, Wladiwostok zu räumen und Nordsachalin vorläufig nur noch als ein Druck- und Verhandlungsmittel mit Rußland besetzt zu halten.

Deutlich genug war so geworden, daß Japan das Opfer einer ganz ver-fehlten Kriegszielpolitik geworden war, daß es in die Rolle eines besiegten Siegers gedrängt war. Ohne die ihm aus den einfachen geopolitischen Ver-hältnissen heraus notwendige Rückendeckung in China und in Rußland stand es in völliger Isolierung zwischen den angelsächsischen Mühlsteinen, die es zu zerreiben drohten, wenn es wagen wollte, gegen den angelsächsischen Stachel zu löcken. Wo blieben da die Möglichkeiten, sich als ein arbiter gentium aufzuspielen, wenn es nicht einmal in seinem eigenen politischen Willen frei war, wenn es in jeder Weise auf London und Washington Rücksicht üben mußte, um dort nur nirgends anzustoßen! Aber so deutlich die Tatsachen sprachen, noch fand man in Tokio nicht den Mut, sich ihnen zu fügen und aus ihnen die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Man wollte wenigstens den Schein retten und vor der Welt die Rolle spielen, die man zu spielen so sehr gewünscht hatte. So setzte denn nach der Washingtoner Konferenz eine Politik der Unwahrheit und der Unklarheit ein, deren verhängnisvolle Folgen für Japan nicht ausbleiben konnten. Ihre Grundlage wurde die japanisch-französische Intimität. Obwohl man in Tokio hätte wissen müssen, daß Frankreichs Politik immer nur kontinental eingestellt gewesen ist und sein wird, obwohl man in Tokio sich darüber im klaren hätte sein können, daß Frankreich aus Mangel an einer weltbeherrschenden Flotte und an Flotten-stützpunkten dem Mikadoreich niemals einen Ersatz für den englischen Bundes-genossen zu bieten imstande sein konnte, verband sich Japan doch aufs innigste mit Frankreich. Zwar behielt man in Tokio noch soviel klaren Blick, daß man dem Pariser Drängen auf Abschluß eines Bündnisvertrages nicht nach-gab, aber im übrigen hoffte man doch, mit Frankreichs Hilfe zu retten, was

ich zu retten möglich schien. Rücksichtslos handelte Japan Frankreich zu-
be gegen seine eigenen Interessen, indem es sich der französischen Vernich-
ngspolitik gegen Deutschland zur steten Verfügung hielt, indem es die Ver-
andlungen mit Rußland über einen friedlichen Ausgleich immer wieder zum
heitern brachte. Gewiß konnte Japan so an der Seite Frankreichs im
ölkerbund sich immer wieder in entscheidender Weise hervortun, aber doch
cht mit eigenem Willen, sondern es mußte die Rolle spielen, die ihm Paris
rschrieb. Auch dieser Kriegsgewinn begann bedenklich auszusehen und sich
rhängnisvoll auszuwirken. Wenn nun wenigstens diese Politik, die den
chein nach außen zu retten suchte, noch einigen tatsächlichen Gewinn ge-
racht hätte! Doch auch der blieb aus, wie das bei der politischen Einstellung
rankreichs und seiner Situation gar nicht anders zu erwarten war. Es fiel
rankreich gar nicht ein, dem japanischen Freunde in der Singaporefrage zu
elfen, obwohl man in Tokio das um so eher hätte erwarten können, als der
usbau Singapores zum englischen Flottenstützpunkt schließlich auch für das
anzösische Indochina eine Bedrohung bedeutet. Aber die Nichträumung der
ölner Zone, die damals zwischen Paris und London zur Diskussion stand,
var Frankreich wichtiger als Singapore und die japanische Freundschaft. So
lieb Japan nichts anderes übrig, als gute Miene zu dem bösen Spiel zu
achen und durch seinen Botschafter in London trotz der starken und sehr
erständlichen Erregung des japanischen Volkes über die englischen Pläne er-
lären zu lassen, daß man in Tokio den Ausbau Singapores nicht als eine
Infreundlichkeit gegen das Mikadoreich ansähe und daß dadurch die guten
eziehungen zwischen den beiden Staaten nicht im geringsten gestört werden
önnten. Nicht viel andere Erfahrungen konnte Japan mit seinem französi-
chen Freunde den Vereinigten Staaten gegenüber machen, als im Sommer
924 durch verschärfte Verbote die japanische Einwandererfrage von neuem
kut wurde. Vergeblich wandte sich damals die Tokioer Regierung an Paris,
as sich wohl hütete, sich seinen amerikanischen Gläubiger um Japans willen
verärgern. Auch hier blieb Japan nichts anderes übrig, als das Gesicht
wahren, und ähnlich wie in London ließ es in Washington erklären, daß
an sich in Tokio über die guten und ungestörten Beziehungen zu den Ver-
inigten Staaten freue. Nicht einmal zu wirtschaftlichen Zugeständnissen in
ndochina von französischer Seite brachte es Japan. Alle Versuche der Tokioer
egierung, endlich mit Frankreich zu einem Handelsvertrag über Indochina
kommen, der die hohen Ausfuhrzölle und Einfuhrzölle beseitigt, damit
apan sich von dort den notwendigen Reis verschaffen und zugleich ein neues
bsatzgebiet für seine Industrie erwerben kann, sind bis heute fehlgeschlagen.
rankreich schickte zwar den Gouverneur von Indochina zu einem feierlichen
esuch nach Japan, aber das war alles.

Es fehlte allerdings nicht an Männern in Japan, die sehr bald erkannten, auf welche falschen Wege die japanische Politik nach der Washingtoner Konferenz geraten war, und die versuchten, Japan aus den ihm verhängnisvollen politischen Verkettungen zu lösen. Vor allem war es Baron Goto, der sich bemühte, durch eine Aussöhnung mit Rußland der japanischen Politik wieder gesündere Grundlagen zu geben. Eifrig pflegte er seine privaten Beziehungen zu russischen Persönlichkeiten und suchte im japanischen Volke das Verständnis für die Notwendigkeit einer neuen Annäherung an Rußland zu vertiefen. Als er dann nach dem großen Erdbeben im September 1923 Innenminister wurde, gelang es ihm auch, das Kabinett Yamamoto für eine solche Politik zu gewinnen, sodaß die russisch-japanischen Vertragsverhandlungen von neuem in Fluß kamen und auch Erfolg versprachen. Leider machte das Attentat eines Studenten auf den Prinzregenten Hirohito am 27. Dezember 1923 dem Yamamoto-Kabinett und damit auch der ministeriellen Tätigkeit Gotos ein plötzliches Ende, da das Attentat mit bolschewistischen Umtrieben in engsten Zusammenhang gebracht wurde. Es hat sich dann, wie vorauszusehen war, ergeben, daß eine solche Annahme falsch war; aber die Angst vor der bolschewistischen Infektion in den verantwortlichen und nichtverantwortlichen Kreisen Japans war größer als die Erkenntnis außenpolitischer Notwendigkeiten, und sie kostete dem Lande ein ganzes Jahr mit einer weiteren Bindung an Frankreich.

Schließlich mußte es sich aber doch zeigen, daß eine solche Politik der inneren Unwahrheit, die von einer dazu noch recht wenig erträglichen Opportunitätshascherei lebte, für den japanischen Staat auf die Dauer nicht tragbar sein konnte. Die Konsequenzen einer verfehlt eingestellt gewesenen Politik mußten einmal gezogen werden, um die Bahn wieder frei zu bekommen für eine Politik mit weiteren Gesichtspunkten. Die Grundlage dafür konnte aber nur gewonnen werden, wenn man sich in Tokio nicht mehr wie bisher einer Anpassung an die einmal gegebenen und wirksam genug zeigenden geopolitischen und machtpolitischen Kräfte versagte. Den ersten Schritt in dieser Richtung tat Japan nun mit dem am 21. Januar 1925 abgeschlossenen Vertrag mit Rußland. So wichtig die wirtschaftlichen Abmachungen des Vertrages auch für Japan immer sein werden, die ihm einen 50%igen Anteil an den Ölvorkommen auf Nordsachalin sicherten, die ihm seine im Portsmouther Frieden erworbenen Fischereivorrechte im Ochotskischen Meere beließen, so liegt die eigentliche Bedeutung des russisch-japanischen Vertrages doch in politischer Richtung. Die zwischen Rußland und Japan aufgerichtete künstliche Trennungswand verschwand, den natürlich wirkenden geopolitischen Kräften wurde freie Bahn gegeben, und zwar in einem solchen Maße, daß sofort die weitschauende Idee von der Schaffung eines asiatischen Blockes durch Rußland, China und Japan Raum gewinnen konnte. Jetzt erst mußte

ch die von Japan sehr bald nach der Washingtoner Konferenz eingeleitete
d neuorientierte Politik China gegenüber aussichtsreich und erfolgreich er-
heinen. Die auf Versöhnung mit China und Förderung seiner Selbständig-
tsbestrebungen umgestellte japanische Politik gewann erst jetzt Sinn. Es
darum kein Zufall, sondern wohl beabsichtigte Politik Japans gewesen,
nn es gerade nach dem Abschluß des russisch-japanischen Vertrages noch
ehr als bisher seine Zurückhaltung den chinesischen Wirren gegenüber be-
hte, wenn es sich sogar trotz der Maiunruhen im Jahre 1925 in Schanghai,
nen auch Japaner zum Opfer fielen, nicht aus dieser Zurückhaltung bringen
ß und sich den englischen Anregungen zu einem gemeinsamen Vorgehen
rsagte. Es versprach vielmehr für die im Herbst 1925 zusammentretende
kinger Zollkonferenz den chinesischen Forderungen auf Zollautonomie und
territorialität seine Unterstützung.

Einmal aber auf diese Bahn der ostasiatischen Probleme gedrängt, mußte
ch in Japan die Erkenntnis dafür vertiefen, daß hier die eigentlichen Auf-
ben des Mikadoreiches liegen, daß hier allein die Möglichkeiten gegeben
nd, und zwar auf Grund der einmal vorhandenen geopolitischen wie rasse-
litischen Bedingungen, um erfolgreich die machtpolitische Basis Japans zu
weitern. Die Folgen dieser auf eine Beschränkung auf die nächstliegenden
ele hinausgehenden Politik konnten nun aber nur die sein, daß Japan, um
ine vollste Aufmerksamkeit den ostasiatischen Vorgängen widmen zu können,
ch frei machen mußte von allen Verflechtungen mit der europäischen Politik,
die es durch den Weltkrieg geraten war, daß es ferner auch Frieden suchen
ußte mit den Vereinigten Staaten und England. Beides hat es denn auch
den letzten Monaten getan. Es hat seine Desinteressierung an den euro-
ischen Angelegenheiten erklärt, und wenn es auch aus reinen Prestige- und
ssepolitischen Gründen im Völkerbunde bleiben wird, so wird es sich doch
rt nicht mehr so in den Vordergrund drängen lassen in Fragen, die es direkt
chts angehen, wie das in den ersten 7 Jahren der Nachkriegszeit der Fall
wesen ist. Sein Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und England aber
t es dadurch auf eine freundlichere Basis zu stellen versucht, als es durch
lenken der Auswanderer nach China, Sibirien und durch eine energischer
triebene Innenkolonisation die Einwandererfrage, an der sich diesseits und
nseits des Stillen Ozeans die Gemüter dauernd erhitzt haben, aus der Welt
schaffen sich bemühen will. Ob es der Tokioer Regierung gelingt, dieses
ogramm durchzuführen, muß allerdings noch abgewartet werden, denn bisher
t das japanische Volk wenig Neigung gezeigt, sich im kälteren Hokkaido
d in anderen klimatisch ungünstiger gelegenen Gebieten anzusiedeln; bisher
lgten die japanischen Auswanderermassen nur zu gern dem im japanischen
lke liegenden Naturtrieb, der sie hinauslockte auf die Südsee und die

wärmeren Küstengebiete des Stillen Ozeans. An sich könnte Japan durch eine derartige Neuorientierung seiner Auswandererpolitik nur gewinnen, da es bei der fortschreitenden Industrialisierung immer mehr der heimischen Kräfte bedarf, und da es bei seinem Mangel an Eisenerz und verkokbarer Kohle auf ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit China und Sibirien in wachsendem Maße angewiesen sein wird. Ebenso würde die Innenkolonisation seine volkswirtschaftlichen Kräfte durch Vermehrung der Erträge an Nahrungs- und Industriepflanzen, durch Vergrößerung der noch immer vernachlässigten Viehzucht zur Gewinnung von Wolle und Leder verstärken. Dazu käme, daß durch eine Beseitigung der heiklen Einwandererfrage auch eine schwere Gefahr für die wirtschaftlichen Beziehungen Japans zu den Vereinigten Staaten verschwindet, denn Amerika ist immer noch der Hauptabnehmer der japanischen Rohseide; fast 90 % der japanischen Rohseidenproduktion gehen nach den Vereinigten Staaten, und diese 90 % machen etwa 40—45 % der japanischen Gesamtausfuhr aus. Auch nur eine vorübergehende Schließung des amerikanischen Seidenmarktes würde also einer wirtschaftlichen Katastrophe für Japan gleichkommen.

Alles in allem eine Politik, die sich aufbaut auf den natürlichen Kräften Japans, die ein Betätigungsfeld sucht, das vor den Toren liegt, die sammeln, aber nicht verzetteln will. Eine Politik der Nüchternheit und der Beschränkung, die alles Himmelstürmenden entbehrt, mit der aber Japan ganz anders als die Politik Okumas und Katos es versprach, sich weit bessere Aussichten verschaffen kann, einmal doch zu einem machtpolitischen Faktor ersten Ranges zu werden. Der Weg zu diesem hohen Ziele geht für Japan über Ostasien, und es war ein schwerer Irrtum, ihn über Europa gehen zu wollen.

Fragen wir Deutsche uns nun, wie wir uns zu der jetzt in Entwicklung begriffenen japanischen Politik der Anpassung an die gegebenen Verhältnisse und an die Japan zur Verfügung stehenden Kräfte zu stellen haben, so können wir darüber nur unsere Freude ausdrücken. Durch die Desinteressierung Japans in Europa ist die Gefahr politischer Reibungen zwischen Deutschland und Japan so gut wie verschwunden. Japan wird nicht mehr nötig haben, uns ein doppeltes Gesicht zu zeigen, die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen beider Nationen zu fördern, uns aber als Vasall Frankreichs politische Fußtritte zu versetzen. Wir Deutsche werden wieder wissen, woran wir mit Japan sind. Wie ich an dieser Stelle[1]) schon einmal ausführte, wird die gegebene geopolitische und machtpolitische Situation, werden die vorhandenen starken kulturellen und jetzt nun auch in absehbarer Zeit durch den neuen Handelsvertrag wieder geregelten wirtschaftlichen Beziehungen dafür sorgen, daß beide Nationen zu einer immer engeren Fühlungnahme gedrängt werden. Man wird in Berlin, aber auch in Tokio gut tun, damit zu rechnen.

[1]) Heft 8 dieser Zeitschrift 1926.

HANS F. ZECK:
CHINA

Für den Durchschnittseuropäer liegt China jenseits einer konkreten Vorstellung. Seine Existenz wird registriert, aber damit ist unsere Kenntnis dieses riesigen Landes auch so ziemlich erschöpft. Trotzdem der Abendländer wirklich nicht an einer Unterschätzung des Zahlenbegriffes leidet, kann er sich die politische und wirtschaftliche Zukunftsbedeutung des Landes nur unklar vorstellen. Mit seinen über elf Millionen Quadratkilometern und fast 450 Millionen Menschen, seinen kaum angetasteten Reichtümern an Bodenschätzen und fast unbegrenzten Anbaumöglichkeiten pflanzlicher Produkte, ist das Land als Rohstofflieferant nicht minder stark begehrt wie als Absatzgebiet. Aber Land und Volk stellen dem Versuche Fremder, Fuß zu fassen, unüberwindliche Hindernisse in den Weg.

Fast $2^{1}/_{2}$ Jahrtausende war Chinas Geschichte mit wenig Ausnahmen in sich beschlossen. Erst mit dem Opiumkrieg gegen England tritt es 1842 in die Weltgeschichte ein. Genau wie in Japan sichert der Fremdling sich zuerst Hafenstützpunkte für seinen Handel, besonders in Kanton, Schanghai und Hongkong. Ähnliche Konzessionen wurden an die U. S. A. und Frankreich gegeben. Aber die Jahrtausende alte Tradition, die geistige wie territoriale Absperrung haben das Volk vollkommen aufs eigene Ich beschränkt. Aus dieser Isolierung brach urwüchsig eine fanatische Ablehnung alles Fremden, die besonders in den Boxerunruhen um die Jahrhundertwende grausige Formen annahm. Aber die Fremden wußten durch ihre militärische Überlegenheit ihre Einflußsphären zu sichern. Als Japan 1895 das Riesenreich zu überwältigen drohte, rief das alle in Ostasien interessierten Mächte auf den Plan. Wenn damals die Aufteilung des Reiches in Kolonialgebiete scheiterte, so lag es an der Unermeßlichkeit der Entfernungen, der mangelnden Kenntnis des Innern, der schweren Zugänglichkeit und nicht zuletzt an der Eifersucht der Mächte untereinander und gegen Japan. Mußte man auch das Reich stehen lassen, der Entschluß, es auszubeuten, stand unerschüttert, nur über die Methode war man sich nicht klar.

Der Versuch, durch Vernichtung des Eingeborenen, dessen Scholle zu „weißen Mannes Land" zu machen, wie z. B. in Amerika und teilweise in Afrika, war nicht bloß veraltet, sondern versprach auch keinen Erfolg. Auch die modernere englische Methode, den Unterworfenen bei strengster Scheidung von Weiß und Farbig zum gehorsamen Ausbeutungsobjekt im Interesse des weißen Unternehmers zu zwingen, wie in Indien, kam über erste Anfangs-

erfolge in den einzelnen Hafenbezirken nicht hinaus. Erst der dritte Versuch, die amerikanische Kolonisationsmethode, versprach Erfolg. Fremde Ideen wurden in das Gebäude uralt konservativer chinesischer Welt- und Lebensanschauung eingeschmuggelt. Bewußt wurde allen Bestrebungen Vorschub geleistet, die irgendwie darauf abzielten, die alten eingewurzelten Zentralgewalten zu schwächen. So wurde die Antithese forciert: „Hie erstarktes Kaisertum" — „Hie fortschrittliche Demokratie". Das Land sollte innerlich so weit aufgelockert werden, als es den Interessen der fremden Machthaber entsprach. So hoffte man das kluge und intelligente, aber politisch schwierige chinesische Volk zum willfährigen Diener fremder Staats- und Machtinteressen zu machen.

Diese Methode schien umso erfolgversprechender zu sein, als trotz der starken Partei der Literaten, d. h. der orthodoxen Konfuzianer, sich im Volke selbst, besonders nach dem vielbeachteten japanischen Vorbilde, eine Sehnsucht nach Bruch mit dem Erstarrten regte. Aber im Gegensatz zu dem Inselreich war die Macht des Mandarinentums, der kaiserlichen Hofkamarilla und der Tradition zu groß, als daß das Kaisertum zum Führer hätte werden können. Die Syntese zwischen äußerlicher Übernahme abendländischer Methode und innerlicher Erhaltung der angestammten Kultursphäre wurde nicht gefunden. Das Kaiserreich wurde gestürzt, die starke Reichsklammer vernichtet. China verfiel der Führerlosigkeit. Es gleicht heute dem Abendlande nach Auflösung der mittelalterlichen Kultureinheit, als Europa die scheinbaren Fesseln seiner katholischen Tradition abgestreift hatte und dem hemmungslosen Absolutismus der Fürsten verfiel. In China traten an die Stelle des alten Staatsgedankens gefühllose, machthungrige Tyrannen, mögen sie sich nun „christlich" nennen oder nicht.

So erfolgversprechend die amerikanische Methode auch zu sein schien, sie scheiterte an den inneren Voraussetzungen des Volkes. Man hatte nicht in Rechnung gestellt, daß es trotz aller Isolierung intellektuell eine harte Schulung durchgemacht und ein verstandesmäßiges Niveau erreicht hatte, das ihm gestattete, aus den ihm neu zuströmenden Werten die Kraft zur Selbstbefreiung zu holen. In dem Bestreben, mit den westlichen Ideen zu unterjochen, setzten die Fremden eine Kausalitätsreihe, die sie nicht mehr aufhalten konnten und die ihnen auf die Dauer zum Verhängnis wurde. Um die „alten und minderwertigen" konfuzianischen Lebensformen durch Emanzipation in Richtung der amerikanischen Lebensgestaltung zu vernichten, brauchten die U. S. A. ihren Anteil an der Boxerentschädigung zur Errichtung einer Stiftung für chinesische Studenten in den Vereinigten Staaten. Viel junge Intelligenz ist nach Amerika gegangen, viel auch nach Europa. Die Wirkung war verblüffend.

Mit allem modernen Rüstzeug der Wissenschaft wurde die chinesische Studentenschaft vertraut. Medizin und technische Wissenschaften, besonders aber Philosophie und Staatswissenschaften wurden von tief einschneidender Bedeutung. Eine junge Generation wurde mit dem Wesen und den Ideen des modernen Konstitutionalismus vertraut. Sie lernte im Staate einen feinen Organismus sehen, dessen oberstes Prinzip seine Integrität ist. Die Grundsätze von der Gleichberechtigung aller Menschen vor dem Gesetz, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurden ihnen ebenso vertraut, wie die Notwendigkeit der Herrschaft des Staatsgedankens über die Forderungen des Einzelnen. In China aber fanden sie alles anders, als die Wissenschaft sie gelehrt hatte. Die Intelligenz schloß sich zur Abwehr zusammen, gebrauchte die Kenntnis und Erfahrung der amerikanischen Propaganda und des modernsten Zeitungswesens der Welt, um sich so Resonanz im Volke zu schaffen. Die asiatische Intelligenz und das Geld Moskaus fanden sich in seltsamer Bundesgenossenschaft im Kampfe gegen den Imperialismus und Kapitalismus der Fremden. Sun Yat Sen, in seiner Hoffnung auf Amerika betrogen, ward zum ersten Exponenten dieser Richtung.

In hunderttausend und aber hunderttausend Exemplaren der Presse wurde das Land überschwemmt. Bis in die letzten Winkel und Dörfer drangen die technisch erst unvollkommenen Zeitungen, die aber in ihrer schreienden Aufmachung von starker propagandistischer Wirkung waren. Ihre ungeheure Gefahr liegt darin, daß kaum eine Handvoll Europäer die chinesischen Schriftzeichen überhaupt entziffern kann. Die gefährlichsten Angriffe verhallen ungehört und ohne auch nur die geringste Möglichkeit einer Gegenaktion. Hierzu kommt noch eine in unseren Breiten unbekannte intensive persönliche Propaganda gegen die „weißen Teufel". Ist's da ein Wunder, daß die Massen allmählich in Bewegung geraten. Immer deutlicher und drohender werden die Anzeichen. Vor dem Kriege konnte bei Hungerlöhnen der fremde Unternehmer in wenigen Jahren Riesensummen verdienen. Menschenmaterial gab es in Hülle und Fülle und wo es nicht parieren wollte, gab's Prügel. In steigendem Umfange hat die Arbeiterschaft sich organisiert und weiß, welche Macht sie damit gewonnen hat. Heute ist der Kulilohn fünfzigfach höher, als um die Jahrhundertwende und wenn nur gerüchtweise von Arbeiterzüchtigungen die Rede ist, drohen schon gefährliche Aufstände. Der Nationalbolschewismus hat aus China ein ganz gefährliches Pulverfaß gemacht. Der Aufstand von 1921, mehr noch der von 1925, beleuchtet blitzartig die Situation.

Das ganze Volk, soweit es mobil geworden, ist in diese Bewegung verwickelt. Die Intelligenz ist der bewußte Treiber, die Arbeiterschaft der bewußte Träger, während die chinesische Kaufmannschaft die unbewußte Gönnerin und Förderin

ist. Ursprünglich, infolge seiner Kenntnis des Inlandsmarktes, der unentbehrliche Mittelsmann jedes Importeurs, gewöhnte der chinesische Kaufmann sich allmählich an die ungewohnten und fremden europäischen Produktionsweisen und kaufmännischen Verkehrsformen und war bei Kriegsausbruch in vielen Fällen schon so weit vorgeschult, daß er auf eigene Rechnung arbeiten konnte. Die Liquidation zahlreicher europäischer Firmen auf dem chinesischen Markt brachte alte und wertvolle Einrichtungen in seine Hand. Die Kaufmannschaft hat ein begreifliches Interesse daran, diese Unternehmen zu erhalten, auszubauen, dem Handel die Produktion zuzufügen, überhaupt eine selbständige Wirtschaftspolitik zu treiben. Deshalb begrüße sie den Boykott der Nationalbolschewisten gegen die fremden Waren und Importeure. Der Boykott hat dem Kaufmann neue Arbeitskräfte und Arbeitsaufträge zugeführt, die Boykotteure erhielten dafür Streikgelder.

Der Ausländer hat seine Ansicht von dem „Objekt“ seiner Ausbeutungspolitik ändern müssen, er hat es als „Subjekt“ mit eigenem Willen werten gelernt. Diese Wandlung zeigte sich im November 1925 bei der Pekinger Konferenz besonders deutlich. Die Vertreter der Mächte haben die Zollautonomie Chinas ausdrücklich anerkannt, d. h. Europa hat es aufgegeben, die 1842 begonnenen Versuche, China zu einem Kolonialgebiete herabzudrücken, in Zukunft fortzusetzen. Das Recht der eigenen Wirtschaftsgestaltung ist damit eingeräumt worden. Europa hat ein großes Absatzgebiet verloren, das mit eiserner Energie und zähem Fleiß seine 450 Millionen Menschen aus eigenen Rohstoffquellen mit Hilfe einer eigenen Industrie versorgt — und das, weil Europa von seinem Zivilisationsdünkel nicht hat rechtzeitig loskommen können. Heute versuchen die interessierten Mächte durch Forcierung der Revolution zu retten, was zu retten ist. Ob mit Erfolg, darf man bei ihrer Rivalität und gegenseitigen Zerfleischung wohl bezweifeln. Der Russe will sein Teil, der Japaner auch. England wacht eifersüchtig über deren Einfluß und Amerika will erst recht das Rennen noch nicht verloren geben. Die meisten Chancen hatte Japan, das 1915 die Abwesenheit der Großmächte benutzte, um China die berühmt-berüchtigten 21 Punkte aufzuzwingen, durch die es das Land wirtschaftlich und politisch zu seinem Anhängsel machte. Die Rivalität drohte zur offenen Flamme aufzuschlagen. Nach langem Hin und Her wurde das Land geteilt. England nahm die südliche Interessensphäre, Amerika das Flußgebiet Yangtsekiang und Japan erhielt den Norden. Da dieser zugleich von Rußland als seine Zone betrachtet wird, hoffte man Japans Einfluß durch Rußland zu kompensieren. Allem Anschein nach aber haben Rußland und China sich verständigt und dabei auch den japanischen Wünschen in etwa Rechnung getragen. Schon im Mai 1924 ist zwischen Rußland und China ein Freundschaftsvertrag unterzeichnet worden. Japan hat seine aggressive Politik gegen China aufgegeben.

Beide treiben zurzeit eine Politik des Ausgleichs der Interessen und scheinen auf lange Sicht den Plan eines ostasiatischen Völkerblocks zu verfolgen. Bei der unvermeidlichen Auseinandersetzung mit den Angelsachsen geht das Streben darauf, zu verhindern, daß der Einkreisungsring um den ganzen pazifischen Ozean sich auf der chinesischen Landbrücke einmal schließt.

China ist ein uraltes Kultur- und dennoch ein halbes Naturvolk zugleich. Mit allen seinen Fasern steckt es in der glanzvollen Tradition seiner Urzeit, hat aber dennoch die Fähigkeit, sich innerlich distanziert, die Methoden abendländischer Lebensformen dienstbar zu machen. Bei aller politischen Verworrenheit ist das ein Zeichen so urwüchsiger Kraft und Gesundheit, von so jugendfrischer Elastizität, daß nach menschlichem Ermessen das völlige Erwachen nicht mehr aufzuhalten ist. Die halbe Milliarde „gelber Affen" wird mehr und mehr eine Realität der Weltgeschichte, mit der weiterschauende Politiker Amerikas und Japans schon heute als mit einer gegebenen Tatsache rechnen. Wenn es auch eine etwas naive Auffassung ist, die gelben Armeen auf dem Wege nach Europa zu sehen, um ein zweites Reich Dschingis Khans aufzurichten, so hat heute das einst unter andern verfehlten Gesichtspunkten gesprochene Wort nachträglich noch einen Sinn erhalten „Völker Europas wahrt eure heiligsten Güter".

LUDWIG KOEGEL:
AMAZONIEN

Schon auf den primitivsten Atlaskarten springt uns ein mächtiges Tieflandgebiet im Herzen des nördlichen Südamerika klar ins Auge. Es handelt sich dabei um einen jener wenigen, ganz großen Festlandkomplexe, die sich durch weitgehende, innere Übereinstimmung ganz von selbst als höhere Einheiten im Bilde der Erdoberfläche kundgeben. Diesem größten der tropischen Tiefländer dürfen wir getrost die Bezeichnung „Amazonien" zuteilen, nach dem Namen des Riesenstroms, dessen gewaltiges Gewässernetz gerade diesem Erdraum sein geographisches und, wie wir bald klar erkennen werden, auch letzten Endes sein geopolitisches Gepräge verleiht.

Die Begrenzung des amazonischen Tieflandes ist in großen Zügen die folgende: Im N. und S. handelt es sich um massige Hochländer, im W. bildet der Andenwall den eindrucksvollen Abschluß unseres Länderindividuums, das im O. sich verhältnismäßig schmal dem Meere erschließt. Ausgesprochene Lücken in der randlichen Umfriedung dieser Raumeinheit finden sich nur im NW. und SW. eben dort, woselbst die Höhen des östlichen Südamerika keinen völligen Anschluß an den ganz anders gebauten Andenwall gefunden haben. Relative Offenheit, ja teilweise sogar unsichere Wasserscheiden, weisen hier beiderseits hinüber in benachbarte Stromniederungen.

Lange schon sind die kleinen Serren nördlich des unteren Amazonas bekannt; neuere, verdienstliche Reiseforschungen, besonders jene von P. von Bauer[1]), haben gezeigt, daß amazonische Randgebiete selbst über ausgedehntere Sandsteintafeln und Rumpfflächen sich erstrecken, gleichwohl darf im allgemeinen daran festgehalten werden, daß es sich bei dem ganzen vorstehend umrissenen Gebiet im wesentlichen um unermeßliche, flache Tiefländer handelt. Ihr ganz schwaches Absinken gegen O. kommt schon im außerordentlich harmonisch zur zentralen Hauptader konvergierenden Entwässerungssystem zur Geltung. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, in diesem Zusammenhange näher auf die klimatische Ausstattung unseres Landes einzugehen, darüber wurde an anderem Orte eingehender berichtet[2]), es sei nur kurz zweier Hauptmomente Erwähnung getan. Passateinflüsse, für den niederen Osten Amazoniens meist Trockenheit bringend, Zenitalregen und lokale Gewitter sind die entscheidenden Faktoren, die in gegenseitigem Wechselspiel jeweils über Sonnenschein und Regen entscheiden. Zum andern können wir von einem wechselnd feuchten Osten und einem ständig intensiv feuchten Westen unseres Erdraums sprechen. Die ungeheuren Regen- und Wasserdampfmengen

les Westens, dessen üppig feuchtwarme, dem Menschen aber wenig erfreuliche Treibhausatmosphäre von allen Reisenden immer wieder betont wird, können wir als Folge der endgültigen Kondensation des gesamten Wassergehalts der ungehindert aus atlantischen Regionen kommenden, passatischen Luftbewegung auffassen.

Der schwach gekrümmte Gebirgsbogen, gerechnet vom massigen Eckpfeiler des bolivianischen Hochlands im S. (etwa von St. Cruz de la Sierra an) bis zu den Ketten östlich von Bogotá im N., wirkt geradezu wie ein gewaltig gedehnter, trefflicher, gegen O. gewandter Feuchtigkeitsfänger. Zahllose Wasserfäden gleiten daher ständig vom Andenabfall hinab in die weite östliche Ebenheit, woselbst sie sich alle mittelbar und unmittelbar im Amazonas, dem wasserreichsten Strom der Erde, zusammenfinden müssen. So erklären sich die unvergleichlichen Wassermassen, die dieser Strom fast ohne Gefälle (vom Andenfuße bis zum Ozean, in der Geraden, nur 180 m Höhendifferenz auf rund 3200 km Entfernung) dahinwälzt; so verstehen wir die Heftigkeit der Strömung, die auf 2—5,5 km pro Stunde geschätzt wird. Trotz seiner Ausmaße vermag das ungefüge Bett dem Drange des Fließenden schon bei Niedrigwasser kaum gerecht zu werden, bei Hochwasserstand weite Ufergelände der Überflutung preisgebend.

Solche Feuchtigkeitsmengen mußten im warmen Äquatorlande auf fruchtbaren Böden zur Entwicklung eines verschwenderischen Vegetationsreichtums führen, eines Reichtums, dessen reinster Ausdruck der in mehreren Stockwerken übereinander Laubdächer ausbreitende Etagenwald ist. Seit A. v. Humboldt und Martius sind die „Selvas“ Amazoniens weltberühmt, nicht ebenso bekannt dagegen ist die Tatsache, daß das Hauptverbreitungsgebiet des ununterbrochenen, üppigsten Urwalds, abgesehen von einem bevorzugten Küstenstreifen, wesentlich auf den Westen unseres Erdraums sich beschränkt. Hier im Westen schuf die geschilderte Niederschlagsmenge zusammen mit dem, was wir jungfräuliche Bodenergiebigkeit alter Flußanschwemmungsböden nennen, erstklassige Vegetationsbedingungen, während flußfernere Teile des trockneren Ostens zwischen minder üppigen Wäldern auch reichlich Steppenland beherbergen. Der Strom ist es, dessen Ablagerungen teilweise erst die Niederungen aufbauten, der hier auch dem Osten seinen Stempel aufdrückt, denn trotz vielfach magerer Bodenbeschaffenheit lassen seine aus W. verfrachteten Wassermassen auch im O. teilweise üppigere Waldtypen erstehen, als sie dem Lokalklima entsprechen dürften. Der Riesenstrom ist also so recht der bestimmende Faktor in unserem Urwaldlande.

Nach diesen Darlegungen, die bestrebt waren, die Naturbedingungen Amazoniens etwas zu beleuchten, wollen wir versuchen der Eignung dieses Erdraums für die Entwicklung menschlichen, insbesondere politischen Lebens nachzugehen.

Amazonien umfaßt nach Le Cointe[2]) 5 594 000 qkm Fläche, das ist erheblich mehr als die Größe des europäischen Rußland vor dem Kriege mit rund 5 Mill. qkm, somit einen ganz gewaltigen Lebensraum, von dem heute der Großteil, etwa 3,6 Mill. qkm, zum brasilianischen Staate gehört. Zu Zeiten, als der spanische Konquistador Orellana, anno 1540, als erster Europäer, sich kühn dem Rücken des Stromriesen anvertraute, der ihn ins unbekannte Waldland des Ostens entführte, hausten nur kulturell verhältnismäßig rückständige Indianer in den weiten, grünen Einöden. Wesentlich als bodenvage Fischer- und Jägervölker lebten und leben sie teilweise heute noch (ich denke u. a. an F. Speisers jüngste Berichte) in der Nähe der Flußwege, der natürlichen Verkehrs- und Lebensadern im Tropenwald. Etwas Manioka pflanzten sie zum Eigenverbrauch in primitivem Hackbau, waren aber keineswegs durch die rasch zubereitete und leichten Herzens verlassene Pflanzstelle und Behausung im unermeßlich frei zur Verfügung stehenden Raum fest an den jeweiligen Aufenthalt gebunden. Auch die heutigen Abkömmlinge der Waldindianer, die sich von den Steppenindianern der Nachbarschaft nicht unwesentlich, meist wenig zu ihrem Vorteil unterscheiden,[3]) haben manchen Charakterzug ihrer freien Ahnen sich erhalten, selbst dann, wenn sie durch Kultureinwirkung oder Blutmischung stark beeinflußt erscheinen. Noch heute ist der Voll- und Halbblutindianer ganz besonders zum Schiffer- und Waldleben geneigt, für das er eminente Liebe und Eignung besitzt, eine Tatsache, die ihn mehr zum immer noch verhältnismäßig freien Waldleben des Kautschuksammlers prädestinierte, als zum seßhafteren Dasein des Plantagenarbeiters.

Dem ersten Vorstoß weißer Eroberer, der vom Hochlande des den Spaniern zugefallenen andinen Westens ausging, wirkte später ein langsam fließender portugiesischer Einwandererstrom, von O. kommend, entgegen. Nach O. hin ist das natürliche Tor des Landes, die weite Mündung des „Rio Mar", des trefflich mit einem süßen Meere verglichenen Hauptstromes, geöffnet. Dem von O. kommenden steht somit die breite, ihresgleichen suchende Verkehrsader des Stromes zur Verfügung. Der Strom selbst warf also den Herren des östlichen Südamerika, den heute zu Brasilianern gewordenen Portugiesen, den Großteil der weiten Tiefländer in den Schoß. Freilich auch diese achteten das Geschenk einstmals nicht allzu hoch, lockte doch kein Edelmetall hinein ins kaum bekannte Innere. So kam es, daß man dies Waldland noch lange Zeit, abgesehen von einigen nicht allzu wichtigen Siedlungsgründungen in der Nähe des Stromunterlaufs, zum gut Teil den meist harmlosen indianischen Urwaldkindern überließ; ich denke etwa an die patriarchalischen Schilderungen aus Westamazonien, wie sie der Naturforscher Bates noch aus der Mitte des 19. Jahrhunderts bietet. Freilich ein paar Örtlichkeiten wurden schon verhältnismäßig früh zu militärischen Sicherungspunkten seitens der weißen

andesbeherrscher ausgebaut. Ich nenne nur das 1669 gegründete Fort S. José do Rio Negro", hochgelegen an vorzüglicher Hafenstelle, war es durch eine Lage nahe der Flußgabel Amazonas—Rio Negro und nicht allzu weit on der Madeiraeinmündung mehrfach begünstigt und erwuchs so zu der achmalig so wichtigen zentralen Binnenhafenstadt Manaos; zum andern reckt bidos lange schon gerade dort seine heute fast wertlos gewordenen Kanonen rohend hinaus auf den Stromweg, woselbst dieser zwischen steileren Ufern usammengedrängt leichter zu beherrschen schien.

Doch allmählich wurde aus den wenig gewerteten, riesigen Wildnissen mit hrer bescheidenen Hinterwäldlerbevölkerung, wenn ich mich so ausdrücken arf, ein begehrenswerteres Objekt, sobald man einem Naturprodukte gerade ieses Waldlands mehr und mehr Aufmerksamkeit zu schenken begann. Ein erhältnismäßig unscheinbares Gewächs, die schmächtige „Hevea brasiliensis", ollte nunmehr — als bester Kautschuklieferant der Welt — unserem Lande um Schicksal werden. Die Industrie der Hochkulturvölker bedurfte des Kautschuks in zunehmendem Maße, die weite Verbreitung wichtiger Kautschukpflanzen, vor allem der eben genannten, wurde immer mehr bekannt; der mpuls war gegeben und immer emsiger und kühner suchten die Kautschukammler ins Innere der vordem menschenleeren Urwälder einzudringen. Der Hunger nach dem wertvollen Waldprodukt wird zum Erschließer der Neuänder, besonders im bisher wenig begehrten Westen, dem Kerngebiet, wie wir ahen, tropischer Vegetationsfülle mit ihrer natürlichen Abwehr gegen das Vordringen des Menschen. Mehrfach kommen die Grundbedingungen Amazoniens zu ichtbarer Auswirkung. Das ungeheuere Flußnetz wird im sonst fast unpassierbaren wilden, jetzt Schätze bergenden Walde zum Führer, nur zu Wasser erschließt unser Tiefland sich allmählich der Durchforschung. Fahrzeuge aller Art, 1853 erscheint der erste Stromdampfer, beteiligen sich am nunmehr schneller anwachsenden Verkehr. Le Cointe spricht von über 50 000 km schiffbarer Wasserwege in Gesamtamazonien, auf denen über 200 größere Dampfer sich bewegen.

Zur Kenntnis der steigenden Bedeutung des Kautschuks für die Erschließung weiter Räume, besonders des vordem brach liegenden Südwestens, woselbst Purus-, Jurua- und Madeiragebiet reichste Kautschukausbeute lieferten, mögen einige illustrierende Zahlen folgen:

Totalexport amazonischen Kautschuks nach Le Cointe[5]):

Jahr	kg	Jahr	kg	
1727	31 365 kg	1880	9 807 755 kg	
1830	156 060 „	1890	16 403 821 „	
1840	388 260 „	1900	26 748 663 „	
1850	1 466 550 „	1910	38 705 615 „	
1860	2 672 490 „	1912	43 370 393 „	Höchstwert!
1870	5 601 626 „	1919	38 458 000 „	

Zum Vergleich sei auf die neue Angabe von Vagts[6]) für das Jahr 1925 hingewiesen:

Brasilien (Rohgummiproduktion) 24 976 engl. Tons (à = 1016 kg)
Sonstiges Südamerika . . . . 7 767 „ „

Für den sehr dehnbaren Raumbegriff Amazonien mag also vielleicht eine runde Zahl von gut 30 000 000 kg heute der Wahrheit nahe kommen.

An derartigen Zahlenwerten sind die amazonischen Hauptstaaten Bolivien, Peru und Brasilien, wenn wir (unter Vernachlässigung der ganz untergeordneten Produktion Ecuadors, Columbiens und Venezuelas) Le Cointes[7]) Angaben für das Jahr 1918 zu Grunde legen, beteiligt im annähernden Verhältnis von 1 : 2 : 11½.

Die Kautschukjagd jener in den Umschwungsjahren 1910—1913 gipfelnden Periode hatte Amazoniens weite Niederungen ziemlich plötzlich aus dem wirtschaftlichen Kindheitsschlafe aufgerüttelt. Der Wirtschaft folgte hier wie so oft die Politik. Wir sehen in diesen Jahren Schiffe der verschiedensten Nationen, darunter die Handelsflagge der deutschen Hamburg—Amerikalinie, um Amazonien werben. Das brasilianische Herrenauge haftet mit weit größeren Liebe als vordem an diesem nunmehr für unerschöpflich reich erachteten Tieflande; ja auch andere, früher kaum randlich interessierte Staaten suchen ins Kautschukwunderland hereinzugreifen. Deutlich tritt die Tendenz der Kordillerenstaaten in Erscheinung ihre Grenzen ins dereinstige fieberberüchtigte Niemandsland der östlichen Waldniederungen weitmöglichst vorzuschieben. Besonderes Interesse beanspruchen in diesem Zusammenhange wohl die Kartierungen der Peruaner, die in den Jahren 1900—1908 durchgeführt, im B. S. G. Lima von P. Portillo und anderen, meist im Maßstabe 1 : 1 000 000, veröffentlicht wurden. Es handelt sich hierbei in charakteristischer Weise stets um Flußkarten der weiten, östlich der Anden gelegenen Länder, die von den Peruanern, freilich nicht unumstritten, eifrig erstrebt wurden. Amazonien ein unübertreffliches Kautschukwaldland, Amazonien nur auf Flußwegen zu erreichen, erschließen und zu beherrschen, so schien die Schicksalsfrage dieses Erdraums im ersten Dezenium unseres Jahrhunderts zu lauten. In dieser Richtung bewegten sich die wirtschaftlichen wie politischen Gedankenpfeile für den von naheliegenden Wünschen geleiteten, rein südamerikanisch ein- gestellten Beobachter, wobei man nicht vergessen darf, daß Amazonien hier stets überwiegend in der passiven Rolle des auszubeutenden Naturlandes aufgefaßt wird.

Amazonien stand zwar, wenn wir wiederum Le Cointes[8]) Zahlen zugrunde legen, schon seit langem in Konkurrenz mit dem Kautschuk anderer Erdteile doch beherrschte es noch 1892 mit 66 % Gesamterzeugung den Weltmarkt auf diesem Gebiete. Ursprünglich fast nur mit dem schwächeren Afrika wetteifernd, erwuchs ihm langsam ein weit gefährlicherer Gegner in Asien, woselbst die englische Energie sich seit 1873 immer mehr für die Möglichkeit der Heimischmachung des brasilianischen Urwaldgewächses auf indischen Plantagenboden zu interessieren begann. Nach anfänglichem Mißerfolg kommen

it 1898 steigende Mengen Plantagenkautschuk aus Asien auf den Markt, die 1913 das amazonische Urwaldprodukt an Menge überflügeln, um es bereits wenigen Jahren um ein Vielfaches zu überbieten. Die folgenden Zahlen ögen diese Verhältnisse einigermaßen illustrieren.

Kautschukproduktionsmengen:

	Amazonien (inkl. sonst. Brasilien)	Afrika (inkl. Zentralamerika)	Asien
1910	40 800 t	21 900 t	8 753 t
1912	43 370 t	28 000 t	28 194 t
1913	39 560 t	21 450 t	47 618 t
1915	37 220 t	13 635 t	107 867 t
1917	39 370 t	13 258 t	204 251 t

Nach Vagts steht die gesamte südamerikanische Erzeugung im Jahre 1925 ur Weltproduktion in engl. Tons wie 32 743 : 503 167, sie beträgt also nur och rund $^1/_{15}$ der Weltproduktion, von deren Gesamtbetrag etwa $^3/_5$ heute nter britischer Kontrolle stehen.

Mit diesem Sachverhalte ist Amazoniens dereinstige Monopolstellung als rster Kautschukproduzent der Erde wohl endgültig dahin, die Preise sanken, a teilweise auch die Qualität dieses dereinst so gut wie einzigen Weltausfuhrrodukts unseres Gebietes.

Wert des Kautschukexports für das brasilianische Amazonien:
(in französischen Francs, nach Le Cointe, Bd. I, S. 449)

1909	360 658 521	1912	288 275 754
1910	475 881 908	1913	189 260 877
1911	289 890 573	1915	127 359 062

Alle Abhilfeversuche, die seitens der brasilianischen Regierung (besonders in ler gut gemeinten, aber mangelhaft durchgeführten Gesetzgebung unter lem Namen „Defeza da Borracha“ anno 1912) unternommen wurden, waren um Scheitern verurteilt. Wir sehen, der Staat hatte eingesehen, was die Kautschukfrage für ihn bedeutete, gleichwohl hat Amazonien aufgehört, „Das Kautschukland“ zu sein. Wohin weist nun aber die Entwicklung des Landes ach diesem Umschwunge?

Anfänglich wurden naturgemäß nur die negativen Folgen der Kautschukrise sichtbar, ausfallende Einnahmen für Staat und Unternehmer,[9]) Verödung nancher Verkehrswege, Verkauf überflüssig gewordener Fahrzeuge zu Schleuderreisen und manch ähnliche Kalamität konnte nicht ausbleiben, immerhin es fehlt icht ganz an Anzeichen, daß diese Krise unserem von der Natur so reich geegneten Gebiete vielleicht sogar den Weg ebnen hilft zu „zukünftigem“ Aufstiege.

Le Cointe, übrigens kein übertriebener Lobredner Brasiliens, meint einmal n bezeichnender, nur scheinbar paradoxer Weise, daß erst die Erschöpfung der Entwertung der allein von der Natur im Amazonasbecken dargebotenen Reichtümer unser Land gesunden Wirtschaftsmethoden zuführen werde. Diese

Auffassung ist nur zu wohl begründet, wenn wir hören, daß dies überreiche Naturgebiet erheblicher „Zufuhr" an Nahrungsmitteln bedarf. Wir wissen bereits, daß die Landesbewohner von Haus aus wenig zu solider Landwirtschaft neigen, ja selbst den Anbau hochwertiger Plantagenprodukte haben sie unter der Hypnose des schnelleren Kautschukraubbaus und Handelsverdienstes noch mehr als früher vernachlässigt.[10]) Aber sogar die Hilfsmittel des durch das so günstige Flußnetz erleichterten Verkehrs sind noch nicht entsprechend ausgewertet. Rationellere Ausnutzung des vorhandenen Dampfermaterials, stärkere Heranziehung des kleinen Motorboots, sowie ergänzender, von den Flußufern landeinwärts zu treibender Kleinbahnstrecken können (nach Le Cointes Auffassung) erhebliches bessern; doch es wäre vor allem Aufgabe der brasilianischen Regierung, mit der Initiative einer rationellen Erschließung des Innern zu bodenständiger, landwirtschaftlich gesund fundierter Kolonisation einzusetzen. Dem französischen Autor schwebt nicht ohne Seitenhiebe auf deutsche Unternehmungslust die Beteiligung des französischen Kapitals an derartig neuen, planmäßigen und aussichtsreichen Siedlungs- und Wirtschaftsmethoden vor Augen, für uns ist es von größerem Interesse, darauf hinzuweisen, daß nur ein bewußtes Streben nach möglichster Autarkie, d. i. wirtschaftlicher Selbständigkeit, für Amazoniens Riesenräume förderlich sein kann.

Suchen wir im Folgenden aus dem allgemeinen Gedankenkreis von Maulls grundlegender „Politischer Geographie" heraus Amazonien zu erfassen, so werden wir zunächst dies Länderindividuum dem Typus der „Rohstofflieferanten" zurechnen. Das Land verließ in überstürzter Weise seinen zeitlich nur wenig zurückliegenden Anfangszustand primitiver Eigenversorgung einer geringen, anspruchslosen Bevölkerung auf größtem Raum, um sich einer ganz einseitigen, vegetabilischen Rohstoffausbeutung in die Arme zu werfen. Die schnell von auswärts, meist aus dem trockenen, periodisch durch Hunger gefährdeten Nordost-Brasilien[11]) zusammengerafften Arbeitskräfte waren fas immer auf schwierige Fremdversorgung angewiesen. Großzügige Raummeisterung hatte ihrerseits noch keiner Autarkie im größeren Stile, einer Verkehrsautarkie, wenn ich mich so ausdrücken darf, die Bahnen gewiesen. Mißlich erscheint zunächst auch der Umstand, daß das einheitliche Naturgebiet der Amazonasniederung politisch heute von verschiedenen Staaten beherrscht wird, unter denen Brasilien mit seinem außerhalb Amazoniens liegenden Schwerpunkt überwiegt.

Eine neue, dem Wesen des Stromlandes trefflich angepaßte wirtschafts- und politischgeographische Kraftlinie würde bei geeigneter Auswertung die Bahnlinie (1913 endlich vollendet) darstellen, die, zur Umgehung der schwierigen Madeirafälle angelegt, durch zahllose, dem Fieber erlegene Menschenleben erkauft wurde. Wir kennen die orographische Lücke in der Südwest-Ecke der natürlichen Umwallung Amazoniens schon aus den einleitenden Ausführungen

ade hier greift das Madeirasystem und mit ihm der erwähnte Schienenweg
bindend hinaus in Nachbarländer. Das bolivianische Binnenland könnte so
mittels der amazonischen Flußwege weit enger an den lebenspendenden
antischen Ozean geknüpft werden. Ja man vermöchte sogar dem Gedanken
um zu geben, daß aus dem Spiel rivalisierender politischer Kräfte für
nazonien dereinst erweckende Gewalten erwüchsen.

Wir sehen alles in Amazonien noch in vollem Flusse. Die Wirtschaft, teils
wegig und nicht autark gefestigt, verleiht den weiten Niederungen noch
en schwer zu wägenden Wert für jeglichen Besitzer. Auch der stärkst-
teiligte heutige Beherrscher der Strom- und Waldniederungen, nämlich
asilien, vermochte das jäh gestörte, alte Gleichgewicht geringer Kulturhöhe
f höherer Kulturstufe noch nicht befriedigend neu aufzubauen. Die Zeit
inder Rohproduktausbeute neigt sich ihrem Ende entgegen, schon beginnt
an neben geeigneterer Holzverwertung vernachlässigte[12]) Produkte im Anbau
irker zu berücksichtigen; man erkennt die ungeheure Wichtigkeit des Ver-
hrsproblems zur Erweckung der Naturbegabung des Riesenraums in zu-
hmendem Maße; freilich fast alles bleibt noch zu tun. Möchte das kaum
erschöpfende, neue Möglichkeiten bergende amazonische Riesenland bald
fhören, ein Spielball engbegrenzter Einzelinteressen zu sein, um mit seinen
um besiedelten Flächen ein wahrhaft nützliches Glied zu werden im Lebens-
um der Menschen und Staaten, denen die Erdoberfläche immer mehr zu eng
werden scheint.

Anmerkungen

Dr.P.P.Bauer: „NW-Amazonien", Brünn 1919. Vergleiche hierzu und dem folgenden auch: L. Koegel: „Das Urwaldphänomen Amazoniens", München 1914, sowie „Zur Frage der Urwaldentwicklung in Amazonien", Geogr. Zeitschr. 1922.

P. Le Cointe, der Direktor des Handelsmuseums in Para, kann sich in seinem, hier mehrfach ausgewerteten Buch: „L'Amazonie brésilienne" (2 Bände, Paris 1922) auf eine durch 26 Jahre ununterbrochene, persönliche Landeserfahrung berufen.

Domville-Fife berichtet uns in seinem neuen, spannend geschriebenen Buche „Unter Wilden am Amazonas" (Leipzig 1926) auf Grund sehr weit umspannender, wenn auch teilweise kurzer Bereisungen zahlreicher, noch wenig erforschter Stämme viel des Interessanten. Am Gy-Parana, einem Nebenfluß des Madeira, fand er z. B. Zwerggestalten von noch nicht 1,40 m Größe, eine neue Bestätigung für den Kümmerwuchs des Urwaldbewohners.

Entnommen den Angaben Bd. I, S. 432-434.

A. Vagts: „Kautschuk-Politik", in dieser Zeitschrift 1926, Heft 8.

Sind Le Cointes Einzelstatistiken, Band I, Seite 434—438, auch nicht streng vergleichbar, so rechtfertigen sie doch obige runde Verhältniszahlen.

8) Sie wurden den Tabellen Band I, Seite 333 und Seite 451 entnommen.

9) Neuerdings berichtet auch das hübsche Fahrtenbuch von R. Dienst: „Im dunkelsten Bolivien", Stuttgart 1926, in launiger Weise von den dahin gesunkenen guten Tagen der Benigebiete um Reyes zur Zeit der guten Gummipreise.

10) Auch H. Bluntschli („Die Amazonasniederung als harmonischer Organismus", Geogr. Zeitschr. 1921) sieht in der Gummiseuche ein Verhängnis für Amazonien, das vor 200 Jahren unter den Händen der Ordensmissionare regere landwirtschaftliche Tätigkeit vieler Indianerstämme aufwies als heute.

11) Immerhin handelt es sich um Brasilianer, das bedeutet ein Gunstmoment für die politische Einheitlichkeit.

12) Vergleiche hierzu Le Cointe (Fußnote Bd. I, Seite 295), ich denke z. B. an die gewaltige Steigerung der Reisproduktion, die schon aus den Tabellen Bd. II, Seite 175, aufs klarste hervorleuchtet.

ALOIS FISCHER:
NEUE UNTERSUCHUNGEN ÜBER RASSE UND VOLKSTUM II

2. Formen des Volkstums

a) Volk

Ein Volk ist eine durch gleiche Kultur, Sitte und in der Regel auch gleiche Sprache gekennzeichnete Gemeinschaft größerer bis größter Kopf-zahl zu dem Zweck, die mit diesen Faktoren verknüpften Interessen gegen andere Menschengruppen geltend zu machen. Ein Volk geringerer Kopfzahl (vielleicht unter 1 Million Köpfen) heißt Stamm, eine Bezeichnung, die außer-dem auch für an Zahl größere, an gewissen Eigenheiten in kultureller Hin-sicht, in Sitten und Gebräuchen und an sprachlichen Besonderheiten (Dialekt erkennbare Untergruppen eines Volkes angewendet wird. Die höhere Ordnung zum Begriff Volk ist die Völkergruppe, eine Scharung von Völkern, di ihren gemeinsamen oder ähnlichen Kulturbesitz gegen die übrige Menschhei vertreten. Die Völkergruppen fallen weitgehend mit den Bevölkerungen de Kulturräume zusammen.

Aus der in starkem Gegensatz zur früheren Ansicht von der Einrassigkei oder Fast-Einrassigkeit der meisten Völker von der neueren Rassenforschung festgestellten weitgehenden Umfangkreuzung bei den Begriffen Rasse und Volk geht nicht hervor, daß ihre Inhalte in keiner Beziehung zueinander stehen Wegen der in erster Linie rassischen Herkunft von Kultur und Sprache is für die Entwicklung eines Volkes der horizontale (regionale) und noch meh der vertikale (soziale) rassische Aufbau des Volkskörpers von entscheidende Bedeutung. Alle Völker haben einen rassischen Kern, der einer ode höchstens zwei (harmonisch gemischten) Rassen angehört. Diese müssen zwa nicht in der Volksgesamtheit, wohl aber in den führenden Schichten de Volkes die Mehrheit haben. Der rassische Kern gibt dem Wesen eines Volke den Inhalt, die seinem Körper beigemengten anderen Rassen verleihen ihm die verschiedene Färbung und die Landschaften, die es bewohnt, besorge schließlich die Abtönung. Die den deutschen Volkskörper kennzeichnend Buntheit ist entschieden zum größeren Teil auf seinen rassischen Aufba und nur zum geringern auf die Eigentümlichkeiten des deutschen Landschafts bildes zurückzuführen, dessen dominante Faktoren wohl zu keiner Zeit allz trennend wirkten. Umgekehrt zeigt der Charakter von Völkern mit einfache rassischer Struktur, wie der der Engländer, Spanier oder Ostasiaten trotz be deutenden Unterschieden im Bild der von ihnen bewohnten Landschafte stark uniforme Züge. Der rassische Aufbau des deutschen Volkes wurde

rstärkt durch die politische Zwischenlage seines Lebensraumes, schließlich
ch entscheidend für seine gewaltigen kulturellen und seine mäßigen politi-
nen Leistungen. Die beiden Kernteile des in diese, und zwar einen nordi-
nen, bzw. fast-nordischen im Norden und einen nordisch-dinarischen, bzw.
narisch-nordischen im Süden, gespaltenen rassischen Kerns des deutschen
olkes fanden sich zwar zu gewaltigen wissenschaftlichen und künstlerischen
eistungen, ihr Zusammenwirken brachte aber die meisten politischen Kon-
ptionen infolge der geringen politischen und organisatorischen Begabung der
narischen Rasse zum Scheitern. In ähnlicher Weise wirkte die dinarische
asse auch in Italien in wissenschaftlicher und künstlerischer Hinsicht be-
uchtend, in politischer aber störend. Die dinarische Rasse trägt an der
atsache, daß die Deutschen und Italiener infolge ihres zu langen Festhaltens
n Partikularismus zur Verteilung der Welt zu spät gekommen sind, mehr
chuld als der Main oder der Appenin. Viel leichter war es, mit Hilfe einer
ittelmeerisch-nordischen Herrenschicht dem französischen Volk eine festge-
gte Form zu geben. Die größten politischen Leistungen finden wir aber
ei Völkern, die durch starke Dominanz einer hochstehenden Rasse ausge-
ichnet sind. Die gewaltigen kolonisatorischen Leistungen der Angelsachsen,
er Holländer und der beiden iberischen Völker hängen in bedeutendem Aus-
aß mit der rassischen Struktur ihrer Volkskörper zusammen, mögen sie auch
ußerdem in hohem Grade durch die Lagengunst ihrer Lebensräume gefördert
orden sein.

Völker entstehen durch Auswachsen eines Stammes zu einem Volk
der durch Verschmelzung mehrerer Stämme oder Stammesteile
nicht selten von Siegern und Besiegten), die auch sehr verschiedenen Rassen
ngehören können. Völker wachsen rascher oder langsamer, aber immer
llmählich durch natürliche Vermehrung und durch Angleichung
nd vergehen plötzlich durch Vernichtung oder allmählich durch
atürlichen Bevölkerungsrückgang und durch Ausgleichung. Die
atürliche Bevölkerungsbewegung wurde vom Verf. in Z. f. G., 1925, S. 770
is 779 und 854—858 untersucht, worauf hier verwiesen sei. Wichtig ist
azu die Feststellung, daß sich die einen Volkskörper zusammensetzenden
assen meistens sehr ungleich vermehren. Die hochwertigen Rassen, voran
ie nordische, verstehen leichter die Hemmnisse der geographischen Umwelt
n irgendeiner Form zu überwinden, schaffen aber oder begeben sich dabei
icht selten in eine neue Umwelt, die ihrer rassischen Physis inadäquat ist,
vodurch sie dann vom Untergang bedroht werden. Nur ein Teil, der nicht
erade die stärksten Individuen umfassen muß, erweist sich als anpassungs-
ihig. Die nordische Rasse unterliegt bei jäher Vertauschung der klimatischen
Umwelt in hohem Grade der klimatischen Auslese, die nach mehreren

Generationen nur einen Teil der Reinrassigen am Leben läßt. Eine der Nordrasse inadäquate Umwelt sind aber auch die Zinshausgroßstädte des europäischen Kontinents (im Gegensatz zu den ihr viel adäquateren angelsächsischen Einfamilienhausgroßstädten). Dazu kommt bei der großstädtischen Umwelt noch die soziale Doppelauslese, welche die nordische Rasse in höhere Stände aufrücken, sie aber dort dem in diesen herrschenden geringen Vermehrungswillen anheimfallen läßt. Wachstum durch Angleichung finden wir am häufigsten bei Völkern, die sich gerade in einem günstigen Entwicklungsstadium befinden, besonders aber bei solchen, die noch über viel unerschlossenen Lebensraum verfügen.

Die folgenden Zusammenstellungen bringen einen Überblick über die Völker der Erde nach dem Stand von Anfang 1925, über die Entwicklung der Völkergruppen und Hauptvölker seit 1800, über das jährliche Wachstum der Völkergruppen in der Zeit 1800—1900 und 1900—1925 und über die Verteilung der europäisch-amerikanischen Völkergruppe in den Jahren 1800, 1900 und 1925 auf die Erdteile in Prozenten.

Es fehlt hier der Raum, um auf alle Tatsachen, die in den Zusammenstellungen ersichtlich sind, auch mit Worten zu verweisen. Es seien darum bloß die folgenden hervorgehoben: Die europäisch-amerikanische Völkergruppe vermehrt sich trotz ihrer sinkenden Geburtenziffern, aber wegen der durch den medizinischen Fortschritt erzielten andauernden Eindämmung der Sterblichkeit noch immer schneller als die anderen Völkergruppen mit einer einzigen Ausnahme, der Malaien, die sich derzeit fast mit der doppelten Geschwindigkeit vermehren als die Europäo-Amerikaner. Beim Wachstum der Völker mit noch viel unerschlossenem Lebensraum, wie den Angelsachsen oder den beiden iberischen Völkern, springt das Moment der Angleichung, dem bei zunehmender Erfüllung des Lebensraumes der Erde eine immer bedeutsamer werdende Rolle zufällt, stark ins Auge. Innerhalb der europäisch-amerikanischen Völker ist der Anteil der eigentlichen Europäer, der 1800 noch neun Zehntel und 1900 drei Viertel der ganzen Gruppe betrug, bis 1925 weiter, und zwar auf zwei Drittel zurückgegangen. Während sich die eigentlichen Europäer im Zeitraum 1800—1925 nicht ganz verdreifachten, haben sich die außereuropäischen Glieder der Gruppe verzwölffacht.

Übersicht 5: Die Völker der Erde Anfang 1925 in Millionen Köpfen.

	Millionen
I. Europäisch-amerikanische Völkergruppe	658
1. Romanische Völker	201
a) Franzosen	44
(*Davon:* Franzosen in Frankreich 35,2 M., französische Schweizer 0,83 M., Wallonen 3,25 M., Franzosen in Nordafrika 0,7 M., französische Kanadier 2,5 M., Franzosen in den U.S.A., 0,8 M., andere Franzosen 0,7 M.)	
b) Italiener	46
(*Davon:* Italiener in Italien 38 M., Friauler 0,4 M., italienische Schweizer	

Millionen

0,24 M., Korsikaner 0,28 M., Nizzardiner 0,15 M., italienische Diaspora in Frankreich 0,6 M., Italiener in den U. S. A. 2,5 M., Italiener in Südamerika 3 M., andere Italiener 0,5 M.)

c) Ladiner 0,05

d) Rhätoromanen 0,04

e) Hispanische Völker 65

a) Spanier 22

(*Davon:* Spanier im engeren Sinne 17 M., Katalanen 5 M. Von den Spaniern im weiteren Sinne entfallen 21,4 M. auf Spanien, 0,5 auf Spanien, 0,5 auf Frankreich und 0,2 M. auf die anderen Länder)

b) Hispanoamerikaner 43

(*Davon:* Criollos [Abkömmlinge europäischer Rassen] 23 M., Ladinos [Mischlinge] 20 M. Unter letzteren 18 M. Mestizen und 2 M. Mäßignegride. Die reinen Indianer, Starknegriden und Neger Hispanoamerikas werden als außerhalb des hispanoamerikanischen Volkes stehend betrachtet)

f) Portugiesische Völker 33

a) Portugiesen 6,5

b) Brasilier 26,5

(*Davon:* eigentliche Brasilieros [Abkömmlinge europäischer Rassen] 16,5 M., Mestizen 7 M., Mäßignegride 3 M. Die reinen Indianer, Starknegriden und Neger Brasiliens werden als außerhalb des brasilianischen Volkes stehend betrachtet)

g) Rumänen 13,4

(*Davon:* Rumänen in Rumänien 12,7 M., Aromunen [Jugoslawien] 0,23 M., andere Rumänen 0,45 M.)

2. Griechen 6,9

(*Davon:* Griechen in Griechenland 5,4 M., Griechen in der Türkei [östliches Anatolien] 0,6 M., Griechen in Cypern 0,24 M., andere Griechen 0,7 M.)

3. Albaner 1,4

Davon: Albaner in Albanien 0,67 M., Arnauten [Jugoslawien] 0,44 M., andere Albaner 0,3 M.)

4. Kelten (ohne die keltischsprechenden Iren) 1,3

a) Bretonen 1

b) Gälen und Kymrer 0,3

Millionen

5. Iren 12

(*Davon:* Iren in Europa 4 M., Iren in den außereuropäischen britischen Dominions 1,3 M., Iren in den U. S. A. 6 M.)

6. Germanische (teutonische) Völker. 250

a) Schweden 7,5

(*Davon:* Schweden in Schweden 5,97 M., Schweden in Finnland 0,37 M., in den U. S. A. 1 M., andere Schweden 0,2 M.)

b) Norweger 3,5

(*Davon:* Norweger in Norwegen 2,7 M., Norweger in den U. S. A. 0,7 M., andere Norweger 0,1 M.)

c) Isländer 0,12

d) Dänen 3,7

(*Davon:* Dänen in Dänemark 3,27 M., Dänen in den U. S. A. 0,3 M., andere Dänen 0,15 M.)

e) Deutsche 89

(*Davon:* Deutsche im Deutschen Reich 60,2 M., Deutsch-Friesen 0,02 M., Deutsche im Freistaat Danzig 0,35 M., Deutsche in Österreich 6,1 M., Deutsch-Südtiroler 0,23 M., Deutsche in Polen 1,1 M., Deutsche in der Tschecho-Slowakei [Sudetendeutsche] 3,35 M., deutsche Elsaß-Lothringer 1,5 M., Deutschschweizer 2,76 M., deutsche Luxemburger 0,23 M., Deutsche in Ungarn 0,57 M., Deutsche in Jugoslawien 0,53 M., Deutsche in Rumänien 0,75 M., Deutsche in der Sowjetunion 1,1 M., Deutsche in den U. S. A. 8 M., Deutsche in Kanada 0,35 M., Deutsche in Brasilien 0,4 M., Deutsche in Argentinien 0,12 M., andere Deutsche 1,1 M.)

f) Holländer 8,8

(*Davon:* Holländer in den Niederlanden 6,3 M., holländische Friesen 0,8 M., holländische Südafrikaner 0,8 M., Holländer in den U. S. A. 0,3 M., andere Holländer 0,6 M.)

g) Flamen 4,6

h) Angelsächsische Völker 133

a) Briten 57

(*Davon:* Engländer [und Schotten] 45 M. [43,3 M. in Großbritannien und Nordirland, 0,3 M. in Britisch-Indien], Anglokanadier 4,3 M., Neufundländer 0,26 M., Anglosüdafrikaner 0,7 M., Angloaustralier 5,5 M., Angloneuseeländer 1,2 M.)

b) Angloamerikaner 76

	Millionen
7. **Letten und Litauer**	3,8
a) Letten	1,5
b) Litauer	2,3
(*Davon:* Litauer in Litauen 1,8 M., Litauer in Polen 0,25 M., andere Litauer 0,25 M.)	
8. **Slawische Völker**	165
a) Russen	72
(*Davon:* Russen in Europa 61 M., Russen in Asien 10 M., Russen in Amerika 1 M.)	
b) Weißrussen	7
(*Davon:* Weißrussen in der Sowjetunion 5,5 M., Weißrussen in Polen 1,5 M.)	
c) Ukrainer	37
(*Davon:* Ukrainer in der Sowjetunion 30 M., Ukrainer in Polen 4,5 M., Ukrainer in Rumänien 0,75 M., Ukrainer in der Tschecho-Slowakei 0,5 M., andere Ukrainer 1 M.)	
d) Polen	22
(*Davon:* eigentliche Polen 21,7 M., Kasuben 0,1 M., Masuren 0,2 M. Von den eigentlichen Polen entfallen auf die Polen in Polen 18,25 M., auf die Polen im Deutschen Reich 1,1 M., in den U. S. A. 1,6 M. und auf die anderen Polen 0,75 M.)	
e) Tschechen	7,6
(*Davon:* Tschechen in der Tschecho-Slowakei 6,75 M., Tschechen in den U.S.A. 0,5 M., andere Tschechen 0,35 M.)	
f) Slowaken	3
(*Davon:* Slowaken in der Tschecho-Slowakei 2,2 M., Slowaken in den U.S.A. 0,5 M., andere Slowaken 0,3 M.)	
g) Wenden	0,2
h) Serben	6,9
i) Kroaten	3,1
j) Slowenen	1,6
(Von den zusammen 11,6 Millionen Serben, Kroaten und Slowenen entfallen 10,55 M. auf Jugoslawien, 0,45 M. auf Italien, 0,09 M. auf Österreich, 0,3 M. auf die U. S. A. und 0,2 M. auf andere Länder)	
k) Bulgaren	4,9
9. **Basken**	0,6
(*Davon:* Basken in Spanien 0,43 M., Basken in Frankreich 0,17 M.)	

	Millionen
10. **Finnen und Esten**	4,7
a) Finnen	3,6
(*Davon:* Finnen in Finnland 3,1 M., Karelier 0,2 M., andere Finnen 0,3 M.)	
b) Esten	1,1
11. **Magyaren**	10,2
(*Davon:* Magyaren in Ungarn 6,85 M., Magyaren in Rumänien 1,5 M., Magyaren in der Tschecho-Slowakei 0,75 M., Magyaren in Jugoslawien 0,47 M., Magyaren in den U. S. A. 0,4 M., andere Magyaren 0,2 M.)	
12. **Georgier**	1,6
II. Inder	*317*
(einschließlich Singalesen [3 M.] und nepalische Gurkas [2 M.])	
III. Parsen	*0,1*
IV. Juden	*13,2*
(*Davon:* in Polen 3 M., in der Sowjetunion 2,8 M., in Rumänien 0,82 M., im Deutschen Reich 0,6 M., in Ungarn 0,5 M., in der Tschecho-Slowakei 0,35 M., in Großbritannien 0,3 M., in Österreich 0,25 M., in Litauen 0,16 M., in Frankreich 0,13 M., in den Niederlanden 0,12 M., in Griechenland 0,1 M., in der Türkei 0,3 M., in Syrien 0,15 M., in Palästina 0,13 M., in Abessinien 0,25 M., in den U. S. A 2 M., in anderen Ländern zusammen 1,25 M.)	
V. Armenier	*2,3*
VI. Verschiedene kleinere Kaukasierstämme	*2,1*
(*Davon:* Lesghier 0,6 M., Tscherkessen 0,35 M., Tschetschen 0,3 M., Osseten [Alanen] 0,17 M., andere Stämme 0,7 M.)	
VII. Zigeuner	*0,8*
VIII. Orientalische Völkergruppe	*100*
1. **Arabisch-nordafrikanische Völker**	34
a) Syrer	3
b) Irak-Araber	2,7
c) Stämme der Halbinsel Arabien und Palästinas	4
d) Ägypter	13,7
e) Mauren und verwandte Stämme	4
f) Berber und verwandte Stämme	3
g) Verschiedene Stämme Nordafrikas	3,5
2. **Nubisch-abessinische Völker**	15
a) Nubische Stämme	5
b) Abessinier u. verwandte Stämme	10

	Millionen
3. Turkvölker	32
a) Türken	11,5
b) Tataren	7
(*Davon:* Kasan-Tataren 1,4 M., Krim-Tataren 0,3 M., Aserbeidschaner 2,5 M., Kabardiner 0,15 M., sibirische Tataren 0,06 M., tatarische Diospora [vor allem in der Sowjetunion] 2,5 M.)	
c) Baschkiren und Tschuwaschen	2,2
(Baschkiren 1,8 M., Tschuwaschen 0,4 M.)	
d) Kirgisen	5,7
(*Davon:* Kasak-Kirgisen 5 M., Kara-Kirgisen 0,7 M.)	
e) Usbeken	2
f) Turkmenen	1,2
g) Ost-Turkestaner	2
h) Verschiedene kleinere Stämme	0,2
(*Davon:* Sojoten 0,05 M., Dunganen 0,02 M., andere Stämme 0,1 M.)	
4. Iranische Völker	19
a) Perser	7
b) Afganen (einschließlich Belutschen [0,8 M.])	4
c) Verschiedene Völker u. Stämme	8
(*Davon:* Sarten 2,5 M., Kurden 2 M., Tadschiken 2 M., andere Stämme 1,5 M.)	
IX. Orientalisch-negride Mischbevölkerung in den Somaliländern, im Kenialand und in den angrenzenden Gebieten	*3*
X. Ostasiatische Völkergruppe	*576*
1. Chinesen	430
2. Japaner und Koreaner	80
a) Japaner	61
b) Koreaner	19
3. Indochinesen	43
a) ältere Stämme (Moïs, Khaïs, Mous, Tsiam usw.)	3
b) Kambodschaner	2
c) Annamiten (mit Kotschintschinesen und verwandten Stämmen)	13
d) Siamesen (mit Chams, Laos und verwandten Stämmen)	12
e) Birmanen und verwandte Stämme	13
4. Tibetaner u. verwandte Stämme	7
(*Davon:* eigentliche Tibetaner 3 M., andere Stämme [insbesondere mongolische Nepalesen] 4 M.)	
5. Eigentliche Mongolen	3,5
(*Davon:* Ostmongolen 2,5 M., Kalmücken 0,7 M., Burjäten 0,2 M.)	
6. Tungusen	12,5
(*Davon:* eigentliche Tungusen 0,5 M., Mandschu 12 M.)	
XI. Jakuten	*0,35*
XII. Syrjänen, Wolgafinnen und verwandte Stämme	*2,3*
(*Davon:* Syrjänen 0,2 M., Mordwinen 1 M., Permjäken 0,1 M., Tscheremissen 0,4 M., Wotjaken 0,5 M., Lappen 0,04 M., Samojeden 0,015 M., Wogulen 0,008 M., Ostjaken 0,023 M.)	
XIII. Arktische Stämme	*0,06*
(*Davon:* Eskimos 0,033 M., Jukagiren 0,005 M., Tschuktschen 0,012 M., Kamtschadalen 0,004 M., Korjäken 0,006 M.)	
XIV. Malaiische Völker und Stämme	*67*
(*Davon:* asiatische Malaien 65,5 M., Howa 1,5 M.)	
XV. Indianerstämme	*14*
XVI. Neger	*107*
1. Sudanneger (Stämme)	50
2. Bantuneger (Stämme)	36
3. Amerikanische u. liberische Neger (ohne Mäßignegride in Lateinamerika)	21
a) Neger und Mulatten der U.S.A. (Volk)	10,8
b) Haïtier (Volk)	2
c) Andere mittel- und südamerikanische Neger und Mischlinge	7
d) Liberier (Volk)	1,5
XVII. Australozeanier	*1,5*
1. Uraustralische Stämme	0,06
2. Ozeanische Stämme	1,4
(*Davon:* Melanesische Stämme 0,9 M. [davon Papua 0,7 M.], polynesische Stämme 0,4 M., mikronesische Stämme 0,06 M.)	
XVIII. Zwergstämme	*0,15*
(*Davon:* Hottentotten und Buschleute 0,09 M., Kongopygmäen 0,05 M., Wedda 0,004 M., Aïnos 0,018 M.)	

Übersicht 6: Entwicklung der Völkergruppen und Hauptvölker seit 1800

	1800		1900		1925	
	Millionen	Prozente der Erdbevölkerung	Millionen	Prozente der Erdbevölkerung	Millionen	Prozente der Erdbevölkerung
Europäisch-amerikanische Völkergruppe	*185*	*23,9*	*520*	*33,2*	*658*	*35,3*
Davon: Romanische Völker	72	9,3	155	9,9	201	10,8
Davon: Franzosen	30	3,9	44	2,8	44	2,4
Italiener	18	2,3	37	2,4	46	2,5
Hispanische Völker	17	2,2	45	2,9	65	3,5
Portugiesische Völker	4,5	0,6	19	1,2	33	1,8
Germanische Völker	53	6,8	194	12,4	250	13,4
Davon: Deutsche	30	3,9	73	4,7	89	4,8
Angelsächsische Völker	15	1,9	100	6,4	133	7,1
Slawische Völker	40	5,2	132	8,4	165	8,9
Davon: Russen, Weißrussen und Ukrainer	24	3,1	92	5,9	116	6,2
Inder	*170*	*21,9*	*270*	*17,3*	*317*	*17*
Orientalische Völkergruppe	*60*	*7,7*	*90*	*5,8*	*100*	*5,4*
Ostasiatische Völkergruppe	*290*	*37,4*	*515*	*32,9*	*576*	*30,9*
Davon: Chinesen	245	31,6	398	25,4	430	23,2
Japaner	20	2,6	46	2,9	61	3,3
Malaien	*11*	*1,6*	*42*	*2.7*	*67*	*3,6*
Indianer	*9*	*1,2*	*12*	*0,8*	*14*	*0,8*
Neger	*40*	*5,2*	*93*	*5,9*	*107*	*5,8*
Erdbevölkerung	*775*		*1 564*		*1 864*	

Anhang zu Übersicht 6: Jährliches Wachstum der Völkergruppen und Hauptvölker in Promille

errechnet nach der Formel $\log \frac{1000+x}{1000} = \frac{\log b - \log a}{n}$

(a ist der Bevölkerungsstand, von dem, b der Bevölkerungsstand, zu dem eine Bevölkerung x in n Jahren gelangt)

	1800 bis 1900	1900 bis 1925
Europäisch-amerikanische Völkergruppe	*+ 10,4*	*+ 9,5*
Romanische Völker	+ 7,7	+ 10,4
Franzosen	+ 3,8	0
Italiener	+ 7,2	+ 9,7
Hispanische Völker	+ 9,8	+ 14,8
Portugiesische Völker	+ 14,5	+ 22,3
Germanische Völker	+ 13,1	+ 10
Deutsche	+ 8,9	+ 8
Angelsächsische Völker	+ 19,2	+ 11,5
Slawische Völker	+ 12	+ 9
Russen, Weißrussen und Ukrainer	+ 13,5	+ 9,3
Inder	*+ 4,7*	*+ 5,8*
Orientalische Völkergruppe	*+ 4,1*	*+ 4,2*
Ostasiatische Völkergruppe	*+ 5,8*	*+ 4,4*
Chinesen	+ 5	+ 3
Japaner	+ 8,4	+ 11,4
Malaien	*+ 13,5*	*+ 18,2*
Indianer	*+ 2,9*	*+ 6,2*
Neger	*+ 8,5*	*+ 5,6*

Übersicht 7: Verteilung der europäisch-amerikanischen Völkergruppe auf die Erdteile in Millionen Köpfen

	Europa	Asien	Afrika	Amerika	Australien	Erde
1800:						
Europäisch-amerikanische Völkergruppe	*167*	2	*0,6*	*15*	.	*185*
Romanische Völker	62	.	0,5	9	.	72
Germanische Völker	48	.	.	5	.	53
Slawische Völker	39	1,2	.	.	.	40
Andere Völker	18	1	0,1	1	.	20
1900:						
Europäisch-amerikanische Völkergruppe	*383*	*9*	*3,5*	*120*	*4,2*	*520*
Romanische Völker	109	.	2,1	44	0,1	155
Germanische Völker	122	0,4	1,2	66	4,1	194
Slawische Völker	124	7	.	1	.	132
Andere Völker	28	2	0,2	9	.	39
1925:						
Europäisch-amerikanische Völkergruppe	*450*	*12,5*	*4*	*184*	*7,1*	*658*
Romanische Völker	120	.	2,2	79	0,2	201
Germanische Völker	147	0,5	1,6	93	6,8	250
Slawische Völker	150	11	.	4	.	165
Andere Völker	33	0,9	0,3	8	0,1	42

Die Iren sind nicht den germanischen, sondern den andern Völkern beigezählt.

1800:	*1900:*	*1925:*
Europa . . . . 167 Mill. = 90 %	Europa . . . . 383 Mill. = 74 %	Europa . . . . 450 Mill. = 68 %
Außereuropa . 18 „ = 10 „	Außereuropa . 137 „ = 26 „	Außereuropa . 208 „ = 32 „

b) Nation

Eine Nation ist eine durch historische Schicksale gewordene Gemeinschaft, welche durch den Staat oder den Willen zum Staat die mit einem bestimmten Lebensraum verknüpften Interessen gegen andere Menschengruppen vertritt. „Nation“ ist im Gegensatz zu „Volk“, dessen Beziehungen zu einem bestimmten Lebensraum erst über die Kultur führen, also sekundärer Art sind, der in erster Linie geopolitische Volkstumsbegriff. Der Lebensraum, auf den sich die Staatsidee bezieht, kann der Volksboden, das ist das geschlossene Siedlungsgebiet eines Volkes, oder auch ein von mehreren Völkern oder Volksteilen bewohntes, durch Vorzüge anderer Art als völkische Einheitlichkeit seiner Bewohner ausgestattetes Gebiet sein. Nach der vorgenommenen Begriffsfestlegung sind neben den als solche bekannten auch die Schweizer oder die Belgier eine Nation, nicht dagegen ein Volk. Die drei Hauptvolks-

teile der Schweizer gehören zum deutschen, französischen und italienischen Volk, der vierte Volksteil, die Rhätoromanen, bildet einen eigenen Stamm. Die Flamen sind ein eigenes Volk, die Wallonen kann man als eigenes Volk oder als zum französischen Volk gehörig ansehen. Ähnlich verhält es sich mit den Deutschamerikanern oder den französischen Kanadiern, die zum deutschen, bzw. französischen Volk, aber zur u.-s.-amerikanischen, bzw. kanadischen Nation gehören. Die nichtfarbige Bevölkerung Lateinamerikas zerfällt der Hauptsache nach in ein spanisches, portugiesisches, italienisches und deutsches Volkselement, aber in nicht weniger als 19 Nationen (ohne Haïti). Die „Societé des Nations" („League of Nations") in Genf ist kein Völkerbund, sondern ein Staatenverein mit der mehr oder minder stark vorhandenen Absicht, ein Nationenverband zu werden. Eine Nationalität ist entweder eine Nation kleinerer Kopfzahl (unter 1 Million Köpfen) oder ein geschlossen siedelnder, völkisch eigengearteter Bestandteil einer aus mehreren Völkern oder Volksteilen bestehenden Nation, der gegen diese seinen völkischen Interessen dienende Autonomieforderungen politischer Art erhebt, ohne dabei die Staatsidee zu verneinen (so z. B. die drei [eventuell vier] Nationalitäten der Schweiz oder die Wallonen und Flamen oder die verschiedenen Nationalitäten innerhalb der Gliedstaaten der Sowjetunion außer Transkaukasien, wie die Baschkiren, Tataren, Syrjänen, Wolgadeutschen u. a. Keine Nationalitäten sind dagegen die völkisch eigengearteten Bestandteile einer Nation, die ihre Autonomieforderungen auf das kulturelle Gebiet beschränken. Dazu gehören in der Regel die Bevölkerungen der kleineren völkischen Einschlußgebiete (Volksenklaven), die unter andere Völker verstreuten Volksbestandteile (Diaspora), darunter die Juden, und die Überbleibsel von einst größeren Völkern (ethnische Reliquien). Typische ethnische Reliquien sind z. B. die Wenden in der Lausitz oder die Basken. Die Anwendung des Begriffes „ethnische Reliquie" auf die mit dem geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet zusammenhängenden Deutsch-Südtiroler durch Mussolini ist ein Mißbrauch, den man am allerwenigsten von einem Führer des Volkes erwarten sollte, das den Begriff „Irredenta" geprägt hat. Eine Irredenta ist ein mit dem geschlossenen Siedlungsgebiet in der Regel seines, in seltenen Fällen eines kulturell höher stehenden anderen Volkes, mit dem er staatlich verbunden sein will, zusammenhängender Teil der Bevölkerung eines Staates, der seiner Mehrheit nach den durch den letzteren vertretenen Staatsgedanken verneint. Die Irredenta ist keine Nationalität im eigentlichen Sinne, sondern gehört zu der Nation, zu deren Staatsidee sie sich bekennt. Die Irredenta ist in der Regel eine fremdvölkische, d. h. die von einem Staat abstrebende Bevölkerung gehört einem anderen Volk an als dem, welches den Staat beherrscht. Nur in seltenen Fällen kommt es unter dem Eindruck der starken kulturellen Überlegenheit

eines anderen Volkes und unter Miteinfluß geschichtlicher Entwicklung zu einer eigenvölkischen Irredenta. Eine solche haben wir in den sich noch immer zum deutschen Staatsgedanken bekennenden Polen (und Kassuben) des polnischen Korridors und Ostoberschlesiens (nicht dagegen Posens), ferner den Tschechen des Hultschiner Gebiets und den memelländischen Litauern vor uns. Ansätze zu einer eigenvölkischen promagyarischen Irredenta finden wir auch bei den Slowaken. Nicht als Irredenta sind dagegen im Augenblick die deutschen Elsaß-Lothringer aufzufassen, die sich ihrer Mehrheit nach 1918 auf den französischen Staatsgedanken umstellten. Der Elsaß-Lothringische Heimatbund verfolgt nur autonomistische Ziele innerhalb Frankreichs. Die Irredenten des gegenwärtigen Europa umfassen zusammen 18 Millionen Menschen. 9 Millionen entfallen davon auf die pronordosteurasischen (was nicht prosowjetistisch bedeuten muß) Irredenten im Osten des gegenwärtigen Polen und Rumänien und in Karpato-Russien. $5^1/_2$ Millionen sind davon proukraïnisch und $1^1/_2$ Millionen proweißrussisch, während die Beßarabier [Moldauer] (2,3 Millionen) der nordosteurasischen Union als eigenes Glied angehören wollen. Von den restlichen 9 Millionen entfallen 6 auf die prodeutschen Irredenten in den Grenzgebieten Polens, der Tschecho-Slowakei, in Deutsch-Südtirol und in Südsteiermark (wovon die beiden letzteren über Österreich zum Deutschen Reich streben), 2 auf die promagyarischen und 1 Million auf die verschiedenen kleineren Irredenten. Die prodeutschen Irredenten (im engeren Sinne) verstärken sich dann noch durch die sich ihrer Mehrheit nach zum deutschen Staatsgedanken bekennenden Staatsbürger der durch Zwang errichteten einvölkischen Staaten Danzig (0,36 Million) und Österreich ($6^1/_2$ Millionen) auf 13 Millionen zum deutschen Staat Strebende. Die Abweichung des mit den Verträgen von Versailles, St. Germain und Trianon und deren Folgeentscheidungen geschaffenen Europa vom Selbstbestimmungsrecht der Völker (Artikel 9 von Wilson) beträgt 25 Millionen oder 5 % seiner Bevölkerung. Das Europa von 1914 mit seiner polnischen, finnischen und irischen Nation ohne Staat, mit seiner proitalienischen Trentiner und küstenländischen Irredenta und seinen verschiedenen kleineren Irredenten, zeigte keine viel größere Abweichung, 28 Millionen oder 6 % seiner Bevölkerung. Es gibt, wie eben gestreift, auch Nationen ohne Staat, so derzeit die kaukasische oder von 1795 bis 1807 und von 1815 bis 1916 die polnische (zu der aber von den Polen des Deutschen Reiches nur die Posener gehörten) oder von 1809 bis 1917 die finnische oder vor 1921 die irische. Völkische Minderheiten (Minoritäten) ist ein Sammelname für alle von der im Staat herrschenden Nation völkisch verschiedenen Bevölkerungsbestandteile. Nach der vorgenommenen begrifflichen Scheidung kann man Nationalstaaten z. B. das Deutsche Reich, Großbritannien, Spanien), Nationalitäten-

staaten z. B. die Schweiz, Belgien, aber auch Frankreich [wegen der politische Autonomie fordernden Elsaß-Lothringer]) und Staaten mit Irredenta, die nach der Einstellung ihrer den Staatsgedanken bejahenden Bevölkerungsbestandteile National- oder Nationalitätenstaaten sein können, unterscheiden. Zu den einem Teil ihrer Bevölkerung aufgezwungenen Staaten gehören in erster Linie Polen (mit 33 % irredentistischer Bevölkerung) und die Tschecho-Slowakei (mit 30 % irredentistischer Bevölkerung) und außer den beiden Rumänien, Jugoslawien, Litauen, Italien und die Sowjetunion (letztere wegen der völlige Unabhängigkeit begehrenden Kaukasier). Dazu kommen die beiden zwangsweise errichteten einvölkischen Staaten Danzig und Österreich. Dagegen war das alte Österreich nur in bezug auf die Italiener und Polen Zwangsstaat, ansonst war es Nationalitätenstaat, wenn auch eine matte Form davon. Das alte Ungarn, das im übrigen keine Irredenten aufwies, war straffer. Der nationale Charakter des zaristischen Rußland wurde schon weiter oben gekennzeichnet. Es gibt auch zum Begriff „Nation" eine Überordnung, die Nationengruppe. Bis jetzt kann diese Bezeichnung erst auf zwei Gebilde angewendet werden, auf die reichsbritische und auf die nordosteurasische Nationengruppe. Beide entstanden durch Wiederzusammenfassung der durch Spaltung in mehrere Nationen selbständig gewordenen Glieder einer bisherigen Nation zu einer höheren Ordnung. In Rußland kam es dabei zu einer kurzen Zwischenstufe tatsächlicher Selbständigkeit, bei den angelsächsischen Nationen wurde diese durch die Belebung der „British Empire"-Idee verhindert. Eine dritte Nationengruppe, die europäische, genau kleineuropäische, d. i. unter Ausschluß von Großbritannien und Rußland gedachte, ist vielleicht in Bildung begriffen. Wichtig ist jedoch dazu die Feststellung, daß ein starkes Paneuropa nicht auf den Grenzen von Versailles, St. Germain und Trianon als inneren Grenzen aufgebaut werden kann, sondern daß für die Schaffung eines solchen die Festlegung der inneren Grenzen auf der Basis des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechtes der Völker unbedingt Voraussetzung ist. Aus der später folgenden Übersicht über die europäischen Nationen (innerhalb der Zusammenstellung über die Nationen der Erde) läßt sich ungefähr herauslesen, wie ein starkes Paneuropa aussehen müßte.

Nationen entstehen nach geistiger Vorbereitung durch Geschichte und finden auch durch Geschichte wieder ihr Ende. Ebenso kann sich durch geschichtliche Ereignisse die Umstellung einer Nationalität zur Irredenta oder einer Irredenta zur Nationalität vollziehen. Man kann darum bei der Mehrzahl der heutigen Nationen den Zeitpunkt feststellen, in welchem sie Nation geworden sind, so die britische im Jahre 827, die französische und die deutsche im Jahre 843, die italienische im Jahre 1870 und die tschecho-slowakische im Jahre 1918. Nicht älter als die tschecho-slowakische sind auch die letti-

che, neulitauische und estnische Nation. Die Kraft einer Staatsidee ist selbstverständlich im Verlaufe des geschichtlichen Werdens nicht immer die gleiche. So setzen z. B. die französische und britische Nation zunächst als matte Form ein und verwandeln sich erst später, die französische 987, die britische 1066 in eine kräftige Form, die noch bis heute andauert. Die deutsche Nation bestand dagegen als matte Form von 843 bis 911, als mehr oder weniger kräftige Form von 911 bis 1254, als neuerlich ermattete Form, aus der sie sich nur selten zu einiger Kraft erhebt, viel häufiger aber in die Gefahr des vollständigen Erlöschens gerät, von 1254 bis 1871 und gewinnt erst mit diesem Jahre die Kraft, die sie in eine Reihe mit den zwei großen westeuropäischen Nationen bringt.

Die folgende Aufstellung gibt einen Überblick über die Nationen der Gegenwart.

Übersicht 8: Die Nationen der Erde Anfang 1925 in Millionen Köpfen

	Millionen
I. Europäische Nationen	*307*
1. Deutsche Nation . . . . (d. s. alle deutschen, Danziger und österreichischen Staatsbürger, also einschließlich der Juden, Polen, Masuren und Wenden deutscher Staatszugehörigkeit und der Juden, Tschechen [Wien], Kroaten [Burgenland] und Slowenen [Südkärnten] österreichischer Staatszugehörigkeit, sowie aller übrigen naturalisierter Fremden des Deutschen Reiches Danzigs und Österreichs, ferner die Deutschen in den Grenzgebieten der Tschecho-Slowakei, in Deutsch-Südtirol und Südsteiermark [Marburger Gebiet] und die deutsche und deutschgesinnte polnische [kasubische] Bevölkerung im polnischen Korridor und Ostoberschlesien [die Posener sind dagegen überwiegend polnisch gesinnt], die tschechische im Hultschiner Gebiet und die litauische im Memelland)	76
2. Französische Nation . . . . (d. s. alle französischen Vollstaatsbürger, also einschließlich der deutschen Elsaß-Lothringer, der italienischen Bevölkerung im Südosten, der Bretonen, der Basken, der Juden, sowie aller naturalisierten Fremden in Frankreich und den Kolonien; Nation in Frankreich 38 M., in Algerien 0,8 M., in den anderen Kolonien 0,8 M.)	39,5
3. Italienische Nation . . . . (d. s. die italienischen Vollstaatsbürger ohne die Deutsch-Südtiroler und ohne die slawische Bevölkerung in Julisch-Venetien, aber mit der italienischen Bevölkerung auf Malta)	41
4. Spanische Nation . . . . (d. s. alle spanischen Vollstaatsbürger, also einschließlich der Basken)	23
5. Portugiesische Nation . . . . . . (d. s. alle portugiesischen Vollstaatsbürger)	6,5
6. Belgische Nation . . . . (d. s. alle belgischen Vollsstaatsbürger)	7,6
7. Niederländische Nation . . . . . (d. s. alle niederländischen Volksstaatsbürger)	7,6
8. Schweizer Nation . . . . (d. s. alle Schweizer Staatsbürger)	3,6
9. Luxemburger Nationalität . . . . (d. s. alle Luxemburger Staatsbürger)	0,23
10. Nationalitäten der Kleinstaaten Liechtenstein, Monaco, San Marino und Andorra	0,05
11. Irische Nation . . . . (d. s. alle Staatsbürger des Irischen Freistaats und die irische Bevölkerung in den Grenzgebieten von Ulster. Die irische Nation kann kaum als Bejaherin der „British Empire“-Idee angesehen werden, weshalb sie besser als außerhalb der reichsbritischen Nationengruppe stehend betrachtet wird)	3,2

Millionen

12. Schwedische Nation 6,1
(d. s. alle schwedischen Volksstaatsbürger, also ohne Lappen)

13. Norwegische Nation 2,8
(d. s. alle norwegischen Volksstaatsbürger, also ohne Lappen)

14. Isländische Nationalität 0,1
(d. s. alle isländischen Staatsbürger)

15. Dänische Nation 3,5
(d. s. alle dänischen Staatsbürger)

16. Finnische Nation 3,6
(d. s. alle finnischen Staatsbürger, also einschließlich der finnischen Schweden, ferner die Karelier)

17. Estnische Nation 1,1
(d. s. alle estnischen Staatsbürger, also einschließlich aller völkischen Minderheiten)

18. Lettische Nation 1,9
(D. s. alle lettischen Staatsbürger, also einschließlich aller völkischen Minderheiten)

19. Litauische Nation 2,2
(d. s. die litauischen Staatsbürger ohne die Memelländer, aber mit den Litauern im Wilnagebiet)

20. Polnische Nation 19
(d. s. die polnischen Staatsbürger ohne die deutsche und deutschgesinnte polnische [kasubische] Bevölkerung im polnischen Korridor und in Ostoberschlesien, ohne die ukrainische und weißrussische Bevölkerung in den östlichen Grenzgebieten und ohne die Litauer im Wilnagebiet und die unter diesen eingestreuten anderen Volksbestandteile, aber mit den Juden und Deutschen in Kongreßpolen und Galizien)

21. Tchecho-slowakische Nation . . . 10
(d. s. die tschecho-slowakischen Staatsbürger tschechischer und slowakischer Volkszugehörigkeit und die unter deren geschlossen siedelnder Masse eingestreuten Deutschen, Polen und Juden, aber nicht die deutsche, magyarische und ukrainische Grenzbevölkerung)

22. Magyarische Nation 10
(d. s. alle ungarischen Staatsbürger, also einschließlich der Deutschen und Juden, ferner die geschlossen siedelnde magyarische Bevölkerung in den Grenzgebieten Rumäniens, der Tschecho-Slowakei und Jugoslawiens)

Millionen

23. Rumänische Nation 14
(d. s. die rumänischen Staatsbürger ohne die magyarische Bevölkerung an der Westgrenze und die ukrainische in der Bukowina, sowie ohne die der Idee des nordosteurasischen Staatenblocks anhängenden Beßarabier [Moldauer], aber mit den Szeklern, den Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben und Juden von Altrumänien und Siebenbürgen)

24. Jugoslawische Nation 12,5
(d. s. die Staatsbürger des Königreiches S. H. S. ohne die deutsche Grenzbevölkerung in Südsteiermark und ohne die magyarische in der Bačka, aber mit den Deutschen im Banat und den übrigen im geschlossenen Siedlungsgebiet der Serben, Kroaten und Slowenen eingestreuten Minoritäten, sowie dem kroatischen und slowenischen Grenzvolkstum in Istrien und Görz)

25. Bulgarische Nation 5,2
(d. s. alle bulgarischen Staatsbürger und das mazedonische Grenzvolkstum im Norden des gegenwärtigen Griechenland)

26. Albanische Nationalität 0,7
(d. s. die albanischen Staatsbürger ohne die griechische Bevölkerung im Süden)

27. Griechische Nation 6,5
(d. s. die griechischen Staatsbürger (ohne die mazedonische Bevölkerung an der Nordgrenze, aber mit der griechischen Bevölkerung in Südalbanien, auf dem Dodekanes, auf Rhodos und auf Cypern)

II. Reichsbritische Nationengruppe . . 63

1. Britische Nation 45
(d. s. alle britischen Vollstaatsbürger im engeren Sinne, also ohne die Staatsbürger der Dominions)

2. Kanadische Nation 9
(d. s. alle kanadischen Vollstaatsbürger, also ohne Indianer, Eskimos und Neger)

3. Neufundländische Nationalität . 0,26

4. Südafrikanische Nation 1,5
(d. s. alle südafrikanischen Vollstaats-

Millionen

bürger, also ohne Bantus, Asiaten und „Coloured peoples". Nach dem neuesten Plane Hertzogs sollen die „Coloured peoples" zu Volksstaatsbürgern erklärt werden, wodurch sich die Kopfzahl der Nation auf 2 Millionen erhöhen würde)

5. Australische Nation 5,6
(d. s. alle australischen Vollstaatsbürger, also ohne Eingeborene und andere Farbige)

6. Neuseeländische Nation 1,25
(d. s. alle neuseeländischen Volksstaatsbürger, also ohne Maoris und andere Farbige)

III. Nordosteurasische Nationengruppe *142*

(d. s. die Staatsbürger des SSSR und alten Rußland [Emigration] ohne die Transkaukasier, deren Mehrheit die Idee eines unabhängigen Kaukasien vertritt, und ohne die Karelier, ferner dagegen die dem Gedanken des nordosteurasischen Staatenblocks anhängenden Beßarabier [Moldauer] die ukrainische Bevölkerung in Südostpolen, der Bukowina und in Karpato-Russien und die weißrussische Bevölkerung in Nordostpolen)

1. Russische Nation 96
(d. s. die Staatsbürger der RSFSR, also einschließlich der Bevölkerung der autonomen Republiken und autonomen Gebiete, aber mit Ausnahme der Karelier)

2. Weißrussische Nation 5,5
(d. s. alle Staatsbürger der SSRB und die weißrussische Grenzbevölkerung im Nordosten Polens)

3. Ukrainische Nation 32
(d. s. alle Staatsbürger der USSR und die ukrainische Bevölkerung in Südostpolen, der Bukowina und Karpato-Russien)

4. Beßarabische (moldauische) Nation 2,6
(die ihrer Mehrheit nach den Gedanken eines eigenen Staates innerhalb des nordosteurasischen Blocks vertretenden Beßarabier und ukrainischen Moldauer)

5. Usbekische Nation 4,4
(d. s. alle Staatsbürger der Usb SFSR.)

6. Turkmenische Nation 1,1
(d. s. alle Staatsbürger der TSSR.)

Millionen

IV. Kaukasische Nation *6*
(d. s. die Anhänger der Idee eines unabhängigen transkaukasischen Staates, vor allem die Georgier, Aserbeidschaner und Armenier)

V. Orientalische Nationen *64*

1. Türkische Nation 13
(d. s. die türkischen Staatsbürger, also einschließlich der Griechen in Anatolien, der Kurden und der Armenier)

2. Syrische Nation 2,4
(d. s. die syrischen Staatsangehörigen)

3. Nation der Irak-Araber 2,8
(d. s. die Angehörigen des Irak-Staates)

4. Nationalitäten der Halbinsel Arabien und Palästinas 5
(der Zusammenschluß zu einer Nation scheint bevorzustehen)

5. Jüdische Nationalität 0,13
(die Juden des Palästinastaates)

6. Ägyptische Nation 14
(d. s. alle ägyptischen Staatsbürger)

7. Abessinische Nation 11,5
(d. s. die Staatsangehörigen Abessiniens)

8. Persische Nation 9
(d. s. die persischen Staatsbürger)

9. Afganische Nation 6,5
(d. s. die afganischen Staatsangehörigen)

VI. Indische Nation *338*
(d. s. alle Staatsangehörigen Britisch-Indiens, Französisch-Indiens, Portugiesisch-Indiens, Ceylons und Nepals)

VII. Ostasiatische Nationen *533*

1. Japanische Nation 60
(d. s. alle japanische Staatsangehörigen)

2. Koreanische Nation 19
(d. s. alle koreanischen Staatsangehörigen)

3. Chinesische Nation 443
(d. s. alle chinesischen Staatsangehörigen und die chinesische Bevölkerung von Formosa, Kwantung, Hongkong und Macao)

	Millionen
4. Mongolische Nation (d. s. alle Staatsbürger der Mongolei)	2
5. Siamesische Nation (d. s. die siamesischen Staatsangehörigen)	9
VIII. Liberische Nation (d. s. die Staatsbürger Liberias)	*1,5*
IX. Amerikanische Nationen	*191*
1. U. S.-amerikanische Nation (d. s. alle Vollstaatsbürger der U. S. A., also ohne Neger, Indianer und Asiaten)	100
2. Brasilianische Nation (d. s. die brasilianischen Staatsbürger, also ohne wilde Indianer)	31
3. Argentinische Nation (d. s. die argentinischen Staatsbürger)	8
4. Chilenische Nation (d. s. die chilenischen Staatsbürger)	3,8
5. Mexikanische Nation (d. s. die mexikanischen Staatsbürger)	14,5
6. Peruanische Nation (d. s. die peruanischen Staatsbürger)	5,7
7. Bolivianische Nation (d. s. die bolivianischen Staatsbürger)	3,1
8. Nation von Uruguay (d. s. die Staatsbürger von Uruguay)	1,4
9. Nation von Paraguay (d. s. die Staatsbürger von Paraguay)	1
10. Nation von Ekuador (d. s. die Staatsbürger von Ekuador)	2,2
11. Kolumbianische Nation (d. s. die kolumbianischen Staatsbürger)	6,2
12. Venezolanische Nation (d. s. die Staatsbürger Venezuelas)	2,5
13. Guatemaltekische Nation (d. s. die Staatsbürger Guatemalas)	2,1
14. Salvadorenische Nation (d. s. die Staatsbürger Salvadors)	1,6
15. Nationalität von Nikaragua (d. s. die Staatsbürger Nikaraguas)	0,65
16. Hondurenische Nationalität (d. s. die Staatsbürger von Honduras)	0,65
17. Nationalität von Kostarika (d. s. die Staatsbürger von Kostarika)	0,5
18. Nationalität von Panama (d. s. die Staatsbürger von Panama)	0,45
19. Kubanische Nation (d. s. die Staatsbürger Kubas)	3
20. Dominikanische Nationalität (d. s. die Staatsbürger der Dominikanischen Republik)	0,9
21. Nation von Haïti (d. s. die Staatsbürger von Haïti)	2
X. Völker ohne klar gerichteten Nationalismus	*218*

Anmerkung: Zum Verständnis gewisser Einzelheiten in der Tabelle sei darauf verwiesen, daß in der Regel Auswandererländer mehr Staatsbürger als Einwohner, Einwandererländer oder Länder, die dauernd viele Fremde beherbergen (z. B. die Schweiz oder Frankreich) weniger Staatsbürger als Einwohner haben.

Alles menschliche Werden geht letzten Endes auf zwei Dinge zurück, auf die Rasse, die schafft, und auf die Umwelt, welche die Möglichkeiten zum Schaffen gibt. Nach jahrtausendelangem Schaffen der Menschheit ist schließlich vielfach das von ihr Geschaffene selbst wieder zur Umwelt geworden, so daß wir eine Umwelt im engeren Sinne oder rein geographische Umwelt (Naturlandschaft) und eine schon durch den Menschen veränderte Umwelt (Kulturlandschaft) unterscheiden können. Zwischen Rasse und Umwelt als Ganzes besteht eine Wechselwirkung, deren zunehmende Erkenntnis im Inter-

se jeder Politik liegt, die Erfolg haben soll. In der letzten Zeit wurden
vei neue politische Disziplinen propagiert, die sich, die eine von der Rasse,
e andere von der Umwelt ausgehend, die Zerlegung der verschiedenen
ormen des Lebens, vor allem die höherentwickelten, in eine rassenbedingte
nd eine erdbedingte Komponente zum Ziel setzen, um auf der Basis ihrer
orschungsergebnisse neue Normen zum Heil der Menschheit oder wenigstens
nzelner Menschengruppen aufstellen zu können, die Rassenpolitik und die
eopolitik. Beide, mag auch die eine auf die Rasse und die andere auf
en Lebensraum das größere Gewicht legen, sind zu begrüßen, weil sie im
egensatz zu den bisherigen politischen Methoden nicht von komplizierten
ntwicklungsformen ausgehen, sondern auf die beiden Urelemente des mensch-
chen Werdens zurückgreifen. Beide Disziplinen, die sich wunderbar er-
änzen, haben nicht nur längst ihre Existenzberechtigung erwiesen, sondern
an kann im Gegenteil auf Grund ihrer bis heute zu Tage geförderten Er-
enntnisse ruhig behaupten, daß sie zukünftig den Rahmen für jede Art von
olitik abgeben müssen. Sozialpolitik kann nicht mehr ohne die rassen-
olitischen und Wirtschaftspolitik nicht mehr ohne die geopolitischen Belange
uskommen. Nationalpolitik aber, besonders nationale Außenpolitik, bedarf
eider.

OTTO MAULL:
LITERATURBERICHT AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Smithanders, Ernst: Land und Leute in Nordamerika. Langenscheidts Handbücher für Auslandskunde. Vierte, völlig neue Bearbeitung. Mit drei farbigen Karten. XX u. 740 Seiten. Berlin-Schöneberg (Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung). Geb. 5,— Mark.

In Lexikonform wird versucht, alles Wissenswerte über Nordamerika mitzuteilen. Das Buch wendet sich selbstverständlich an einen sehr großen Leser- und Benutzerkreis, und es hat darum von vornherein auf die strenge wissenschaftliche Linienführung und Zielsetzung verzichtet. Die einzelnen Artikel sind recht populär geschrieben. Doch verdient es durchaus Beachtung. Jeder Benutzer wird über wirtschaftliche und politische Fragen manche erwünschte Aufklärung in ihm finden.

Feiler, Arthur: Amerika—Europa. Erfahrungen einer Reise. 338 Seiten. Frankfurt a. M. (Frankfurter Societäts-Druckerei) 1926. Brosch. 8,— M., geb. 10,— M.

Unter den heute zahlreich erscheinenden Büchern über Nordamerika beansprucht das Feilersche Buch ganz bestimmt eine besondere, nicht zu übersehende Stellung; denn es ist zweifellos eines der besten Bücher, die über das Amerikaproblem geschrieben worden sind. Drei Monate im Lande haben dem Verfasser zur Sammlung seiner Erfahrungen gedient. Das ist nicht viel für einen Riesenraum. Man muß aber zugeben, daß diese drei Monate Erfahrung, ergänzt durch einen Bruchteil der unermeßlichen Vorarbeit, die jeder, der sich mit dem Problem der Union beschäftigt, vorfindet, den Autor zu einer Publikation mit eigener Note und von Wert befähigt hat. Manches erinnert natürlich sehr an die Versuche, die dem Feilerschen vorausgegangen sind. Im ganzen muß aber die Eigenart der Konzeption betont werden. Sie strebt nicht nach einem vollständig ausgeführten Bild, sondern sie drängt auf einzelne Linien hin. Die Ausführung bleibt darum skizzenhaft. Aber gerade diese Art der Darstellung hebt wieder das Wesentliche, oft das Beherrschende stärker hervor, als es sonst geschehen könnte. Es ist darum kein Buch, das den Leser durch vollständige Behandlung des Stoffes befriedigen könnte, sondern es sind Gedanken über Nordamerika. Auf dieser Seite ist seine Stärke zu suchen.

Amerikanische Prosperität ist z. B. das erste der drei großen Hauptkapitel überschrieben. Siedlungsprobleme werden zunächst gestreift. Einige Beispiele, z. B. das des fabelhaften Wachstums von Los Angeles, belegen. Eines der nächsten Kapitel ist in eigenartiger und doch bezeichneder Weise dem Auto gewidmet, dem lebensnotwendigen Raumüberwinder des modernen Amerika. Man muß solche Sätze wie: „Eine Wertsteigerung des Lebens ist das Auto für das Bewußtsein des amerikanischen Menschen überhaupt" oder „Das Auto wie das Haus steht damit tatsächlich im Zentrum des amerikanischen Wirtschaftslebens, des amerikanischen Wirtschaftswollens" in ihrer ganzen Tragweite erfassen, um der Tiefe des Buches gerecht zu werden. Die Wege zur Bildung sind dem Verfasser weitere wichtige Grundlage zu aller Prosperität. Den Wirtschaftsformen gilt das mittlere Hauptkapitel. Das Kapitel über das laufende Band fesselt besonders. Dann wird der Ertrag der Methode gemessen. Das Schlußkapitel bilden die Erörterungen bekannterer Probleme der

Amerikanisierung, der des amerikanischen Lebens überhaupt. Wer sich mit den amerikanischen Problemen beschäftigt, muß dieses Buch lesen.

Köttgen, Carl: Das wirtschaftliche Amerika. Mit 40 Abbildungen. VIII und 178 Seiten. 3. Auflage. Berlin (VDI-Verlag) 1926. Geb. 5,— Mark.

In kurzen scharf umrissenen Kapiteln, die in einem etwa räumlich gleichwertigen zweiten Teil durch Karten, wohlausgewählte Statistiken, Kurven, Diagramme ergänzt werden, wird die Wirtschaft der Vereinigten Staaten nach Formung und Kraft skizziert. Es ist mehr ein wertvolles knapp gehaltenes, außerordentlich übersichtliches Nachschlagebuch, als daß es tiefer in die Probleme selbst einginge. In seiner Art ist es zu begrüßen und darum auch in den ersten beiden Auflagen entsprechend aufgenommen worden. Auch als bequeme Ergänzung zu umfangreicheren Darstellungen wird es sicher sehr beachtet werden.

Goldschmidt, Bernhard: Wissenswertes aus Wirtschafts- und Sozialpolitik der Vereinigten Staaten. Schriften der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Heft 13. 44 Seiten. Berlin (Pressestelle der Ver. d. D. Arbeitgeberverbände).

Ein mit Diagrammen reich ausgestattetes kleines Schriftchen, das reiche, vornehmlich zahlenmäßige, statistische Belehrung über die Wirtschaftsmacht, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Vereinigten Staaten bringt. In seiner Kürze ermöglicht es rasche Orientierung.

Westermann, Franz: Amerika, wie ich es sah. Reiseskizzen eines Ingenieurs. 2. Auflage. 137 Seiten. Halberstadt (H. Meyer) 1926.

Wirklich nur anspruchslose Reiseskizzen, die man einmal gern durchliest, ohne aus ihnen sonderlich viel neues zu erfahren.

Kimpen, E.: Die Ausbreitungspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika. VIII und 397 Seiten. Stuttgart und Berlin (Deutsche Verlagsanstalt) 1923.

Es ist eine begrüßenswerte Darstellung des gewaltigen Expansionsprozesses der Vereinigten Staaten. Die Einleitung gibt einen kurzen, gedrängten Überblick über die englische und amerikanische Ausbreitung bis zur Unabhängigkeitserklärung. Im ersten Hauptteil finden die Etappen der transkontinentalen Ausbreitungspolitik ihre Darstellung. Der zweite Teil gilt der amerikanisch-britischen Golfgegnerschaft, die bis gegen Ende des Jahrhunderts währte und ihr Ende etwa gleichzeitig mit der Landnahme fand. Ihr folgt die Zeit der amerikanischen Golfausbreitung (und pazifischen Politik). Methode der Betrachtung und Darstellung sind rein historisch. Anerkennenswert ist die Sorgfalt, mit der die Einzelzüge herausgearbeitet sind, die sich auch in dem umfangreichen Literaturkapitel am Schlusse des Buches wiedererkennen läßt. Freilich wäre Bezugnahme im einzelnen auf die Quellen und auf die Literatur vielfach wünschenswert. Das Buch ermöglicht es, einen der riesigsten Landeroberungs- und -erwerbsprozesse zu verfolgen, ohne freilich der Triebkräfte und der Bedingungen so ganz gerecht zu werden. Dafür wurzelt die Erkenntnis und die Darstellung zu wenig im Geographischen, Wirtschaftlichen und Sozialen. Doch es gebührt ihm in seiner Beschränkung ein wohl erworbener Platz in der Amerikaliteratur.

Zielesch, Fritz: Jugend im Lande der Jugend. Ein Amerikabuch. 192 S. Hamburg (Gebrüder Enoch-Verlag) 1926.

„Der Grundgedanke der deutschen Jugendbewegung ist es, daß die Jugend nach eigenen Gesetzen ein eigenes Leben führen will. So steht die deutsche Jugendbewegung in einem kämpferischen Gegensatz zu den Erwachsenen und ihren Methoden." Die amerikanische Bewegung für die Jugend „sieht zwischen Alt und Jung nur einen Unterschied des Grades, nicht der Art. Sie sieht im Jungen den heranwachsenden Staatsbürger, sie will ihm durch Schaffung eines Jugendstaates dasselbe Milieu mit denselben Rechten und Pflichten geben

wie es der Erwachsene vorfindet ... Die amerikanische Jugend wird mit den Bestrebungen der „Education" mehr und mehr ein an den bestehenden Einrichtungen mitwirkender Teil der Volksgesamtheit. Aber sie büßt ein köstliches Vorrecht der Jugend ein, an den Methoden der Alten schöpferisch Kritik zu üben, sich über die Formen des Daseins eigene Meinungen zu bilden". Die amerikanische Jugendbewegung ist eine gewollte Einordnung in das Bestehende, Aufgehen im Traditionellen, ist geplante organisatorische Arbeit am Zusammenschluß der Nation. Die deutsche Jugendbewegung ist Pfadfindertum, faustisch und schöpferisch. Dieser gewaltige Gegensatz in der Zielsetzung der beiden Bewegungen löst volles Interesse für die Einzelzüge des zugleich äußerst charakteristisch illustrierten Buches aus, um zu ermessen, wie weit hier „Education" die ersten sozialen Grundlagen für die politische Lebensgemeinschaft des Riesenlandes schaffen kann.

Giese, Fritz: Girlkultur. Vergleiche zwischen amerikanischem und europäischem Rhythmus und Lebensgefühl. Mit 56 Abbildungen. 150 S. München (Delphin-Verlag) 1925.

„Welche kulturellen Inhalte Amerikas erkennen wir an der Zeiterscheinung der tanzenden Girls?" ist die vielleicht etwas überraschende, aber richtige Problemstellung des Buches. Der Autor sucht die Girlkultur zurückzuführen auf den neuen Großstadtrhythmus, den aber gar nicht der weiße, sondern der schwarze Amerikaner entdeckt hat; er weist ihre enge Verwurzelung mit der gesamten amerikanischen Ästhetik nach. Er zeigt die Fäden auf, die zu der in Amerika geborenen Filmkultur hinlaufen. Er sieht sie im Rassegefühl und -wollen, im Drang zum Kollektiven, im Einfluß des Berufs, in der bekannten soziologischen Stellung der amerikanischen Frau, in der Stellung des Amerikaners zum Erotischen und zum Metaphysischen. So wird die Beantwortung einer eng umgrenzten Frage zum Spiegel amerikanischer Psyche und Lebensäußerungen in einem ungleich größeren Umfang.

Dietrich, Bruno: USA. Das heutige Gesicht. Mit Textkarten und Abbildungen. 150 S. Breslau (Hirt) 1926. Geb. 8 M.

Jeder Geograph wird im Augenblick die Darstellung eines deutschen Geographen über Amerika, die unter dem Eindruck frischer Reiseeindrücke geschrieben ist, mit einem ganz besonderen Interesse in die Hand nehmen. Denn die moderne geographische Literatur ist nicht gerade reich an solchen Arbeiten aus der Feder deutscher Beobachter, so viel Bücher auch über Amerika geschrieben werden. Das gibt dem Buch Bruno Dietrichs von vornherein eine exponierte Stellung. Aber damit türmt sich auch vor dem Bearbeiter eine Aufgabe auf, die nicht leicht zu erledigen ist. Dietrich hat eine Lösung gefunden, die man allerdings ebenso sehr als eine geschickte wie als eine vorläufige bezeichnen muß. Denn schon der knappe Rahmen läßt eine vollständige und völlig ausreichende Behandlung der amerikanischen Probleme bzw. überhaupt der Gesamtheit der problematischen Welt Amerikas nicht so zu, wie es begrüßenswert wäre. Das darf man natürlich nicht dem Autor zum Vorwurf machen, sondern man muß ihm dankbar sein, daß er die Beantwortung des Fragenkomplexes so in Angriff genommen hat, wie er es konnte. Dabei sind Skizzen entstanden über New York, das Rassenproblem, den sterbenden Indianer, das Verhältnis von Stadt und Land, Wald und Wasser als Wirtschaftskräfte, die Niagarafälle, die Eisenbahnen, Ford und das amerikanische Verkehrsproblem, Chicago und die Fleischindustrie, Duluth-Superior, den größten Binnenhafen der Welt, die Große Salzseestadt, Kalifornien, Arizona und den Rooseveltdamm, das Baumwolland des Südens, Florida, die amerikanische Frau. Durch das Ganze weht ein frischer Zug der Beobachtung. Gute Bilder, vor allem auch übersichtliche Textkarten, veranschaulichen vortrefflich. Die dargestellten

Teilstücke sind geschickt ausgewählt. Und doch fehlt dem Buch Eines, das große Gemeinsame, das kettende Band, die Synthese des Riesenraumes, die das wahre heutige Gesicht erst ganz erkennen läßt.

Beebe, William: Galápagos, das Ende der Welt. Aus dem Englischen übersetzt von Max Müller. Mit 95 bunten und einfarbigen Abbildungen und 3 Karten. 352 S. Leipzig, F. A. Brockhaus, 1926. geb. 16 M.

Hier liegt ein Bericht einer zoologischen Sammelexpedition vor. Aber es ist doch zugleich auch eine prächtige Darstellung jener Inselwelt des ostpazifischen Ozeans samt ihrer eigenartigen, z. T. einzigartigen Tierwelt. Wenn auch der Hauptnachdruck des Buches auf der Darstellung des Tierlebens der Inselgruppe liegt, so steigen doch bildhaft, weil zugleich auch gut illustriert, die einzelnen Inseln aus den Fluten des Pazifik. So verlangt das Buch bei der politischen Bedeutung der Inseln infolge ihrer Lage vor Panama lobendste Erwähnung, weil es bequemes Material zur Urteilsbildung über die Sonderheit der Galápagosinseln liefert. Dem Verlag gebührt voller Dank, daß er dieses Werk dem deutschen Leser zugänglich gemacht hat.

Otto, Max: In Kanadas Urwäldern und Prärien. Erlebnisse und Streifzüge eines Trappers und Farmers. Neue Folge von „In kanadischer Wildnis". 3. Auflage. Mit 39 Abbildungen auf Tafeln. 327 S. Berlin, Paul Parey, 1926. Geb. 14 M.

Otto, Max (Kanadajäger): In kanadischer Wildnis. Trapper- und Farmerleben. 9. Auflage. Mit 62 Bildern und 1 Karte. Berlin, Paul Parey, 1926. Geb. 15 M.

Hinter diesen Titeln verbirgt sich viel mehr „In kanadischer Wildnis" leitet ein mit einer ziemlich breiten landeskundlichen Darstellung, in der freilich am erschöpfendsten die kanadische Tierwelt behandelt ist. Denn das Buch soll ja einführen in die Urwaldgebiete Nordkanadas, in das Land der Pelztierjagd und des Pelztierhandels. Das tut es. Die beiden Bände geben treffliche, wenn auch subjektive, darum besonders reizvoll zu lesende Milieuschilderungen, daß man an des „Kanadajägers" Büchern nicht vorbeigehen kann, wenn man von fern her Einfühlung in diese riesigen, auch nicht sonderlich oft in der deutschen Literatur dargestellten Räume des amerikanischen Nordens gewinnen will. Es ist das schwere und entsagungsvolle Leben eines Jagdpioniers, das vor dem Leser hier vorüberzieht, und das aber ein bezeichnender Zug in diesen Gefilden überhaupt ist.

Funke, Alfred: Brasilien im 20. Jahrhundert. Mit 45 Abbildungen und einer Karte. 435 S. Berlin, Reimar Hobbing, 1926.

Ein neues, umfangreiches Buch über Brasilien. Der Titel ist zu umfassend. Denn im ganzen bleiben die Erfahrungen des Verfassers auf einen Küstensaum beschränkt, der sich erst in Mittelbrasilien etwas mehr ausweitet. Gründlichkeit und Zuverlässigkeit kann dem Buch nicht abgestritten werden. Doch fehlt ihm jegliches straffere System und auch die große Linie. Darum bleibt es Bruchstück. Im Vergleich mit der übrigen deutschen Brasilienliteratur kann die Bemerkung nicht unterdrückt werden, daß doch eigentlich viel gesagt wird, was schon so und sovielmal mitgeteilt worden ist. Brasilien des 20. Jahrhunderts in seiner Gesamtstruktur kommt gar nicht zur Darstellung. Immerhin, wer ein zuverlässiges Bild der bekannteren Teile von Brasilien ohne viel Problemstellung und besondere Tiefe wünscht, wird mit Vorteil zu dem gut illustrierten Buche greifen.

Dienst, Rudolf: Im dunkelsten Bolivien. Anden-Pampa- und Urwaldfahrten. Mit einem Geleitwort von Th. Herzog. Mit 59 Abbildungen und 1 Karte. XI und 205 S. Stuttgart, Strecker & Schröder, 1926. Geb. 6 M.

Der Verfasser gibt uns ein Buch der Erlebnisse, in seinen Andenfahrten, gleichsam die Fortsetzung von Herzogs „Bergfahrten". Er bietet zwei präch-

tige Querschnitte durch die so grundverschiedenen Landschaften Boliviens. Der eine ist von Oruro über Cochabamba nach Santa Cruz gelegt, der andere von Trinidad am Rio Guapay zum Beni und bis Isiamas und durch die Yungas zurück nach La Paz. Die Tieflandsroute am Guapay verbindet die beiden. Besonders die Fahrten in der Hochregion, die Besteigung des Illimami, die Erstersteigungen des Caca-Aca und des Ancohuma sind Glanzstücke der Darstellung. Daneben betont die so gar anders geartete Überwindung der Pampas- und Urwaldstrecken die Vielgestaltigkeit des Landes.

v. Hassel, Georg: Die Auslandsdeutschen. Ihr Schaffen und ihre Verbreitung über die Erde. Historisch-wirtschaftliche Studie von den Kreuzzügen bis zur Gegenwart. Mit 2 Karten und graphischen Darstellungen. 103 S. Berlin, O. Salle, 1926.

Trotz beachtenswerter Hinweise kann diese Schrift nicht ganz befriedigen. Die Verbreitung der Deutschen ist viel zu knapp und zu ungleichwertig dargestellt. Wenn schon Listen gegeben werden, die deutsche Pionier- und Forscherarbeit in der Ferne erfassen sollen — ein an sich verdienstlicher Versuch —, dann müßte aber Vollständigkeit angestrebt werden, wenn kein schiefes Bild entstehen soll.

Meyers historisch-geographischer Kalender 1927. Bibliographisches Institut, Leipzig 1927. 4,— Mark.

Dieser 30. Jahrgang des altbewährten Kalenders ist mit hervorragender Sorgfalt bearbeitet. Jedem Tag des Jahres ist ein Blatt gewidmet, das je eine gut gelungene, mitunter auf das Datum bezugnehmende Abbildung mit Erläuterung, ein Verzeichnis der Gedenktage und einen Hinweis auf geeignete Literatur enthält. Die Blätter der Monatsersten tragen Sternkarten mit ausführlichen Erklärungen. Auch im übrigen tritt der naturwissenschaftlich-geographische Einschlag mehr in den Vordergrund als der historische. Bilder wie Literaturhinweise berücksichtigen in erfreulicher Weise das geopolitische Gebiet. Der gediegene Kalender, mit einem farbigen Bild der malerischen Burg Persen geschmückt, die am Rande der deutschen Sprachinsel des Fersentales in Südtirol liegt, bietet mühelos reiche Belehrung und kann unsern Lesern warm empfohlen werden.

Lautensach.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83. Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Straße 114.

ERICH OBST

ENGLAND EUROPA UND DIE WELT

KURT VOWINCKEL VERLAG

ERICH OBST



ENGLAND EUROPA UND DIE WELT

Eine Geopolitisch=Weltwirtschaftliche Studie / 345 Seiten Text / Mit 54 Textzeichnungen u. 17 weltwirtschaftlichen Tabellen im Anhang / In Leinen geb. Subskriptionspreis RM. 31.— Nach Erscheinen RM. 36.—

INHALTSANGABE



